B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung

270

1. Quartal 2001

Deutschland in den 70er/80er Jahren

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1973 3

Innere Entwicklung der Bundesrepublik bis 1989 4

Pragmatische Wende 4
Parteiensystem 5
Neue soziale Bewegungen 6
Kurswechsel der FDP 7
Ära Kohl 7
Außenpolitische Kontinuität 9
Terrorismus 11
Sozialpolitik 12
Umweltschutz 13

Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik 14

Tiefpunkt 1975 15
Technologischer Wandel 16
Sozialpartnerschaft auf dem Prüfstand 16
Suche nach Auswegen aus der Krise 17
Wirtschaftliche „Wende" 18

Entwicklung der DDR bis Ende der achtziger Jahre 19

Machtwechsel 19
Innen- und Gesellschaftspolitik 19
Außen- und Deutschlandpolitik 21
Innere Konflikte 24
Ökonomische Dauerkrise 25
Gesellschaftliche Krisenerscheinungen 27
Oppositionelle Gruppen 29
Getrennte Entwicklung – innere Bezogenheit 32
Gründe für den Zusammenbruch 33

Gesellschaft, Alltag und Kultur in der Bundesrepublik 34

Bevölkerung 34
Soziale Struktur 34
Wohlstand und Konsum 35
Neue Haushaltsformen und Geschlechterverhältnisse 36
Jugend 37
Bildungsexpansion 37
Medienrevolution 38
Tendenzen des Wertewandels 39
Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit 40
Kulturelle Trends 42

Gesellschaft und Alltag in der DDR 43

Fabrikarbeit 44
Versorgungslage 45
Wohnen 45
Freizeit 46
Urlaub und Reisen 46
Frauen 46
Erziehung und Schule 46
Ministerium für Staatssicherheit 48

Literaturhinweise 49

Zu diesem Heft:

„Honeckers Vorgänger Walter Ulbricht hatte den Investitionen, dem Ausbau der industriellen Basis, den Vorrang vor dem privaten Konsum gegeben und auch die Westverschuldung in engen Grenzen halten können. Mit Honecker begann das Aufzehren der Substanz, weil die Investitionen in Produktionsanlagen und Infrastruktur vernachlässigt wurden und zugleich die Verschuldung gegenüber dem Westen zunahm." Aus dieser Bilanz von Dieter Grosser kann man in letzter Konsequenz die These ableiten, dass der Zusammenbruch der DDR mit dem Amtsantritt Erich Honeckers 1971 begonnen hat, der auf dem VIII. Parteitag der SED die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" verkündete und damit den Konsum in den Vordergrund stellte.

Die letzten knapp zwei Jahrzehnte der DDR waren dann von den Versuchen der SED gekennzeichnet, die ökonomische Dauerkrise durch sozialpolitische Maßnahmen und ein relativ besseres Konsumgüterangebot abzufedern. Diese Strategie konnte jedoch auf Dauer weder die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung noch die Bildung oppositioneller Gruppen verhindern. Beide zusammen führten schließlich den Sturz des SED-Regimes herbei.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland griff in diesen beiden Jahrzehnten das Volk stärker in die aktuelle Politik ein. Umwelt- und Friedensbewegung machten zunächst durch Großdemonstrationen von sich reden, führten aber auch zur Gründung einer neuen Partei und brachen damit das bis dahin scheinbar etablierte Dreiparteiensystem auf.

In der Bundesrepublik gab es – vor allem in den siebziger Jahren – ebenfalls wirtschaftliche Schwierigkeiten. Sie konnten jedoch durch stärkere Angebotsorientierung, durch den Umbau der Sozialpolitik und eine Reduzierung der Staatsverschuldung eingedämmt und zum Teil auch überwunden werden. Ein zentrales Problem aber blieb bis in diese Tage: Die hohe Arbeitslosigkeit, die in den fünfziger und sechziger Jahren in Deutschland weitgehend unbekannt gewesen war.

Das vorliegende Heft versucht die innere Entwicklung beider deutscher Staaten in den letzten Jahrzehnten vor der Vereinigung nachzuzeichnen und zu analysieren. Der Vereinigungsprozess wird in Heft Nr. 250 „Der Weg zur Einheit" dargestellt.

Jürgen Faulenbach

Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1973

Axel Schildt

Seit dem Herbst 1969 wurde die Regierung in Bonn zum ersten Mal von der Sozialdemokratie geführt, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik war die CDU/CSU auf die Oppositionsbänke verwiesen – eine neue politisch-parlamentarische Konstellation, die bis zum Herbst 1982 galt.

Im Rückblick aus einer weiteren Distanz werden allerdings auch starke Kontinuitätslinien sichtbar, welche die späten sechziger und frühen siebziger Jahre verbinden. Die meisten von der SPD bereits in der „Großen Koalition" gestellten Minister blieben auch in der neuen SPD/FDP-Regierung weiterhin im Amt, der bisherige Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt wurde Bundeskanzler. Zentrale Ressorts wie das Auswärtige Amt und das Innenministerium erhielt die FDP, die über langjährige Kabinettserfahrung in Bund und Ländern verfügte. Zudem knüpfte die sozialliberale Koalition an Pläne an, die bereits zur Zeit der Großen Koalition konzipiert worden waren, nicht zuletzt in der Finanzpolitik.

Wenn in der zeitgenössischen Betrachtung der Bonner Wechsel dennoch als tiefer Bruch empfunden wurde, so lag dies nicht zuletzt an den hohen Erwartungen an Reformen und an eine fundamentale Demokratisierung der Gesellschaft, geweckt durch die erste Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt, in der angekündigt wurde: „Wir wollen mehr Demokratie wagen." Die gesamte Regierungserklärung war geprägt von der Gewissheit, mit tief greifenden Reformen eine sozialere und demokratischere Gesellschaft zu schaffen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche die neue Regierung 1969 vorfand, waren dafür äußerst günstig. Eine hohe Wachstumsrate, weitgehende Preisstabilität und eine niedrige Arbeitslosenquote schienen das Ergebnis einer ausbaufähigen aktiven Wirtschafts- und Finanzsteuerung zu sein, die auch künftig in der Lage sein würde, konjunkturelle Einbrüche abzuwenden. Angesichts dieser Erwartungen wurden auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen zahlreiche Vorhaben verfolgt, die erhebliche Mittel beanspruchten; dies galt etwa für die Einführung der flexiblen Altersgrenze im Rentenrecht, die Vermehrung von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, den Ausbau der Hochschulen, das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und andere. Zugleich stellten die Gewerkschaften, allen voran die ÖTV, in den Tarifrunden hohe Lohnforderungen, um die „soziale Symmetrie" wiederherzustellen, die ihrer Ansicht nach in den Jahren der Großen Koalition verloren gegangen war. Die Ausgabenpolitik der Regierung stieß bald an Grenzen, als sich die Konjunktur abschwächte (siehe dazu „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 258 zum Thema „Zeiten des Wandels. Deutschland 1961–1974").

Enttäuschung bereiteten vielen Anhängern der sozialliberalen Koalition aber nicht allein die finanziellen Grenzen der Reformpolitik, sondern auch politisch-rechtliche Hindernisse, welche die Reform des § 218, die eine Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch vorsah, nach einigen Jahren ebenso am Bundesverfassungsgericht scheitern ließen wie die für die Hochschulen vorgesehene drittelparitätische Mitbestimmung von Professoren, Assistenten und Studierenden. Erbitterte ideologische Auseinandersetzungen etwa um die Einführung von Gesamtschulen zeugten zugleich davon, dass die Opposition mit großer Resonanz die Kritik am sozialliberalen Reformkurs artikulierte. Der umstrittene „Radikalenerlass" vom 28. Januar 1972 wiederum, der mit einer millionenfachen Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst („Regelanfrage") verbunden war, führte zu Ängsten bei politisch engagierten Jugendlichen und zur Kritik an „Berufsverboten" die gerade von der sozialliberalen Koalition nahe stehenden Medien geübt wurde.

Neue Ostpolitik

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen Anfang der siebziger Jahre wurden allerdings vom Thema „Neue Ostpolitik" überlagert, wobei die Regelung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten mit der Regelung der Beziehungen zur DDR in einem engen Zusammenhang stand (siehe dazu ausführlich „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 258). Bereits im Frühjahr 1970 hatten vertrauliche diplomatische Gespräche zwischen verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik und der Sowjetunion erste Ergebnisse gezeitigt. Die entscheidende diplomatische Formel, die den Durchbruch in den Verhandlungen ermöglichte und die späteren Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR mit dem „Wiedervereinigungsgebot" des Grundgesetzes in Einklang brachte, war die „Unverletzlichkeit" der Grenzen, die eben nicht prinzipiell ausschloss, dass diese später einvernehmlich geändert werden könnten.

Dass die Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und Polen de facto anerkannt worden war, bezweifelte in der deutschen Öffentlichkeit allerdings kaum jemand, und die heftige Opposition der Vertriebenenverbände resultierte eben daraus.

Auch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wurde im Konzept der „neuen Ostpolitik" diplomatisch vermieden. Ein Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten sollte die gleiche Verbindlichkeit besitzen wie Abkommen mit dritten Staaten. Die neue Ebene der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zeigte sich am 19. März 1970 in Erfurt und kurz darauf, am 21. Mai, in Kassel, wo es zu den ersten Treffen der beiden deutschen Regierungschefs Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph kam.

Am 12. August 1970 wurde der Vertrag mit der Sowjetunion in Moskau und wenige Monate später, am 7. Dezember, der Vertrag mit Polen in Warschau unterzeichnet. Der spontane Kniefall von Willy Brandt bei der Kranzniederlegung vor dem Denkmal für die im Warschauer Ghetto Ermordeten wurde zum weltweit beachteten Symbol für den politisch-moralischen Versuch, sich mit der deutschen Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges auseinander zu setzen.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den alliierten Mächten und anschließend zwischen der Bundesrepublik sowie dem West-Berliner Senat und der DDR konnte am 3. Juni 1972 das Schlussprotokoll des Viermächte-Abkommens über Berlin unterzeichnet werden, das wiederum als Ausgangspunkt zu verschiedenen Verträ-

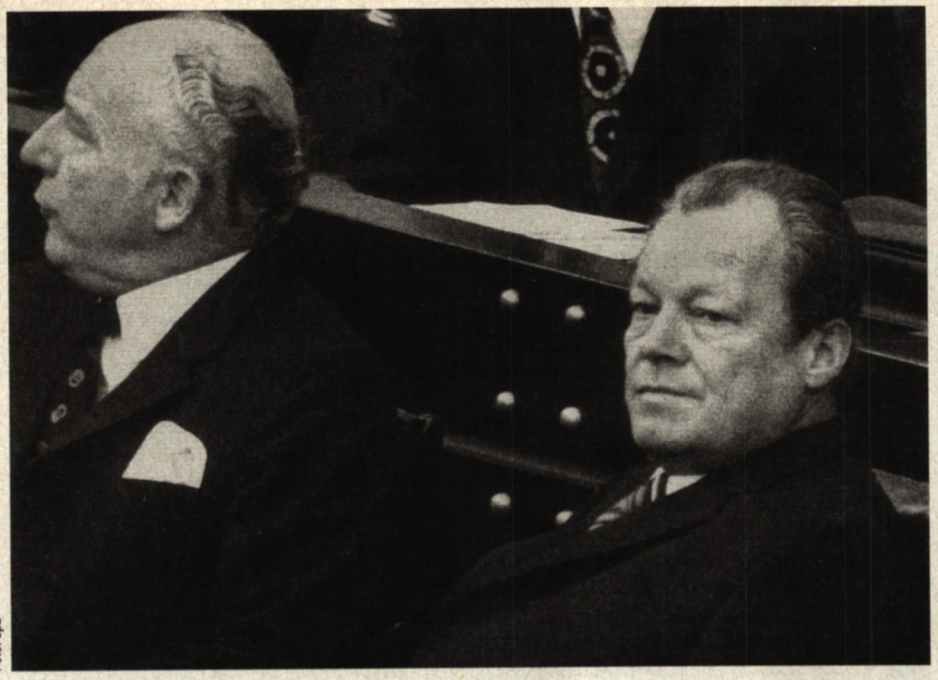


Foto: dpa

Der Deutsche Bundestag stimmte am 11. Mai 1973 über den Grundlagenvertrag mit der DDR ab: (v. l.) Außenminister Walter Scheel und Bundeskanzler Willy Brandt.

gen zwischen der Bundesrepublik und der DDR diente. Der in jenem Jahr ausgehandelte und am 21. Dezember unterzeichnete „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" (Grundlagenvertrag) sah keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR und infolgedessen keinen Botschafteraustausch, wohl aber die Einrichtung „Ständiger Vertretungen" vor.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition wurde sehr bald zum wichtigsten politischen Streitthema. Die von Beginn an knappe Mehrheit der Regierungskoalition war nicht mehr gewährleistet, nachdem vier Abgeordnete der Regierungsfraktionen (1970 und 1972) zur CDU/CSU gewechselt waren. In dieser Situation entschloss sich Rainer Barzel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, die Regierung mit einem konstruktiven Misstrauensvotum zu stürzen. Die Ratifizierung der Verträge von Warschau und Moskau, über die seit dem 23. Februar 1972 im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert wurde, sollte durch die Bildung einer von ihm geführten Regierung verhindert werden. Angesichts der parlamentarischen Konstellation war es überraschend, dass die Mehrheit für das konstruktive Misstrauensvotum am 27. April verfehlt wurde. Das Scheitern des Misstrauensvotums stürzte die CDU in eine tiefe Krise. In der Öffentlichkeit gab es einige Schadenfreude über den missglückten Coup gegen einen Kanzler, der – nicht zuletzt aufgrund seiner Biographie – weltweites Ansehen genoss und wenige Monate zuvor, im Oktober 1971, für seine „Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern" den Friedensnobelpreis erhalten hatte. Die für den 19. November 1972 angesetzten Neuwahlen zum Bundestag wurden angesichts dessen zum Plebiszit über die „neue Ostpolitik", während die Probleme der innenpolitischen Reformen in den Hintergrund rückten. Bei einer Rekordwahlbeteiligung von 91,1 Prozent erzielte die SPD ihr bis dahin bestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik, und auch die FDP konnte ihren Stimmenanteil steigern, während die CDU/CSU eine schwere Niederlage erlitt.

In den folgenden Monaten rückten die inneren Probleme, die durch die Auseinandersetzung um die Ostverträge überdeckt worden waren, in den Vordergrund der politischen Debatten. Die Enttäuschung über nicht eingelöste Reformversprechen verband sich mit einem Stimmungswechsel in der Öffentlichkeit. Mahnungen, die „Grenzen des Wachstums" zu beachten, gewannen durch die erste Ölkrise eine dramatische Evidenz (vgl. dazu Seite 14). Das vom Bundestag am 9. November 1973 einmütig verabschiedete Energiesicherungsgesetz sah Möglichkeiten für Beschränkungen des Verbrauchs vor. Auf dieser Grundlage wurde an vier Sonntagen im November und Dezember ein allgemeines Fahrverbot erlassen. Die feiertäglich verödeten Innenstädte, Landstraßen und Autobahnen symbolisierten das Ende des Glaubens an eine fraglos gesicherte Zukunft. Krisenängste hatten, befördert auch durch die sich verschlechternden Wirtschaftsdaten, wieder Konjunktur, und die Sympathiewerte Willy Brandts, im vorherigen Jahr noch umjubelt, sanken 1973 spürbar. Vor diesem Hintergrund nahm die Affäre um den DDR-Spion Günter Guillaume, der als Referent in der unmittelbaren Umgebung des Kanzlers gearbeitet hatte, Ausmaße an, die Willy Brandt schließlich am 6. Mai 1974 zum Rücktritt von seinem Amt bewegten.

Innere Entwicklung der Bundesrepublik bis 1989

Axel Schildt

Pragmatische Wende

Sein Nachfolger Helmut Schmidt, geboren in Hamburg 1918, verkörperte einen gegensätzlichen, betont pragmatischen Politikertypus, der große Kompetenzen auf dem Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Innen- und der Verteidigungspolitik besaß. Zugleich kannte er sich im Umgang mit dem Parteiapparat gut aus und pflegte enge Verbindungen zur Führung der Gewerkschaften. 1953 in den Bundestag gewählt, war er als eloquenter Debattenredner bekannt; 1961 Hamburger Innensenator geworden, hatte er sich bei der Meisterung der Flutkatastrophe ein Jahr später Verdienste erworben. In der Zeit der Großen Koalition führte Schmidt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, im Kabinett Brandt bekleidete er zunächst das Amt des Verteidigungs-, dann des Wirtschafts- und Finanzministers. Gerade auf diesem Feld waren neue Anstrengungen erforderlich. Die Erwerbslosenquote hatte sich bereits 1974 auf 2,6 Prozent verdoppelt und verdoppelte sich im folgenden Jahr nochmals auf 4,7 Prozent. Danach sank sie langsam auf 3,8 Prozent (1979 und 1980) ab, um dann infolge der zweiten Ölkrise erneut stark anzusteigen – auf 7,5 Prozent 1982.

Helmut Schmidt, der seine Regierungserklärung unter das Motto „Konzentration und Kontinuität" stellte, machte gleichwohl von Beginn an deutlich, dass er seine Kanzlerschaft als Neuanfang ansah. „Konzentration" bedeutete für ihn, die Flut von

Reformabsichten durch das Kriterium ihrer Finanzierbarkeit zu kanalisieren. Vor allem die Arbeitslosigkeit sollte energisch bekämpft werden. In seiner ersten Regierungserklärung formulierte Schmidt programmatisch: „In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite." Der wiederholte Hinweis auf die Pflichtethik Immanuel Kants und die Ablehnung gesellschaftsutopischen Denkens bildeten den geistigen Hintergrund seiner Politik, den er selbst folgendermaßen umriss: „Nach meinem Verständnis ist Politik pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken." Auf dem internationalen Parkett erwarb sich Schmidt bald einen guten Ruf als kundiger Staatsmann und „Weltökonom" und personifizierte das gestiegene deutsche Selbstbewusstsein.

Parteiensystem

Noch eindeutiger als in den sechziger Jahren, als die rechtsextreme NPD zeitweise in einige Länderparlamente gelangte, war die Parteientwicklung der siebziger Jahre von einer Konzentration auf lediglich drei Parteien auf der Ebene des Bundes und der Länder geprägt. Dabei zeigte sich deutlich, dass die Sozialdemokratie Anfang der siebziger Jahre ihren höchsten Zuspruch von den Wählerinnen und Wählern erhalten hatte. In den Landtagswahlen der Jahre 1974 bis 1976 erzielten die Unionsparteien fast ausnahmslos kräftige Zugewinne, während die SPD – mitunter dramatische – Verluste erlitt und sich bei ihrer Koalitionspartnerin im Bund, der FDP, Gewinne und Verluste die Waage hielten. Dieser Trend wurde in der Bundestagswahl vom Oktober 1976 bestätigt, die mit über 90 Prozent wiederum eine sehr hohe Wahlbeteiligung verzeichnete; die siebziger Jahre waren hinsichtlich der Wahlbeteiligung als politisierteste Dekade in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Koalition wurde nur knapp bestätigt, wobei anders als in der Regierungszeit Willy Brandts nun häufiger von einer SPD/FDP als von einer sozialliberalen Koalition gesprochen wurde, weil die Liberalen sich nun stärker als eigenständige Kraft profilierten. Die CDU/CSU stellte nach der Unterbrechung vier Jahre zuvor wieder die stärkste Fraktion.

Die rasche Erholung und der eindrucksvolle Wiederaufstieg der CDU/CSU waren das Resultat verschiedener Entwicklungen. Zum einen profitierte die Union sowohl von der Bonner Krise, die bald nach der Bundestagswahl 1972 begonnen hatte, als auch von der schlechteren Wirtschaftslage und von der steigenden Arbeitslosigkeit. Zum anderen gelang es der CDU und der CSU, sich organisatorisch und programmatisch zu erneuern. Am 12. Juni 1973 war Helmut Kohl, junger Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (Jahrgang 1930), von den Delegierten des CDU-Parteitages in Bonn einmütig und ohne Gegenkandidat zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Mit anderen Vertretern seiner Generation, darunter Kurt Biedenkopf als Generalsekretär (im März 1977 folgte ihm Heiner Geißler in diesem Amt), dem Staatsrechtler Roman Herzog als Leiter der für die Bundespräsenz des neuen Parteivorsitzenden wichtigen rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn und Norbert Blüm als Vorsitzendem der CDU-Sozialausschüsse (seit Juni 1977), schickten sich die „Kohlianer", wie sie in der Presse bald tituliert wurden, an, die CDU von einer Honoratioren- in eine kampagnenfähige Mitgliederpartei umzuwandeln. Die Zahl der CDU-Mitglieder verdoppelte sich von circa 330 000 (1970) auf rund 690 000 (1980). Die gleiche Entwicklung des Mitgliederzuwachses – von 77 000 (1969) auf 176 000 (1980) – vollzog sich in der CSU.

Die neue Führung um Helmut Kohl definierte die CDU eindeutig als „Partei der Mitte" (Kurt Biedenkopf in „Die Zeit" vom 16. März 1973) und betonte nicht zuletzt auf dem Gebiet der Außenpolitik die Bereitschaft, ausgehandelte Verträge zu beachten. Der zu Beginn der sozialliberalen Koalition – nicht nur auf dem Feld der Außenpolitik – beobachteten Tendenz, einen harten Oppositionskurs zu fahren, wurde eine strikte Absage zuteil. Damit war die Hoffnung verbunden, langfristig die FDP wieder aus dem Bündnis mit der Sozialdemokratie herauszulösen. In dieser Hinsicht gelang der CDU im Januar 1976, in der Mitte der Legislaturperiode im Bund, ein strategischer Erfolg, als in Niedersachsen bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten der Kandidat der CDU, Ernst Albrecht in geheimer Abstimmung gewählt wurde, obwohl die vorherige SPD/FDP-Koalition eine knappe Mehrheit besaß. Als kurz darauf die FDP in diesem Bundesland eine Koalition mit der CDU einging, kam es bei den Liberalen zu einer Zerreißprobe, welche die Auseinandersetzungen beim Bruch der sozialliberalen Koalition auf Bundesebene sechs Jahre später vorwegnahm.

Die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie stieg in den siebziger Jahren in etwa gleichem Maße wie im vorhergehenden Jahrzehnt – von circa 820 000 (1970) auf rund 990 000 (1980). Stärker noch als in diesen Zahlen ausgedrückt verjüngte sich die SPD seit der Mitte der sechziger Jahre. Zugleich intellektualisierte sich die Partei traditioneller Arbeitnehmer – das Wort von der „Partei der Studienräte" ging um –, denn von den neuen Mitgliedern stellte die Arbeiterschaft nur noch einen geringen Prozentsatz der Neuzugänge (1972 lediglich ein Viertel).

Mit der Veränderung der Mitgliederstruktur gingen heftige politische Konflikte einher. Die Bundeskongresse der Jungsozialisten wurden zum Forum für theoretische Debatten linkssozialistischer Strömungen. Bundesvorstand und Parteirat der SPD bekräftigten am 14. November 1970 die Unzulässigkeit jeglicher Aktionsgemeinschaften von Sozialdemokraten und Kommunisten. Im März 1971 wurde dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), der mit dem der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nahe stehenden Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) in zahlreichen Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten) und im studentischen Dachverband (VDS) koalierte, die Unterstützung der SPD entzogen.

Die Kritik des linken Flügels der SPD sollte vor allem durch die Einrichtung einer Kommission zur Ausarbeitung eines neuen

Foto: dpa

Als Nachfolger von Willy Brandt legte der neugewählte Bundeskanzler Helmut Schmidt am 16. Mai 1974 vor Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (3. v. l.) seinen Amtseid ab.

Bundesprogramm der „Grünen"

Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien. Hervorgegangen sind wir aus einem Zusammenschluss von grünen, bunten und alternativen Listen und Parteien. Wir fühlen uns verbunden mit all denen, die in der neuen demokratischen Bewegung mitarbeiten: den Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Arbeiterbewegung, christlichen Initiativen, der Friedens- und Menschenrechts-, der Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung. Wir verstehen uns als Teil der grünen Bewegung in aller Welt.

[...] Die ökologische Weltkrise verschärft sich von Tag zu Tag: Die Rohstoffe verknappen sich, Giftskandal reiht sich an Giftskandal, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken, der Mensch droht inmitten einer späten Industrie- und Konsumgesellschaft geistig und seelisch zu verkümmern, wir bürden den nachfolgenden Generationen eine unheimliche Erbschaft auf.

Die Zerstörung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen und der Abbau demokratischer Rechte haben ein so bedrohliches Ausmaß erreicht, dass es einer grundlegenden Alternative für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bedarf. Deshalb erhob sich spontan eine demokratische Bürgerbewegung. Es bildeten sich Tausende von Bürgerinitiativen, die in machtvollen Demonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken antreten, weil deren Risiken nicht zu bewältigen sind und weil deren strahlende Abfälle nirgends deponiert werden können; sie stehen auf gegen die Verwüstung der Natur, gegen die Betonierung unserer Landschaft, gegen die Folgen und Ursachen einer Wegwerfgesellschaft, die lebensfeindlich geworden ist.

Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig. [...] Ausgehend von den Naturgesetzen und insbesondere von der Erkenntnis, dass in einem begrenzten System kein unbegrenztes Wachstum möglich ist, heißt ökologische Politik, uns selbst und unsere Umwelt als Teil der Natur zu begreifen. [...]

Unsere Politik ist eine Politik der aktiven Partnerschaft mit der Natur und dem Menschen. Sie gelingt am besten in selbstbestimmten und selbstversorgenden überschaubaren Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. [...] Es geht um eine Gesellschaft, die demokratisch ist, in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur zunehmend bewusster gehandhabt werden. [...]

Das Bundesprogramm der Partei Die Grünen (1981, Auszug), in: Irmgard Wilharm, Deutsche Geschichte 1962–1983, Band 2, Frankfurt am Main 1985, S. 226 f.

Langzeitprogramms kanalisiert werden. In deren Diskussionen verlagerten sich die Konfliktlinien zum Teil. Neben die Auseinandersetzung um die Steuerpolitik als Instrument sozialer Umverteilung des Reichtums rückten neue Streitfragen, die mit der aufkommenden Sensibilität für die „Umwelt" zusammenhingen.

Die Parteiführung wiederum versuchte, die 1971 gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) innerparteilich als rechten Gegenpol zu profilieren. Insgesamt wurde die einstmals geschlossen auftretende Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit als häufig zerstrittene Partei wahrgenommen: hier der junge, ungebärdige und akademisch gebildete Teil der Mitgliedschaft mit linken und ökologischen Ideen, dort die pragmatische Politik des Bundeskanzlers und seines Kabinetts, die Mehrheit der Bundestagsfraktion und Verantwortungsträger in den Ländern und Kommunen sowie schließlich die Führung der Gewerkschaften.

Nach der Bundestagswahl 1976 stabilisierte sich die sozialliberale Koalition allerdings zunächst, während sich in der Union Konfliktstoff sammelte, der sich erst nach 1980 weitgehend verflüchtigte. Die Landesgruppe der CSU im Bundestag beschloss auf einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth am Tegernsee am 19. November 1976, die seit dem Bestehen des Bundestages existierende Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu beenden. Schon seit Beginn des Jahres warb eine „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" in Presseanzeigen für eine bundesweite Ausdehnung der CSU, die das Wählerreservoir rechts der CDU ausschöpfen sollte, um die Chance der Union insgesamt zu erhöhen, in Bonn wieder an die Macht zurückzukehren. In dramatischen Krisensitzungen drohte daraufhin die CDU, im Gegenzug in Bayern gegen die CSU anzutreten.

Nur acht Tage nach dem Kreuther Beschluss erklärte der Landesvorstand der CSU, die Partei sei laut Satzung auf Bayern festgelegt – der Bruch war vermieden worden. Kurz darauf wurde der Kreuther Beschluss auch formal aufgehoben. Der Grund des Konflikts lag in strategischen Differenzen zwischen CSU und CDU und in persönlichen Differenzen zwischen dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Letztlich ging es um die Alternative, sich als prinzipiell „antisozialistische" Opposition zu profilieren oder als Partei der Mitte die Option zu bewahren, der sozialliberalen Koalition enttäuschte Wählerinnen und Wähler abspenstig zu machen und unter Umständen in Zukunft auch wieder mit der FDP zu koalieren.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1978 und 1979, die der Union ausnahmslos Stimmenverluste eintrugen, während die SPD meist hinzugewann, gaben vor allem der CSU Argumente für einen neuen Kandidaten bei der 1980 bevorstehenden Bundestagswahl. In einer Kampfabstimmung der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages wurde Franz Josef Strauß mit deutlicher Mehrheit gegen den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht als Kandidat gekürt.

Nach einem stark polarisierten Wahlkampf erzielten CDU und CSU mit 44,5 Prozent der Stimmen ein um über drei Prozent schlechteres Ergebnis als bei der vorhergehenden Bundestagswahl mit dem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl. In der Presse wurde dieser deshalb als zweiter Gewinner der Wahl bezeichnet, da er nun innerparteilich als bestätigt galt. Von den Parteien der Regierungskoalition hatte die FDP mit über zehn Prozent (plus 2,7 Prozent) in stärkerem Maße profitiert als die SPD, die sich aber mit 42,9 Prozent (plus 0,3 Prozent) stabil behauptete.

Ähnlich wie die Regierung Brandt nach ihrem größten Triumph allmählich in eine Dauerkrise geriet, verdüsterte sich bald nach der Bestätigung der SPD/FDP-Koalition der politische Horizont der Regierung Schmidt.

Neue soziale Bewegungen

Der Sozialdemokratie war inzwischen in den „neuen sozialen Bewegungen" eine spürbare Konkurrenz erwachsen. Verschiedene Umfragen hatten schon in den siebziger Jahren ein zunehmendes Gefühl der Unzufriedenheit und Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Parteien und dem politischen System registriert, und die Zahl der „Bürgerinitiativen" war stetig gewachsen. Nach einer Schätzung arbeiteten 1978 circa 1,8 Millionen Mitglieder in solchen Gruppen aktiv mit – das entsprach der Zahl der Mitglieder aller politischen Parteien. Im Unterschied zur außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre strebten die „neuen sozialen Bewegungen" keine fundamentale Veränderung der Gesellschaft und ihrer Eigentumsverhältnisse mehr an, sondern meistens das Erreichen konkreter Ziele im kommunalen Nahbereich. Und häufig waren es keine Forderungen nach neuen Einrichtungen, sondern die Abwehr staatlicher oder privatwirtschaftlicher Planungen – etwa des Baus von Straßen, von Flughafenerweiterungen oder von Industrieansiedlungen –, die in einer lokalen Öffentlichkeit Brisanz erhielten.

Der Antrieb der Bürgerinitiativen, „basisdemokratisch" und „gewaltfrei" zu handeln, sprach besonders jüngere und gebildete Teile der Bevölkerung an. Vor allem das Engagement für ökologische Themen nahm in starkem Maße zu. Das Anwachsen eines diffusen kritischen Potentials fand 1979/80 auf Bundesebene in der Gründung der Partei der Grünen seinen organisatorischen Ausdruck. Erste Erfolge hatten verschiedene Vorläuferorganisatio-

Foto: dpa

Als Ausdruck zivilen Protests gegen die geplante nukleare Entsorgungsanlage bei Gorleben entstand auf deren Gelände das Anti-Atom-Dorf, das die Polizei im Juni 1980 räumte.

nen bereits in den vorhergehenden Jahren bei einigen norddeutschen Landtags- und Bürgerschaftswahlen sowie bei der ersten Direktwahl zum Europaparlament im Juni 1979 errungen. Da sich bei der Europa-Wahl weniger als zwei Drittel der Wahlberechtigten beteiligt hatten, wogen die 3,2 Prozent für die Grünen allerdings noch nicht schwer. Bei der Bundestagswahl 1980 erreichten sie – angesichts der besonders deutlichen Konfrontation zwischen der SPD/FDP-Koalition und den Unionsparteien – damals lediglich 1,5 Prozent.

Die Unterstützung der Schmidt-Regierung für die Politik der NATO-Nachrüstung (vgl. auch Seite 10), Unzufriedenheit mit den innerparteilichen Strukturen aller „Altparteien" und mangelnde Sensibilität der „Etablierten" in Fragen des Umweltschutzes, vor allem im Umgang mit der atomaren Energie, steigerten den Zulauf zu den Grünen. Diese neue politische Kraft profilierte sich nach einigen Kontroversen zwischen ehemaligen Anhängern sozialistischer und kommunistischer Gruppierungen auf der einen und „wertkonservativen" Anhängern auf der anderen Seite als linke und radikaldemokratische Partei, die von der Generation der „68er" geprägt wurde. Insbesondere der 19. Evangelische Kirchentag in Hamburg (1981) zeigte deutlich an, dass ihr pazifistisches Anliegen auf große Sympathie stieß, während die Position führender Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Hans Apel dagegen gerade bei den jüngeren Teilnehmern von politischen Foren auf einhellige Ablehnung traf.

Auch innerhalb der Sozialdemokratie selbst wuchs die Zahl der Kritiker am außen- und verteidigungspolitischen Regierungskurs. Schon im Januar 1981 hatten 37 SPD-Abgeordnete des Bundestages eine Initiative unterstützt, den Verteidigungsetat um eine Milliarde DM zu kürzen, die Entwicklungshilfeprojekten zugute kommen sollte. Bei der Abstimmung über ein Fünf-Punkte-Papier des Parteivorstandes, das im folgenden Monat zur Geschlossenheit der Partei aufrief, enthielten sich fünf Vorstandsmitglieder des linken Flügels, darunter Erhard Eppler und Peter von Oertzen. Auf Parteiveranstaltungen im Mai 1981 drohte Helmut Schmidt mit seinem Rücktritt, falls der NATO-Doppelbeschluss von der Sozialdemokratie nicht rückhaltlos unterstützt würde. Die gleiche Aussage machte Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Parteitag der FDP in Köln – ein Zeichen dafür, dass die NATO-Strategie auch bei den Liberalen nicht völlig unumstritten war.

Kurswechsel der FDP

Gleichzeitig hatte sich das Verhältnis zwischen den beiden Regierungsparteien wegen wirtschafts- und finanzpolitischer Differenzen eingetrübt. Hans-Dietrich Genscher (Parteivorsitzender der FDP und Außenminister) und Otto Graf Lambsdorff (Wirtschaftsminister) begannen im Sommer 1981 über einen Bruch der Koalition nachzudenken, deren Fortsetzung allerdings in der FDP eine Reihe von überzeugten Fürsprechern besaß. Die Notwendigkeit einer grundlegenden „Wende", so etwa Genscher in einem Brief an die Mitglieder seiner Partei am 20. August 1981, wurde in der Wirtschaftspolitik und ganz allgemein im „Anspruchsdenken" vieler Menschen gesehen. Stichworte wie „Mehr Selbstverantwortung", „Leistung" und „Selbstbestimmung" betonten ein liberales Wirtschaftsverständnis. Auch japanisches Management galt zeitweise als Vorbild. Unauffällige Kontakte Genschers zu Kohl verdichteten sich im Frühjahr 1982. Verabredet wurde eine Art „Überlebensgarantie" für die FDP, um für sie den Wechsel attraktiv erscheinen zu lassen. Die Liberalen sollten ungeachtet der bei einem Bruch der Koalition für sie zu erwartenden Wahlverluste in einer neuen Regierung unter Helmut Kohl weiterhin mit ebenso vielen Ministern in den gleichen Ressorts wie zuvor vertreten sein.

Zum offenen Bruch kam es im Sommer 1982. Am 30. Juni, in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, hatten erstmals sechs Abgeordnete der FDP gegen den Haushaltsentwurf der Regierung gestimmt. In den folgenden Wochen blieben dann alle Gespräche, die zur Rettung der Koalition geführt wurden, ergebnislos, sodass Helmut Schmidt diese selbst in einer Bundestagsrede am 17. September aufkündigte. Angesichts zahlreicher Vorgespräche genügten der CDU/CSU und der FDP wenige Tage, um ihre Koalitionsverhandlungen abzuschließen. Sie folgten vor allem den Vorstellungen Lambsdorffs zur Haushaltssanierung durch Kürzung von Sozialausgaben und einer die Unternehmen begünstigenden Steuerpolitik, mit denen indirekt die Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollte. Die beiden neuen Partner ließen sich im Übrigen nicht auf den Vorschlag Helmut Schmidts ein, zunächst Neuwahlen anzusetzen, sondern stürzten diesen auf dem Weg des konstruktiven Misstrauensvotums. Am 1. Oktober 1982 trat die neue Regierung ihr Amt an. Mit dem Kurswechsel der FDP waren innerparteiliche Auseinandersetzungen sowie Verluste von Mitgliedern und Mandatsträgern verbunden.

Ära Kohl

Mit Helmut Kohl, aus einem kleinen Beamtenhaushalt stammend, gelangte erstmals ein Politiker der Generation ins Kanzleramt, die das „Dritte Reich" nicht als Erwachsene erlebt hatte und deren letzte Schülerjahre schon in die Nachkriegszeit fielen. Bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte sich Helmut Kohl in der rheinland-pfälzischen Jungen Union und in der CDU engagiert. Sein Studium in Frankfurt am Main und Heidelberg schloss er 1958 mit einer zeitgeschichtlichen Dissertation über „das Wiedererstehen der politischen Parteien in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg" ab und wurde ein Jahr später erstmals in den Landtag von Rheinland-Pfalz gewählt. Seit 1969 regierte er in diesem Bundesland als jüngster Ministerpräsident der Bundesrepublik, 1973 übernahm er den Parteivorsitz der CDU und nach der knapp verlorenen Bundestagswahl 1976 auch die Fraktionsführung der Union. In den Medien mitunter – im Kontrast zu dem weltläufigen Vorgänger Helmut Schmidt – als provinziell dargestellt und politisch unterschätzt, galt er in der CDU bei vielen als weitblickender Stratege, der die Partei erfolgreich modernisiert hatte.

Die Regierungserklärung übernahm jene Maximen, die von Graf Lambsdorff (FDP) im Sommer 1982 propagiert worden waren: „weg von mehr Staat, hin zu mehr

Markt", „weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung", „weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit". Dass die Wirtschaftspolitik schon lange in der Ressortverantwortlichkeit von Ministern der FDP gelegen hatte, blieb dabei allerdings unausgesprochen. In der Bundestagsfraktion der Liberalen stimmten 32 Abgeordnete für das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU, 20 dagegen, zwei enthielten sich.

In den folgenden Jahren kam es zu einigen sozialpolitischen Maßnahmen, die der Tendenz nach den Mittelstand begünstigten und die Förderung sozial schwächerer Schichten einschränkten. Der Bund zog sich aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus weitgehend zurück, während gleichzeitig die steuerlichen Vorteile für den Eigenheimbau beibehalten wurden. Das 1975 eingeführte Mutterschaftsgeld (siehe auch Seite 13) wurde gesenkt, das Kindergeld einkommensabhängig gekürzt, das „Schüler-BAföG", mit dem Kinder aus einkommensschwächeren Schichten der Weg zum Abitur erleichtert werden sollte, abgeschafft und die Förderung der Studierenden auf Darlehen umgestellt, während zugleich der Anteil der Bezugsberechtigten kontinuierlich sank. Ein radikaler Ausstieg aus dem wohlfahrtsstaatlichen Konsens nach englischem und amerikanischem Muster, den manche befürchtet hatten, wurde allerdings nicht zuletzt durch Sozialpolitiker der Unionsparteien verhindert, von denen sich besonders Heiner Geißler und Norbert Blüm, der langjährige Arbeitsminister in den Kohl-Regierungen, profilierten.

Bundestagswahl 1983

Die im März 1983 abgehaltene Bundestagswahl bescherte der CDU/CSU mit 48,8 (plus 4,3) Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seit 1957, während die FDP mit sieben (minus 2,3) Prozent zwar erwartungsgemäß Einbußen zu erleiden hatte, aber – so ermittelten es Meinungsumfragen – von vielen Anhängern der neuen Koalition gewählt worden war, um eine absolute Mehrheit der Union zu verhindern. In der FDP verließen etwa zehn Prozent der 80000 Mitglieder (1982) aus Protest gegen den Koalitionswechsel die Partei.

Für die SPD begann der Abstieg unter die Vierzig-Prozent-Marke, die in den siebziger Jahren stets überschritten worden war. Nicht allein der Wechsel in die Opposition und die nun ausstehende Neuorientierung trugen zur Wahlniederlage von 38,2 (minus 4,7) Prozent bei. Gleichzeitig brachen bereits zuvor vorhandene Differenzen in der Führung erneut auf, die Helmut Schmidt auf eine weitere Kanzlerkandidatur verzichten ließen.

Bei der Bundestagswahl 1983 zogen die Grünen mit 5,6 Prozent erstmals in den Bundestag ein, vier Jahre später steigerten sie ihren Stimmenanteil auf 8,3 Prozent. Nicht mehr drei Fraktionen wie in den sechziger und siebziger Jahren, sondern vier Fraktionen prägten nun den Bundestag. Im Laufe der achtziger Jahre rückten die Grünen auch in die meisten Landtage ein, allerdings noch nicht im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die Sozialdemokraten, die die Grünen zunächst als schädliche Konkurrenz bekämpften und auf deren Kurzlebigkeit hofften, gingen erstmals in Hessen (Ende 1985) eine konfliktreiche rot-grüne Koalition ein, die allerdings nach kurzer Zeit (im Februar 1987) an Differenzen in der Atomenergiepolitik scheiterte. Das Ende der raschen organisatorischen Ausbreitung erreichten die Grünen schon 1985 mit circa 40000 Mitgliedern; danach wuchs die Mitgliederzahl nur noch langsam weiter.

Wie es Herbert Wehner, ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag, vorausgesagt hatte, brauchte die Sozialdemokratie einige Legislaturperioden, um sich von der Niederlage auf Bundesebene zu erholen und sich programmatisch und personell neu zu formieren. Die Konkurrenz der „Enkel", der um 1940 geborenen Nachwuchsgeneration, wurde bekanntlich erst in den neunziger Jahren entschieden. Während die SPD bei Bundestags- und Europaparlamentswahlen in den achtziger Jahren weit unterhalb ihrer Ergebnisse in den siebziger Jahren blieb und sich ihr Abstiegsprozess in Bayern und Baden-Württemberg fortsetzte, erzielte sie in anderen Bundesländern Stimmengewinne und übernahm die Landesregierungen des Saarlandes (1985) und Schleswig-Holsteins (1987). In Nordrhein-Westfalen, dem größten Bundesland, konnte die SPD 1980 erstmals die absolute Mehrheit (der Mandate) erringen und verteidigte sie 1985 und 1990. Auch in den achtziger Jahren blieb die SPD die mitgliederstärkste Partei der Bundesrepublik, hatte allerdings gegenüber dem Höhepunkt Mitte der siebziger Jahre, als die Millionengrenze überschritten worden war, einen Rückgang von etwa zehn Prozent und zunehmend ältere Mitglieder zu registrieren.

Auch bei der CDU und bei der CSU begann Mitte der achtziger Jahre die Zahl der Mitglieder zu stagnieren und etwas abzusinken. Dies spricht zum einen für generelle Mobilisierungsprobleme der Parteien, zum anderen für eine beginnende Unzufriedenheit im Regierungslager. Die Bundestagswahl 1987 ließ – bei der mit 84,3 Prozent niedrigsten Wahlbeteiligung seit 1949 – die CDU/CSU auf 44,3 Prozent der Stimmen zurückfallen, ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949, und die politischen Auguren erwarteten Ende der achtziger Jahre sogar bereits mehrheitlich das Ende der Kohl-Regierung.

Skandale

Die Unzufriedenheit speiste sich aus verschiedenen Quellen. Zum einen waren einige der sozialpolitischen Maßnahmen (siehe auch Seite 12 f.) nicht populär gewesen, zum anderen hatte es in den ersten beiden Amtsperioden eine ganze Reihe von Skandalen gegeben, die dem Regierungslager angelastet wurden. Vor allem der „Flick-Skandal", in dessen Folge (im Februar 1987) immerhin zwei Minister bzw. ehemalige Minister, Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs, sowie ein führender Repräsentant der deutschen Unternehmerschaft, Eberhard von Brauchitsch, rechtskräftig zu hohen Geldstrafen verurteilt wurden, hatte seit 1983 auch einen von der SPD beantragten Unter-

Foto: dpa

Nach der Bundestagswahl 1983 zogen erstmals Die Grünen in den Bundestag ein, hier Petra Kelly, Marieluise Beck-Oberdorf (1. R. 2. u. 3. v. l.) und Otto Schily (2. R. r.).

Foto: dpa

Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker – hier mit Bundeskanzler Helmut Kohl bei einer offiziellen Begrüßung mit militärischem Zeremoniell – hielt sich im September 1987 zu einem fünftägigen Arbeitstreffen in Bonn auf.

suchungsausschuss des Bundestages beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurden enge Verbindungen von Mitgliedern der Regierung Kohl zum Flick-Konzern offenbar, der von einigen großen Steuerbefreiungen profitierte. Während die Konzerngelder auf schwarze Konten der Regierungsparteien flossen, musste Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) 1984 von seinem Amt zurücktreten, als der Verdacht entstand, er habe aus diesen Quellen bereits in den siebziger Jahren persönliche Zuwendungen erhalten.

1987 erschütterte die „Barschel-Affäre" die Bundesrepublik. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel hatte seinen sozialdemokratischen Herausforderer Björn Engholm im Wahlkampf durch Detektive überwachen und abhören lassen sowie mit einer falschen Anschuldigung wegen Steuerhinterziehung und der Unterstellung von Homosexualität ausschalten wollen. Nach einer vor der Fernsehöffentlichkeit mit einem „Ehrenwort" bekräftigten Unschuldserklärung, die sich später als unwahr herausstellte, wurde Barschel im Oktober 1987 tot in der Badewanne eines Genfer Hotels aufgefunden. Die Umstände seines Todes wurden nie ganz aufgeklärt.

Am rechtskonservativen Rand des Wählerspektrums nahm die Integrationskraft der CDU/CSU, die sie als Bonner Opposition in den siebziger Jahren besessen hatte, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung ab. Enttäuschung wurde in konservativen Kreisen artikuliert, weil die in der Regierungserklärung 1983 versprochene „geistig-moralische Wende", von einigen als umfassende Renaissance traditioneller Werte verstanden, ausgeblieben war, während auf einigen zentralen Feldern der Politik Kontinuität waltete, vor allem in den Beziehungen zur DDR. Die spektakulären Milliardenkredite für das dortige Regime (seit 1983), die zum Teil der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß vermittelt hatte, und schließlich der Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn (1987) waren Anlass zur Bildung einer oppositionellen Gruppierung rechts von der Union. Die von Franz Schönhuber, einem ehemaligen Journalisten des Bayerischen Rundfunks, geführten „Republikaner" erreichten bei den Wahlen zum Europaparlament und zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 jeweils über sieben Prozent der Stimmen. Aufgrund der dramatischen Geschehnisse der deutsch-deutschen Einigung 1989/90 traten die Integrationsprobleme der CDU/CSU jedoch in den Hintergrund.

Außenpolitische Kontinuität

Nach der vertraglichen Regelung der Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und zur DDR ging es in der Regierungszeit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts zunächst um die weitere Ausgestaltung des Entspannungsprozesses zwischen den Blöcken. Nach zweijährigen Verhandlungen wurde am 1. August 1975 die „Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) in Helsinki, an der 33 europäische Staaten, darunter als gleichberechtigte Partnerinnen die Bundesrepublik und die DDR, sowie die USA und Kanada teilgenommen hatten, mit einer Schlussakte erfolgreich abgeschlossen.

Hierin wurden zum einen die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der souveränen Staaten und der Verzicht auf Gewalt bekräftigt, also der territoriale Status quo in Europa festgeschrieben – was ein Anliegen vor allem der östlichen Seite war. Zum anderen aber enthielt der so genannte „Korb drei" Forderungen zur Achtung der Menschenrechte und zu Grundfreiheiten auf politischem und religiösem Gebiet, die von den Westmächten durchgesetzt wurden.

Der „Korb drei" von Helsinki brachte für die östlichen Diktaturen, vor allem aber für die Führung der DDR, gravierende Probleme mit sich. In zunehmendem Maße sah sie sich mit einer kritischen Berichterstattung durch die westdeutschen Medien konfrontiert, die den Alltag der „realsozialistischen Diktatur" mit den Verpflichtungen durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte verglichen. Zu einem Symbol für die Unterdrückung der Freiheit in der DDR wurde die Ausbürgerung des gesellschaftskritischen Lyrikers und Sängers Wolf Biermann Ende 1976, der als Jugendlicher in die DDR übergesiedelt war. Zur Begründung hieß es, er habe während einer Tournee in der Bundesrepublik „feindlicher Propaganda Vorschub geleistet". Nicht nur in der DDR, auch in der Bundesrepublik protestierten dagegen zahlreiche Künstler und Schriftsteller, die sich der Linken zugehörig fühlten.

Während sich die hauptsächliche Aufmerksamkeit in den siebziger Jahren auf die Ost- und Deutschlandpolitik konzentrierte, erfolgten im Prozess der westeuropäischen politischen und wirtschaftlichen Integration zwei wichtige Schritte. Das Europäische Währungssystem (EWS), vom Europäischen Rat Ende 1978 in Bremen beschlossen, trat am 13. März 1979 in Kraft (siehe dazu auch Seite 17 f.). An diesem System fester Wechselkurse auf Grundlage einer Verrechnungseinheit, des ECU, hatte der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt einen hohen Anteil. Vom 7. bis 10. Juni 1979 fanden dann, auf Grundlage eines Beschlusses des EG-Rats von 1976, die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

Ende der siebziger Jahre setzte eine erneute Vereisung in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten ein. In den USA erhielten neokonservative Kräfte Zulauf, die eine Erneuerung des Kampfes gegen den „Weltkommunismus" propagierten. Vor allem wurde in der US-Öffentlichkeit, die nach der traumatisch erlebten Niederlage in Vietnam im Frühjahr 1975 besonders wachsam die internationale Situation beobachtete, ein wachsender sowjetischer Einfluss in Teilen Afrikas und Asiens ausgemacht. Der demokratische Präsident Jimmy Carter rückte nun das Thema der „Menschenrechte" in den kommunistischen Ländern in den Vordergrund seiner Politik und machte Entspannungsprozesse von deren Einhaltung abhängig.

Nach dem Abschluss der SALT- (*Strategic Arms Limitation Talks*)II-Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Nu-

Gefährdungen durch Mittelstreckenraketen

[...] Die Nachrüstung polarisierte die Gesellschaft: Entweder man war für oder gegen die Stationierung neuer amerikanischer Nuklear-Raketen in Westeuropa.

[...] Helmut Schmidt hatte am 28. Oktober 1977 die jährlich stattfindende Alastair-Buchanan-Gedenkrede vor dem Londoner Institut für strategische Studien gehalten. Er nutzte diese Gelegenheit, um auf ein ihn schon länger beschäftigendes Thema aufmerksam zu machen: Während Amerikaner und Sowjets bei den SALT-Gesprächen über die Begrenzung von nuklear-strategischen Waffen verhandelten, mit denen sich die beiden Supermächte direkt gegenseitig ins Visier nehmen konnten, blieben Kernwaffen mit kürzeren Reichweiten außerhalb der Rüstungskontrolle.

Schmidt sah dadurch westeuropäische Sicherheitsinteressen betroffen: „Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muss das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen." Weitere Abrüstung war also Schmidts erste Wahl, um dem von ihm identifizierten Problem zu begegnen. Doch war er nicht so blauäugig, einen Erfolg entsprechender Verhandlungen von vornherein als gesichert anzunehmen. Solange es keine Abrüstungserfolge gebe, müsse die Allianz daher bereit sein, „für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen und allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten."

Den konkreten Hintergrund seiner Überlegungen hatte Schmidt in seiner Londoner Rede nicht direkt angesprochen: Die fortgesetzte sowjetische Aufrüstung mit modernen SS-20-Raketen, die Westeuropa, aber nicht die USA erreichen konnten. In der Sicht Helmut Schmidts bestand die Gefahr des Entstehens einer „Grauzone" zwischen strategischen Waffen einerseits und konventionellen Waffen andererseits. Würden die Sowjets in dieser „Grauzone" weiterhin ungehindert aufrüsten, so bestünde die Gefahr, dass Westeuropa politisch erpressbar werde. Moskau könnte dann Bonn, Paris und London nuklear bedrohen, gleichzeitig jedoch Washington wegen der strategischen Parität in Schach halten. Denn sollte ein sowjetischer Nuklearangriff mit Mittelstreckenwaffen auf Westeuropa erfolgen, wären die USA gezwungen, mit in Amerika stationierten strategischen Waffen zu reagieren. Dies würde wegen der damit verknüpften Gefahr eines sowjetischen Gegenschlages gegen das amerikanische Kernland selbst womöglich nicht geschehen. In einem Wort: Die Glaubwürdigkeit der westlichen nuklearen Abschreckung war nach Ansicht Schmidts in Gefahr. [...]

Tatsächlich glaubte die damalige amerikanische Regierung unter Präsident Jimmy Carter, auf die politischen Besorgnisse wegen der entstehenden nuklearen Grauzone militärisch reagieren zu müssen. [...] Als Resultat wurde auf der Herbsttagung der NATO im Dezember 1979 der NATO-Doppelbeschluss durch die Außen- und Verteidigungsminister verabschiedet. Das Dokument sah die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa ab 1983 vor, bot jedoch der Sowjetunion bereits zuvor Verhandlungen über die Begrenzung entsprechender Systeme an. [...]

Der Grundwiderspruch bestand darin, dass es Helmut Schmidt in seiner Londoner Rede vorrangig darum gegangen war, die Mittelstreckenwaffen in die Rüstungskontrolle einzubeziehen. Washington hatte jedoch inzwischen Gefallen an dem Gedanken gefunden, solche Waffen in Westeuropa zu stationieren. [...]

Helmut Schmidts sozial-liberale Koalition war inzwischen im September 1982 gescheitert. Von konservativer Seite wurde dabei immer wieder betont, der Kanzler sei von seiner eigenen Partei in der Frage der Nachrüstung im Stich gelassen worden, wodurch seine Glaubwürdigkeit als Regierungschef unterminiert worden sei. Auch wenn es zutrifft, dass weite Teile der SPD den NATO-Doppelbeschluss ablehnten und sich in der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung engagierten, so waren für den Bruch der Regierung Schmidt/Genscher sicher andere Gründe ausschlaggebend – zum Beispiel die unüberbrückbaren Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. [...]

Mit Michail Gorbatschow betrat im März 1985 ein sowjetischer Führer neuen Typs die weltpolitische Bühne. Er wollte unbedingt den nuklearen Rüstungswettlauf beenden. Auch Ronald Reagan, inzwischen in seiner zweiten Amtszeit, hatte Gefallen daran gefunden, als Friedensstifter in die Geschichte einzugehen. Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Reagan und Gorbatschow in Washington das Abkommen über die völlige Beseitigung nuklearer Waffen mit mittlerer Reichweite. Es war das erste Abkommen, das eine ganze Kategorie von Kernwaffen verbot, ja das erste wirkliche nukleare Abrüstungsabkommen überhaupt. Die Pershings und Marschflugkörper wurden aus Europa wieder abgezogen. Die von Helmut Schmidt [...] beschriebene nukleare Grauzone wurde durch Abrüstung beseitigt.

Oliver Thränert, „Helmut Schmidt '77. In der nuklearen Grauzone: Londoner Rede tritt Nachrüstung los", in: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte Nr. 1–2/ 2001, S. 57 ff.

klearraketen (1979) wurde die Ratifizierung zunächst ausgesetzt. Am Ende jenes Jahres marschierten sowjetische Truppen zur Stützung des kommunistischen Regimes in Afghanistan ein, worauf die meisten westlichen Länder die Olympischen Spiele in Moskau boykottierten (1980). In Polen wurde das Kriegsrecht ausgerufen, um der oppositionellen Streikbewegung des unabhängigen polnischen Gewerkschaftsverbands Solidarność zu begegnen, die sich zunehmend zur antikommunistischen Systemopposition erweiterte (1981).

Nachrüstungsdebatte

Die „Nachrüstung" der NATO wurde in dieser Phase zum zentralen Thema in der politischen Öffentlichkeit. Der NATO-Rat hatte im Dezember 1979 beschlossen, in den Folgejahren 464 bodengestützte „Marschflugkörper" in Westeuropa und 108 Mittelstreckenraketen (Pershing II) ausschließlich in der Bundesrepublik zu stationieren. Damit, so wurde argumentiert, sollte der Aufrüstung der Sowjetunion mit SS 20-Raketen (seit 1977) begegnet werden. Nur wenn diese von sich aus auf die Modernisierung ihrer Waffensysteme verzichte, werde der Beschluss nicht umgesetzt werden müssen („Doppelbeschluss"). Verhandlungen darüber zwischen den USA und der Sowjetunion kamen allerdings zunächst nicht zustande.

In der Bundesrepublik wurde die Nachrüstungsdebatte mit großer Heftigkeit geführt. Auf der einen Seite stand die Regierung – Helmut Schmidt selbst hatte (mit seiner Londoner Rede vom 28. Oktober 1977) einen großen Anteil am Zustandekommen des Beschlusses gehabt – und die parlamentarische Opposition, auf der anderen Seite standen Kritiker in den Regierungsparteien (vor allem in der SPD), in den Kirchen, Gewerkschaften und Medien. Die Friedensbewegung, die von der Partei Die Grünen unterstützt wurde, mobilisierte Anfang der achtziger Jahre Millionen von Menschen. Während die Friedensbewegung vor den Gefahren einer erneuten Rüstungsspirale und der damit steigenden nuklearen Weltkriegsgefahr warnte, führten die Befürworter zusätzlich zur Warnung vor der Bedrohung durch sowjetische Raketen vor allem zwei Argumente an: Zum einen würde man den Schutz der USA aufgeben, wenn man die Aufstellung neuer Waffen verweigerte, zum anderen werde mit dem Scheitern der Nachrüstung die sozialliberale Koalition scheitern.

Nach dem Ende der SPD/FDP-Koalition setzten sich in der SPD die Gegner einer NATO-Nachrüstung durch, während die neue christlich-liberale Regierung den Kurs ihrer Vorgängerin selbst angesichts der bis dahin größten, die Friedensdemonstration 1981 noch übertreffenden Protestdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik (circa 400 000 Teilnehmer am 10. Juni 1982 in Bonn) unbeirrt beibehielt. Als Eingehen auf die pazifistische Grundströmung von Teilen

Foto: dpa

Für ein Ende des atomaren Rüstungswettlaufs in Ost und West und gegen die Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa demonstrierten in Bonn am 10. Oktober 1981 etwa 300 000 Menschen. Es war die bis dahin größte Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik; hier ein Demonstrationszug auf dem Weg zum Hofgarten.

besonders der jüngeren Bevölkerung konnte zu jener Zeit die CDU-Wahlkampflosung „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" gelten.

Als der seit Anfang 1981 amtierende republikanische amerikanische Präsident Ronald Reagan, der die Sowjetunion des öfteren als „Reich des Bösen" charakterisierte, in einer Rede 1983 die Entwicklung einer *Strategic Defensive Initiative* (*SDI* – Strategische Verteidigungsinitiative) ankündigte, einer vom Weltraum aus operierenden Raketenabwehr gegen atomare Angriffe, signalisierte die Bundesregierung umgehend, im Gegensatz zu Frankreich, ihre Zustimmung. Mit SDI, so sahen es dagegen viele Kritiker, drohte ein erneuter Rüstungswettlauf. Tatsächlich aber waren die technischen Voraussetzungen für die Entwicklung eines solchen Abwehrsystems, das die USA, nicht aber ihre Verbündeten vor jeglichen interkontinentalen Raketenangriffen geschützt hätte, trotz enormer finanzieller Zuwendungen an die Forschung noch nicht gegeben.

Besondere Beziehungen zur DDR

Bemerkenswert waren die Bemühungen der Bundesrepublik und der DDR, in der Phase sich verschlechternder Blockbeziehungen seit Ende der siebziger Jahre die deutsch-deutschen Beziehungen nicht zu gefährden. In dieser Hinsicht gab es eine weitgehende Kontinuität von der SPD-FDP- zur CDU/CSU-FDP-Koalition, die personell durch den Außenminister sowohl der einen wie auch der anderen Koalition, Hans-Dietrich Genscher, ausgedrückt wurde. Begriffe wie „Sicherheitspartnerschaft" und „Verantwortungsgemeinschaft" deuteten an, dass die beiden deutschen Staaten ungeachtet ihrer Loyalitätspflichten im jeweiligen Bündnis an Entspannung weiterhin interessiert waren. Von „deutschem Boden", so lautete eine populäre Formulierung, solle „nie wieder ein Krieg ausgehen".

Bereits 1979 war ein Energieabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet worden; in den achtziger Jahren wurde der Kreditrahmen („Swing") im deutsch-deutschen Handel erweitert, die DDR erhielt (seit 1983) Kredite in Milliardenhöhe. Außerdem wurde der Staatsbesuch von Helmut Schmidt in der DDR im Dezember 1981 nach mehreren Verschiebungen im September 1987 durch Erich Honecker erwidert, der nun mit Helmut Kohl zusammentraf. Während hinsichtlich staatlicher Kontakte mit der DDR kaum Unterschiede zwischen den Koalitionsregierungen unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl auszumachen sind, intensivierten sich in den achtziger Jahren die Beziehungen auf Parteiebene zwischen SPD und SED. Zwei Wochen vor dem Staatsbesuch Honeckers in der Bundesrepublik veröffentlichten die beiden Parteien ein gemeinsames Papier unter dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", in dem nicht nur der absolute Vorrang der Friedenssicherung betont, sondern auch die prinzipielle Reformfähigkeit des jeweils anderen Systems konzediert wurde.

Terrorismus

Die siebziger Jahre waren bestimmt vom Thema der „inneren Sicherheit" (ein zeitgenössischer Begriff erst jenes Jahrzehnts) gegen den Terrorismus von Gruppen, die sich aus der extremen Linken Ende der sechziger Jahre herausgebildet hatten. Bereits 1968 hatten

Krefelder Appell

Erstes zentrales Dokument der Friedensbewegung, dem sich zahlreiche Menschen durch ihre Unterschrift anschlossen.

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

[...] Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen. Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müssten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

– die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;

– im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen. [...]

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

– eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zulässt;

– Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;

– die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Irmgard Wilharm (Hg.), Deutsche Geschichte 1962–1983, Band 2, Frankfurt am Main 1985, S. 209 f.

Foto: dpa

Am 5. September 1977 entführten RAF-Terroristen den damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Bei der Geiselnahme starben drei Polizisten und der Fahrer.

Vertreter des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) „militante Aktionen" propagiert. Den Hintergrund hierfür bildeten anarchistische Gedankengänge, die Praxis von Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt" und dabei besonders das lateinamerikanische Konzept der Stadtguerilla, das auch für die entwickelten kapitalistischen Länder Anwendung finden könne. Sozial deklassierte Teile der Bevölkerung sollten durch vorbildhafte Aktionen einer kleinen entschlossenen Gruppe zum revolutionären Kampf ermutigt werden. In bewaffneten Auseinandersetzungen werde der Staat „die manipulative Maske der Demokratie abwerfen" müssen und sich – so die Vertreter des SDS – durch „offene Gewalt in seinem wahren Wesen" zeigen.

Einige Aktivisten der außerparlamentarischen Opposition versuchten diese Gedankengänge in eine „revolutionäre Praxis" zu überführen. Die Rote Armee Fraktion (RAF), zu deren führenden Köpfen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Holger Meins gehörten, begann im Sommer 1970 mit einer Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen. Nach der Verhaftung dieser „ersten Führungsgeneration" im Juni 1972 konzentrierte sich der Kampf der RAF und der „Bewegung 2. Juni", einer anderen Terrorgruppe, vor allem auf Aktionen zur Freilassung von Inhaftierten. Am 10. November 1974 wurde der Berliner Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann ermordet, am 27. Januar 1975 der Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz entführt. Er wurde im Austausch gegen fünf inhaftierte Terroristen freigelassen. Zwei Monate später, am 24. April, überfiel eine Gruppe von Terroristen die deutsche Botschaft in Stockholm. Zwei Botschaftsangehörige und zwei Terroristen starben dabei.

Den Höhepunkt der Terrorserie bildete das Jahr 1977, als Generalbundesanwalt Siegfried Buback und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Jürgen Ponto, ermordet wurden. Am 5. September jenes Jahres wurde dann der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgebervereine (BDA) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hanns Martin Schleyer entführt, seine Begleiter wurden bei dieser Aktion erschossen. Die Terroristen forderten, im Austausch für Schleyer elf inhaftierte Terroristen freizulassen. Da sich die Bundesregierung weigerte dem nachzukommen, sondern vielmehr ein dann einmütig verabschiedetes Gesetz im Bundestag einbrachte, das den Kontakt der in Haft befindlichen Terroristen sowohl untereinander als auch zur Außenwelt unterbinden sollte, wurde am 13. Oktober von einem palästinensischen Kommando ein Flugzeug der Lufthansa auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt gekapert, um den Druck zur Freilassung der inhaftierten Terroristen zu erhöhen. Die Bundesregierung – im Krisenstab waren auch führende Politiker der Opposition einbezogen – blieb hart und ließ die Maschine durch ein Sonderkommando des Bundesgrenzschutzes, der GSG 9, auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) stürmen. Baader, Ensslin und Raspe begingen daraufhin in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim Selbstmord (wie ein Jahr zuvor schon Ulrike Meinhof), der entführte Arbeitgeberpräsident Schleyer wurde daraufhin ermordet und später tot im Kofferraum eines PKW aufgefunden.

Die terroristische Welle der siebziger Jahre hatte auf das gesellschaftliche Klima Auswirkungen und zeitigte Reaktionen, die – wie im Abstand klar erkennbar war – über die tatsächliche Dimension der politischen Bedrohung durch in der Bevölkerung völlig isolierte Gruppen hinausgingen. Zahlreiche Kontrollen an Straßen und Autobahnen, nächtliche Razzien in Wohnungen, die Schwächung der Rechtsposition von Angeklagten, die Ergänzung des Strafrechts in den Jahren 1976 bis 1981 durch die Paragraphen 129a (betreffend den neuen Straftatbestand der Bildung terroristischer Vereinigungen), 88a (gegen gewaltbefürwortende Schriften) und 90a (gegen die Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) des Strafgesetzbuches (StGB), die erhebliche Erweiterung der Fahndungskompetenz der polizeilichen Apparate und der personelle und technische Ausbau der Sicherheitsdienste mit neuen elektronischen Überwachungssystemen wurden in der liberalen Presse nicht ohne Besorgnis wahrgenommen.

Vereinzelt war auf dem terroristischen Höhepunkt des Herbstes 1977 sogar gefordert worden, den Artikel 102 des Grundgesetzes, der die Todesstrafe verbietet, abzuschaffen, und in Teilen der Medien wurde ein Klima der Hysterie geschürt, in dem selbst prominente Schriftsteller wie der Literaturnobelpreisträger des Jahres 1972, Heinrich Böll, als „Sympathisanten" des Terrors verdächtigt wurden. Der Film „Deutschland im Herbst" (1978), eine Gemeinschaftsproduktion renommierter Regisseure, beschwor daraufhin die Gefahr staatlicher Zensur und Überwachung. Allerdings kann im Rückblick konstatiert werden, dass sich die politischen Ängste mancher liberaler Kritiker, die Demokratie in der Bundesrepublik werde durch die „Hysterie der Terrorbekämpfung" beschädigt werden, nicht bewahrheiteten, zumal der linke Terrorismus in den folgenden Jahren, ungeachtet einiger weiterer Anschläge, weitgehend versiegte.

Rechtsterroristische Zusammenhänge hingegen, die etwa beim Sprengstoff-Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 (mit 13 Toten und über 200 Verletzten) sichtbar wurden, die allerdings auch einen vergleichsweise geringeren Stellenwert besaßen, beschäftigten die Öffentlichkeit zu dieser Zeit weit weniger nachhaltig.

Die Diskussion über das Verhältnis von individueller Freiheit und staatlicher Kontrolle im Zeitalter elektronischer Datenverarbeitung und weit verzweigter Informationssysteme wurde seither permanent geführt. Zu besonderen Anlässen intensivierten sich die Debatten jeweils, etwa bei der Aufdeckung eines „Lauschangriffs" gegen den Atomwissenschaftler Klaus Traube und bei der Verabschiedung des Bundesdatenschutzgesetzes 1977, der Volkszählung 1983 oder der Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts („Vermummungsverbot") 1985.

Sozialpolitik

Der Umfang der staatlichen Sozialleistungen (der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung) stieg in den siebziger Jahren kontinuierlich an, während die Sozialleistungsquote, das heißt der Anteil der Sozialleistungen am

Bruttosozialprodukt, nach starkem Wachstum von 1970 bis 1975 (von 25,7 auf 31,9 Prozent) stagnierte bzw. sogar leicht rückläufig war (1980: 30,1 Prozent).

Die demographische Entwicklung (siehe auch Seite 34) sorgte für eine andauernde Diskussion über die Förderung von Familien und Kindern auf der einen sowie über das System der Alterssicherung auf der anderen Seite. Seit 1975 wurde statt der Berücksichtigung der Kinderfreibeträge ein einheitliches Kindergeld gezahlt, das in den folgenden Jahren mehrfach angehoben wurde; für das erste Kind wurde erstmals ein Kindergeld eingeführt. Die Kindergeldzahlungen verzehnfachten sich bis 1982 auf circa 19 Milliarden DM. Durch das Mutterschaftsurlaubsgesetz (1979) wurde ein Mutterschaftsgeld von 750 DM pro Monat eingeführt, das sechs Monate gezahlt wurde und mit einem Kündigungsschutz verbunden wurde. Mit dieser rechtlichen Besserstellung von Frauen wurde nach Wegen gesucht, Mutterschaft und Beruf besser verbinden zu können.

Während in den siebziger Jahren betont wurde, dass es bei der Förderung nicht um die Privilegierung der Ehe gehe, sondern um „Anspruchsrecht sozialen Charakters" (so der Zweite Familienbericht der Bundesregierung 1974), entwickelten Sozialpolitiker der CDU, darunter der spätere Arbeitsminister Norbert Blüm und der spätere Familienminister Heiner Geißler, ihre sozialpolitische Sicht der „Neuen sozialen Frage", die in die auf dem Bundesparteitag der CDU beschlossene „Mannheimer Erklärung" (1975) einging. Ihr zufolge sorgten die Tarifpartner gemeinsam dafür, dass zwar die im Erwerbsleben stehenden Menschen vom wirtschaftlichen Fortschritt profitierten, während dagegen Arbeitslose, nichterwerbstätige Frauen und kinderreiche Familien benachteiligt seien, weil sie keine Lobby hätten, die sich für sie einsetzen könne.

Ende 1983 veröffentlichte das Familienministerium ein „Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens", das im Kern die Einführung eines Erziehungsgeldes, die Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, die steuerliche Gleichbehandlung von allein Erziehenden und die finanzielle Unterstützung von schwangeren Frauen in sozialen Notlagen beinhaltete, die es ihnen erlauben sollte, ihr Kind auszutragen. Zu diesem Zweck wurde im Juli 1984 vom Bundestag die Gründung einer Stiftung „Mutter und Kind" beschlossen, die – auch wegen der ungenügenden finanziellen Ausstattung – in der Öffentlichkeit sehr umstritten war. Zwei Jahre später wurde statt des nun wegfallenden Mutterschaftsurlaubsgeldes ein monatliches Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM beschlossen, das Müttern oder Vätern einkommensunabhängig für zehn Monate (bis zum sechsten Monat des Kindes) gezahlt werden sollte (1988 wurde es auf zwölf Monate verlängert); außerdem wurden nun die Kindererziehungszeiten (pro Kind ein Jahr) bei der Rentenberechnung berücksichtigt, ergänzt durch einige steuerliche Verbesserungen für Unterhaltsleistungen.

Den familienpolitischen Verbesserungen, die allerdings die strukturell gegebenen finanziellen Nachteile für Haushalte mit Kindern nicht zu kompensieren vermochten, standen soziale Einschnitte im Netz der Alterssicherung, des Gesundheitssystems und der Einkünfte für Erwerbslose gegenüber. Durch schrittweise Veränderungen 1977, 1982 und 1983 wurden die Renten nicht mehr nach dem Brutto-, sondern nach dem Nettoeinkommen der Arbeitnehmer berechnet, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurden reduziert, und in der gesetzlichen Krankenversicherung wurden Gebühren für Medikamente eingeführt.

Anfang der achtziger Jahre wurden in einer breiten öffentlichen Debatte die Anzeichen einer „neuen Wohnungsnot" diskutiert. Die Zahl der jährlichen Fertigstellungen von Wohnungen sank bis 1988 auf einen Tiefststand von 200000. Dabei war die Aufspaltung in Wohnungsteilmärkte kennzeichnend. Während besser verdienende Schichten der Bevölkerung ihren erweiterten Wohnraumbedarf vor allem durch Eigenheimbau befriedigen konnten, zog sich der Staat zunehmend aus dem sozialen Wohnungsbau zurück, der noch den Wiederaufbau der fünfziger und sechziger Jahre gekennzeichnet hatte.

Umweltschutz

Der „Umweltschutz" war seit den siebziger Jahren – befördert durch den allgemeinen Wertewandel (siehe auch Seite 39f.) und eine gestiegene ökologische Sensibilität – zu einem erstrangigen politischen Thema geworden. Hans-Dietrich Genscher, zu dieser Zeit für diesen Aufgabenbereich zuständiger Innenminister im Kabinett Brandt, bezeichnete den Umweltschutz als „eine staatliche Aufgabe von gleichem Rang wie die soziale Frage im letzten Jahrhundert". Experten sprachen davon, dass zu dieser Zeit die Bundesrepublik – wie auch die DDR – in die Phase eines intensiven kompensatorischen Umweltschutzes eintrat, der auf einzelne besonders gravierende bzw. in der Öffentlichkeit besonders beachtete Probleme reagierte. Seit dem Ende der achtziger Jahre erfolgte dann allmählich der Übergang in eine neue Phase der integrierten Ökosystemgestaltung, die stärker den Zusammenhang einzelner Maßnahmen betonte.

Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen dehnte Anfang der siebziger Jahre die rechtlichen Befugnisse auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung, der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung aus. Das Fluglärmgesetz (1971), das Benzinbleigesetz (1971), das Abfallbeseitigungsgesetz, das Bundesimmissionsschutzgesetz (1974), das im gleichen Jahr gegründete Umweltbundesamt und ein „Umweltstatistikgesetz" (ebenfalls 1974), das erstmals die kontinuierliche Dokumentation umweltrelevanter Daten ermöglichte, zeigten die erhöhte Aktivität auf diesem Gebiet.

Besonders in den siebziger Jahren gab es massive Widerstände gegen das gesteigerte Engagement des Staates in der Umweltpolitik. Dieses wurde in der Öffentlichkeit häufig als Belastung für das Wirtschaftswachstum und als Hemmschuh technologischer Entwicklung hingestellt. Gegen das Gesetz etwa, das die Beimischung von Blei im Benzin untersagte, polemisierte der Vorstandsvorsitzende von BMW Haug von Kuenheim , damit werde ein Volksvermögen von zehn Milliarden DM „zur Disposition gestellt". Und die Gewerkschaft

Foto: dpa

Die Einführung eines Katalysators für PKW gehörte zu den umweltpolitischen Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung auf das gestiegene Umweltbewusstsein reagierte.

Bergbau und Energie rief ihre Mitglieder zum Widerstand gegen die Umorientierung der Förderungspolitik des Bundes auf regenerierbare und umweltfreundliche Energie auf, weil damit der Abbau Hunderttausender von Arbeitsplätzen drohe. Die Regierung Schmidt gab die Devise aus, dass das Wirtschaftswachstum an erster Stelle stehe, weil ohne Sicherung der Arbeitsplätze eine Steigerung der Lebensqualität nicht möglich sei.

Dennoch wurde die öffentliche Diskussion in wachsendem Maße von zahlreichen Bürgerinitiativen mitbestimmt, die auf eine Ausweitung des Umweltschutzes drängten, und einige Gesetze entsprachen diesem Anliegen. Das Bundeswaldgesetz (1975) und das Bundesnaturschutzgesetz (1976) schufen einen Rahmen für den Natur- und Landschaftsschutz. Mit dem Abwasserabgabengesetz (1976) wurden Unternehmen und Kommunen finanziell herangezogen, wenn sie ungeklärt umweltschädliche Substanzen in Gewässer einleiteten. Das Chemikaliengesetz (1980) verstärkte das Vorsorgeprinzip, indem es die Prüfung neuer Stoffe auf Risiken für Mensch und Umwelt vorschrieb.

In den Auseinandersetzungen mit jeweiligen Verbandslobbyisten waren diese Gesetze zwar im Vorfeld beträchtlich entschärft worden, zeigten aber immerhin die Richtung des Regelungsbedarfs an; dem dienten auch die konzentrierte Erfassung von Delikten gegen die Umwelt im Strafgesetzbuch und zum Teil eine höhere Strafandrohung.

Auch in den achtziger Jahren war das Argument vom Umweltschutz als Investitionshemmnis weiter vernehmbar, aber das öffentliche Meinungsklima hatte sich verändert, worauf etwa die parlamentarischen Erfolge der Grünen hinwiesen. Der Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in der Regierung Kohl zeigte sich auf diesem Gebiet trotz aller Anfeindungen von Lobbyisten durchaus entscheidungsfreudig. Die Inkraftsetzung der noch in der Zeit seines Vorgängers erarbeiteten Großfeuerungsanlagen-Verordnung und eine Verschärfung der seit 1974 geltenden Bestimmungen zum Schadstoff-Ausstoß (TA Luft), die Initiative zur Einführung von bleifreiem Benzin und die Durchsetzung des Katalysators für PKW – wichtige Maßnahmen zur Abgasreduzierung – fielen in die achtziger Jahre.

Als erstes Bundesland verankerte Bayern 1984 den Umweltschutz in seiner Verfassung. Der Erlass des Pflanzenschutzgesetzes 1986 sollte vor allem Gefahren abwehren, die durch Pflanzenschutzmittel für Mensch, Tier und Natur entstehen können. Im gleichen Jahr wurde mit dem neuen Abfallgesetz auf die Diskussion über die „Wegwerfgesellschaft" reagiert – Abfallvermeidung und -verwertung erhielten nun Priorität vor der Abfallbeseitigung. Seit 1987 galt ein verändertes Tierschutzgesetz, das Tierversuche einschränken sollte, das Schlachtrecht neu regelte und neue Bestimmungen für Tiertransporte, -handel und -züchtung beinhaltete.

Ein Thema dominierte die Umweltpolitik in den achtziger Jahren weitgehend: die „Atomkraft". Die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl am 26. April 1986 führte zu tief greifenden Ängsten der Bevölkerung vor radioaktiver Verstrahlung. Eine eindeutige Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sprach sich demoskopischen Erhebungen zufolge von nun an gegen die Nutzung der Atomenergie und vor allem gegen den Bau neuer Kernkraftwerke aus. Dadurch gerieten die Kernkraftbefürworter in Politik und Wirtschaft endgültig in die Defensive. Die Bundesregierung richtete in dieser Situation eigens ein Ministerium für „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit" ein, und seither wurde kein neues Kernkraftwerk mehr erstellt.

Aber auch andere „ökologische" Themen hatten in der Öffentlichkeit der achtziger Jahre Konjunktur. Die gesundheitliche Gefährdung durch vergiftete Lebensmittel (Fleisch und Fisch), verpanschten Wein, die Verunreinigung von Gewässern und Stränden nach Unfällen von Tankschiffen und vieles mehr wurde nun durch gesteigerte Berichterstattung der Medien zum Skandal.

Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Werner Bührer

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre mehrten sich die Anzeichen, dass der gut zwei Jahrzehnte dauernde, nur durch die Rezession von 1966/67 kurz unterbrochene Boom mit hohen Wachstumsraten, steigenden Einkommen und niedriger Arbeitslosigkeit allmählich zu Ende ging:

◇ Im August 1971 beschloss die amerikanische Regierung, Dollars nicht länger gegen Gold einzulösen, und brachte damit die 1944 in Bretton Woods vereinbarte internationale Währungsordnung zu Fall. Das Bretton-Woods-System, dem die westlichen Industrieländer und später auch einige „Entwicklungsländer" angehörten, beruhte auf dem „Gold-Dollar-Standard", das heißt einer Einlösepflicht der Leitwährung Dollar in Gold und festen Wechselkursen der übrigen Mitgliedswährungen gegenüber dem Dollar;

◇ 1972 schärfte der „Club of Rome", ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Industriellen, mit seinem alarmierenden Bericht über die „Grenzen des Wachstums" den Blick für die drohende Erschöpfung der natürlichen Lebensgrundlagen;

◇ im Juli 1972 trat Karl Schiller von seinem Amt zurück, weil seine Forderung nach einer stabilitätspolitischen Kurskorrektur im Bundeskabinett auf taube Ohren stieß; als Wirtschafts- und zuletzt auch als Finanzminister war er zuvor der wichtigste Fürsprecher einer antizyklischen, auf die Stimulierung der Nachfrage zielenden und Haushaltsdefizite bewusst in Kauf nehmenden staatlichen Wirtschafts- und Fiskalpolitik gewesen, wie sie der britische Wissenschaftler John Maynard Keynes (1883–1946) als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren propagiert hatte;

◇ im Oktober 1973 nahmen die arabischen Erdöl exportierenden Länder den „Yom-Kippur-Krieg" mit Israel zum Anlass, den Preis für Erdöl drastisch zu erhöhen und die Liefermengen zu verringern – ein Schritt, auf den die Bundesregierung mit energiesparenden Maßnahmen wie Sonntagsfahrverboten und Geschwindigkeitsbegrenzungen reagierte;

◇ die Inflationsrate erreichte 1973 die Sieben-Prozent-Marke;

◇ schließlich stagnierte das Bruttosozialprodukt 1974 im Vergleich zum Vorjahr – nach einem Anstieg um 4,7 Prozent von 1972 auf 1973.

Einige dieser Probleme waren ohne Verschulden der Bundesregierung entstanden; andere, etwa die im Vergleich zur Entwicklung in den beiden Jahrzehnten zuvor

hohe Inflationsrate und das wachsende Haushaltsdefizit, resultierten zumindest teilweise aus einer expansiven staatlichen Ausgabenpolitik und einer „Lohnoffensive" der Gewerkschaften und waren insofern durchaus „hausgemacht".

Tiefpunkt 1975

Obwohl Bundesregierung und Bundesbank mit konjunktur- und zinspolitischen Maßnahmen wie staatlichen Bauprogrammen, Investitionszulagen für Unternehmen und Zinssenkungen versuchten, den Abschwung zu stoppen, konnten sie nicht verhindern, dass 1975 fast alle Sektoren der Wirtschaft von der Krise erfasst wurden. Ihre besondere Intensität – das Bruttosozialprodukt sank erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent – erklärt sich zum einen aus der vorübergehenden Sättigung der Nachfrage nach Konsumgütern, zum anderen aus strukturellen Problemen bisheriger Wachstumsbranchen wie der Bauwirtschaft, der Stahlindustrie, des Maschinenbaus und der Automobilindustrie. Verschärft wurde die Krise nicht nur durch hohe Lohnabschlüsse und die daraus resultierenden Bemühungen der Arbeitgeber, die Lohnkosten durch den Abbau von Arbeitsplätzen zu senken, sondern auch durch den gleichzeitigen Konjunktureinbruch in fast allen westlichen Industrieländern, der einen Ausgleich der rückläufigen Binnennachfrage in der Bundesrepublik durch verstärkte Exporte verhinderte.

Die Krise trieb die Zahl der Arbeitslosen rasch nach oben: von durchschnittlich rund 275 000 im Jahr 1973 über 580 000 im folgenden Jahr bis auf 1,074 Millionen oder 4,6 Prozent im Jahr 1975. Danach blieb die Arbeitslosigkeit in etwa auf diesem Niveau; erst 1978 sank sie wieder, wenngleich nur knapp, unter die Millionengrenze. Wider Erwarten verringerte sich auch die Inflationsrate trotz des konjunkturellen Abschwungs zunächst nur unwesentlich. Die Politik der nachfrageorientierten Globalsteuerung gelangte an ihre Grenzen. Für dieses nicht recht erklärliche Zusammentreffen steigender Preise und hoher Arbeitslosigkeit bei stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung bürgerte sich die aus Stagnation und Inflation zusammengesetzte Bezeichnung „Stagflation" ein.

Die Reaktionen der Bundesregierung und der Bundesbank fielen unterschiedlich aus. Während Letztere auf die Stabilisierung der Währung setzte, ging die Bundesregierung – das Wirtschaftsressort leitete mittlerweile FDP-Politiker Hans Friderichs, das Amt des Finanzministers bekleidete der Sozialdemokrat Hans Apel – mehrgleisig vor. Dies geschah, indem sie versuchte, zugleich den Haushalt zu konsolidieren, die Beschäftigung anzukurbeln, Investitionen steuerlich zu fördern und unrentable Wirtschaftszweige zu subventionieren.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1969–1985

Jahr	Inflation (Veränderung in %)	Erwerbspersonen (in Tausend)	Arbeitslose (in Tausend)	Arbeitslosenquote (in %)	Wachstumsrate Bruttosozialprodukt (in %)
1969	2,1	26 535	179	0,8	7,4
1970	3,3	28 817	149	0,7	5,4
1971	5,4	26 957	185	0,8	3,1
1972	5,5	27 121	246	1,1	4,3
1973	7,0	27 433	273	1,2	4,7
1974	7,0	27 411	582	2,5	0,0
1975	5,9	27 184	1074	4,6	–1,1
1976	4,3	27 034	1060	4,5	5,5
1977	3,7	27 038	1030	4,3	2,6
1978	2,7	27 212	993	4,1	3,4
1979	4,1	27 528	876	3,6	4,1
1980	5,5	27 948	889	3,6	0,9
1981	6,3	28 305	1272	5,1	0,0
1982	5,2	28 558	1833	7,2	–1,1
1983	3,3	28 605	2258	8,8	2,1
1984	2,4	28 659	2266	8,8	3,1
1985	2,0	28 879	2304	8,9	1,9

Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 11; Bundesrepublik Deutschland und DDR 1969–1990, Stuttgart 1996, S. 84–85 u. 137.

Durchschlagende Erfolge blieben jedoch aus, stattdessen wuchs die Verschuldung des Staates innerhalb von zehn Jahren bis 1980 von rund 126 auf fast 469 Milliarden DM. Dennoch trug diese in sich widersprüchliche interventionistische Politik wegen ihrer insgesamt wachstumsfördernden Effekte zumindest dazu bei, die Auswirkungen der zweiten drastischen Ölpreiserhöhung im Jahr 1979 abzumildern.

Vergleichsweise günstig entwickelte sich demgegenüber die Außenwirtschaft. Das Exportvolumen stieg von 1975 bis 1980 von rund 222 auf 350 Milliarden DM an, die Importe wuchsen von 184 auf 341 Milliarden DM. Die traditionell hohe Verflechtung der deutschen und besonders der bundesrepublikanischen Wirtschaft mit dem Ausland stieg bis Mitte der achtziger Jahre weiter an. Der regionale Schwerpunkt des Außenhandels lag, wie bisher, eindeutig in Europa: Über 80 Prozent der Aus- und Einfuhren entfielen auf die europäischen Länder, davon allein zwischen 44 und 49 Prozent auf die EG.

Vor allem der Osthandel wies in diesem Zeitraum, begünstigt durch die Ostverträge, überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten auf. Bereits von 1970 bis 1973 verdoppelte sich die Ausfuhr in die Ostblock-Staaten von 5,4 auf 10,8 Milliarden DM; bis 1980 konnte mit einem Ausfuhrwert von 19,4 Milliarden DM eine kaum geringere Steigerung erzielt werden. Eine ähnliche Entwicklung nahmen die Einfuhren aus diesem Gebiet. Der Handel mit der DDR, der Anfang der siebziger Jahre noch fast die Hälfte der westdeutschen Exporte in die Ostblock-Staaten ausgemacht hatte, entsprach diesem Trend; allerdings verlor der „innerdeutsche" Warenverkehr gegenüber dem mit anderen Handelspartnern dieser Region relativ an Bedeutung.

Der Anteil der einzelnen Warengruppen am Gesamtaußenhandel, gemessen am Wert, änderte sich nur bei der Einfuhr, nämlich zugunsten der Fertigwaren und zuungunsten der Rohstoffe; bei der Ausfuhr lagen erwartungsgemäß Fertigwaren und damit Branchen wie der Straßenfahrzeug- und der Maschinenbau sowie die Chemie- und die Elektroindustrie klar an der Spitze. Allerdings trug die außenwirtschaftliche Verflechtung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr in dem von den fünfziger und sechziger Jahren gewohnten Ausmaß zur Wachstums- und Beschäftigungsdynamik der deutschen Binnenwirtschaft bei.

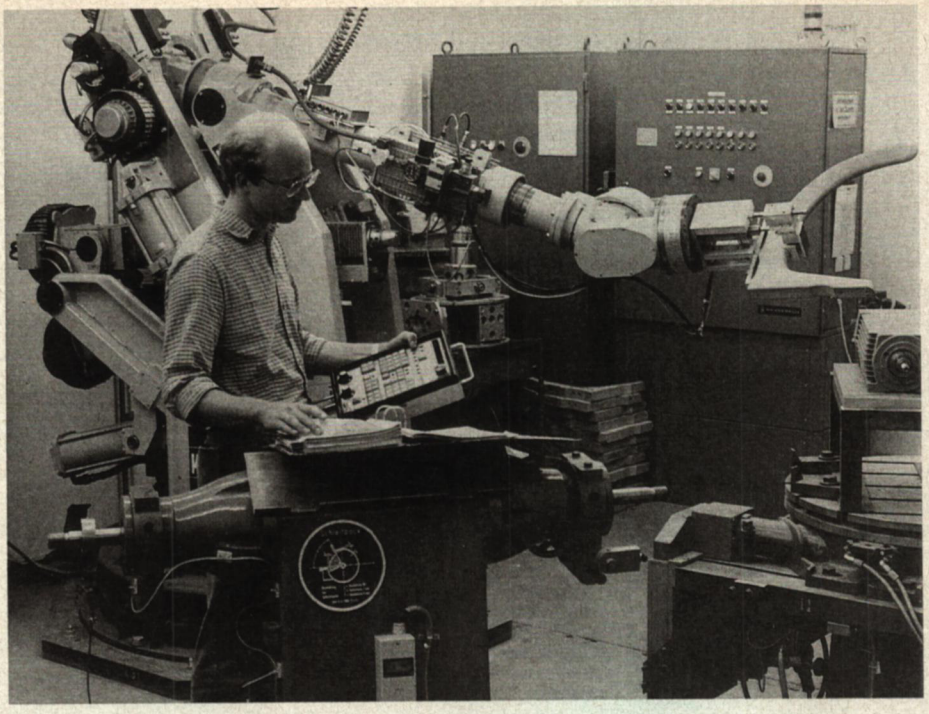


Foto: ullstein bild

Der technologische Wandel in der Wirtschaft war in den siebziger Jahren geprägt vom Vordringen neuer Technologien. Dazu zählte auch die Roboter- und Sensortechnik.

Technologischer Wandel

Die krisenhafte Entwicklung der siebziger Jahre fiel zusammen mit einem raschen technologischen Wandel, der geprägt war von dem Vordringen der so genannten Neuen Technologien. Dazu zählte die Roboter- und Sensortechnik, Gen- und Biotechnologie, Verbundwerkstoffe, Recyclingverfahren, computergestützte Konstruktion und Fertigung, Telekommunikation und Mikroelektronik. Im Gegensatz zu den ressourcenintensiven Neuerungen der beiden vorhergehenden Jahrzehnte zeichneten sich die Neuen Technologien dadurch aus, dass sie Einsparungen an Material, Energie, Arbeit und Kapital ermöglichten. Weitere Merkmale waren der Übergang „vom Produkt zum System", die Verwischung der Grenzen zwischen ehemals eigenständigen Bereichen wie Elektronik und Informationsverarbeitung, Biochemie, Mikrobiologie und Verfahrenstechnik sowie der vor allem in der Mikroelektronik zu beobachtende Trend zur Internationalisierung.

Die Stärke der Bundesrepublik lag allerdings weniger im Bereich der Spitzentechnologie als vielmehr in dem der höherwertigen Technologie. So übertrafen die deutschen Ausfuhren von Gütern der zweiten Kategorie in die USA die entsprechenden Einfuhren fast um das Dreieinhalbfache und im Fall der EG immerhin um das Zweieinhalbfache. Hohe Exportüberschüsse erzielten beispielsweise Erzeugnisse der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Automobilindustrie, medizinische Geräte und technische Keramik; im Bereich der Spitzentechnologie zählten pharmazeutische Produkte, neue Kunststoffe, medizinische Elektronik, hochentwickelte optische Instrumente sowie mess- und regeltechnische Geräte zu den gefragten Gütern. Eindeutige Defizite existierten dagegen in den wichtigen Sparten Datenverarbeitung, Telekommunikation und Halbleitertechnik.

Die staatliche Technologiepolitik konzentrierte sich seit Beginn der siebziger Jahre besonders auf die Neuen Technologien. Die gesamten staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen von 2,8 Milliarden im Jahr 1974 auf knapp unter sechs Milliarden im Jahr 1985. Der Kreis der innovativen Branchen blieb ungeachtet solcher staatlicher Eingriffe in etwa gleich: Nach wie vor gehörten die chemische Industrie, die Elektrotechnik, der Fahrzeug- und Maschinenbau, die Gummi- und Kunststoffverarbeitung, die Sparten Büromaschinen und EDV-Industrie, Feinmechanik und Optik sowie die Feinkeramik dazu. Die meisten dieser innovationsstarken Industrien zeichneten sich in den siebziger und achtziger Jahren auch durch ein überdurchschnittliches Wachstum aus.

Strittig sind die beschäftigungspolitischen Effekte des Einsatzes der Neuen Technologien: Auf der einen Seite konnten innovationsfreudige Unternehmen ihre Beschäftigtenzahlen steigern; auf der anderen Seite wurden beispielsweise in der informationstechnischen Industrie viele neu geschaffene Arbeitsplätze später wieder abgebaut. Einigkeit herrscht indes darüber, dass Innovationen der Produktionsverfahren Arbeitsplätze vernichten und Produktinnovationen Arbeitsplätze schaffen. Eindeutige Belege für eine „technologische Arbeitslosigkeit" gibt es für den hier interessierenden Zeitraum jedenfalls nicht.

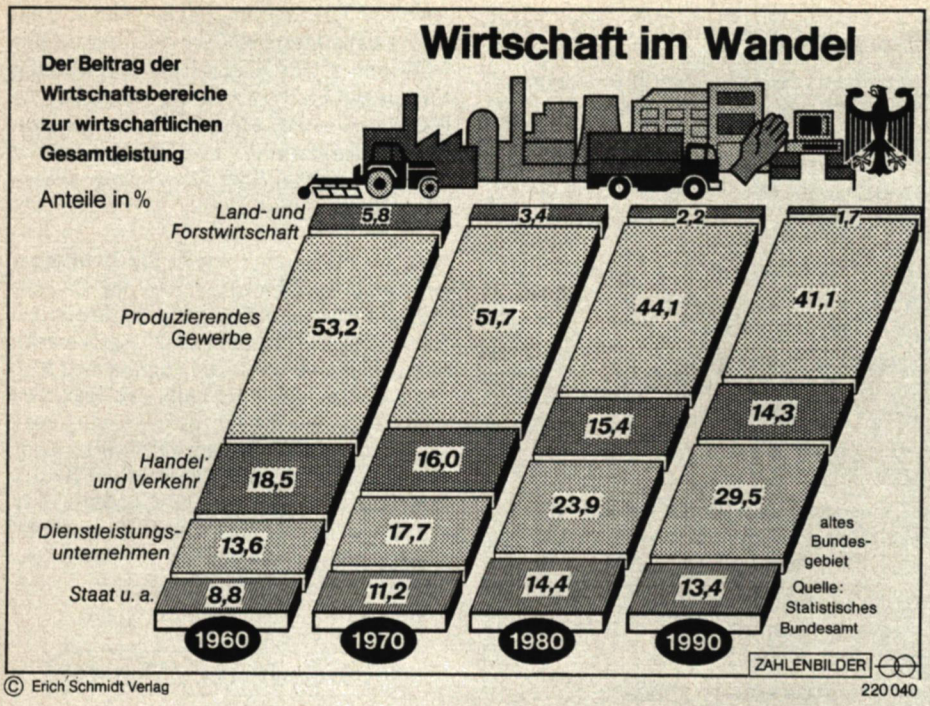
Von Stagnation, wie sie die Wirtschaft der Bundesrepublik Mitte der siebziger Jahre kennzeichnete, konnte also auf dem Gebiet der Technik keine Rede sein – im Gegenteil. Die „dritte industrielle Revolution", wie der Siegeszug der Neuen Technologien auch genannt wurde, veränderte die Arbeits- und Lebenswelt grundlegend. Sie stellte nicht zuletzt die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber vor neue Herausforderungen.

Sozialpartnerschaft auf dem Prüfstand

Die Kontroverse, die Mitte des Jahrzehnts zwischen den „Sozialpartnern" entbrannte, drehte sich allerdings nicht darum, wie die Folgen des technologischen Wandels am besten bewältigt werden könnten. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Frage der Mitbestimmung. Ausgelöst wurde der Streit durch einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Mitbestimmung, welcher, in Anlehnung an die seit 1951 geltende Regelung in der Montanindustrie, die Parität zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern im Aufsichtsrat vorsah. Betroffen waren rund 650 Großbetriebe mit jeweils mehr als 2000 Beschäftigten. Proteste der Unternehmerseite sorgten dafür, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nach der endgültigen Regelung eine Zweitstimme erhielt, die es ihm erlaubte, bei Abstimmungen eine Pattsituation zu vermeiden.

Ungeachtet dieses allenfalls halben Erfolgs der Gewerkschaften klagten Vertreter der Unternehmer über deren vermeintliche Übermacht im politischen Leben der Bundesrepublik und malten das Schreckgespenst eines „Gewerkschaftsstaates" an die Wand. Der Deutsche Gewerkschaftsbund nahm diese Angriffe zum Anlass, aus der „Konzertierten Aktion" auszutreten. Dieser Schritt markierte das Ende der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, die vor allem darauf abgezielt hatte, durch gemeinsame Anstrengungen, beispielsweise durch die Einhaltung von Lohnleitlinien, eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten; allerdings hatte die „Konzertierte Aktion" bereits in den Jahren zuvor ihre Bedeutung als wirtschafts- und sozialpolitisches Verhandlungs- und Koordinierungsgremium weitgehend eingebüßt.

Hingegen bewährte sich das neue Mitbestimmungsgesetz vor allem insofern, als es die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitungen und Belegschaftsvertretern und damit eine Stärkung „kooperativer Unternehmenskulturen" (Wolfgang Streeck) förderte. Das bedeutete, dass auch auf überbetrieblicher Ebene sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften darum bemühten, Tarifkonflikte eher durch Verhandlungen als durch Streiks und Aussperrungen zu lösen.



© Erich Schmidt Verlag

Suche nach Auswegen aus der Krise

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, des Haupt- und Dauerproblems seit Mitte der siebziger Jahre, vermochten freilich auch Gewerkschaften und Unternehmer nur wenig beizutragen. Obwohl das Bruttosozialprodukt wieder wuchs, stagnierte die Arbeitslosenziffer auf dem damals noch ungewohnt hohen Niveau von etwa einer Million. Die Bundesregierung verlor allmählich das Vertrauen in die Wirksamkeit keynesianischer Konzepte und Maßnahmen und setzte stattdessen mehr und mehr auf eine angebotsorientierte Politik, wie sie insbesondere in Großbritannien mit Erfolg praktiziert wurde: Die Wirtschaft sollte nicht über die Stimulierung der Nachfrage, etwa durch hohe Lohnabschlüsse, angekurbelt werden, sondern über die Entlastung der Unternehmen. Schließlich hatte Bundeskanzler Schmidt schon in seiner Regierungserklärung vom Mai 1974 hervorgehoben, dass „angemessene Erträge" die Voraussetzung für die „notwendigen Investitionen" darstellten; und ohne Investitionen gebe es kein Wachstum, keine Arbeitsplatzsicherheit, keine höheren Löhne und auch keinen sozialen Fortschritt. Da die Gewerkschaften und Teile der SPD nach wie vor an ihren nachfrageorientierten Konzepten festhielten, stieß die Verwirklichung dieser Überlegungen verständlicherweise auf beträchtliche Schwierigkeiten.

Zunehmende Sorge bereiteten die seit dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems mit seinen festen Wechselkursen andauernden internationalen Währungsturbulenzen. Sie waren dafür verantwortlich, dass der ehrgeizige Plan einer in drei Stufen zu errichtenden Wirtschafts- und Währungsunion, die zumindest innerhalb Westeuropas größere Stabilität garantiert hätte, rasch aufgegeben wurde. Doch immerhin hatten die EG-Länder im Frühjahr 1972 einen „Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" gegründet.

An dem darauf aufbauenden Währungsverbund, der Wechselkursschwankungen zwischen den angeschlossenen Währungen nur innerhalb einer schmalen Bandbreite von 2,25 Prozent erlaubte, beteiligten sich jedoch nur die Bundesrepublik, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Dänemark. Schon deshalb blieben die Erfolge eher bescheiden: Zwar blieb das befürchtete währungspolitische Chaos aus, doch konnten weder die Inflationsraten nennenswert gesenkt noch die Ungleichgewichte im innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehr überwunden werden. Auch die erhoffte Konvergenz der wirtschaftspolitischen Konzepte und Maßnahmen der Mitgliedsländer blieb aus.

Einführung des ECU

Immerhin überzeugten die Erfahrungen mit dem Währungsverbund die Regierungen der EG-Länder davon, dass das Ziel der Preisstabilität mit festen Wechselkursen leichter zu erreichen war. Bei ihren Versuchen, die währungspolitische Zusammenarbeit in Europa auf eine breitere Basis zu stellen, hielten sie deshalb an diesem Grundsatz fest. Das im April 1979 unter maßgeblicher Beteiligung des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing aus der Taufe gehobene Europäische Währungssystem, dem sich alle EG-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Großbritanniens anschlossen, verpflichtete die einzelnen Zentralbanken dazu, die Wechselkurse innerhalb der Bandbreite von 2,25 Prozent zu halten; Veränderungen der Paritäten waren nur in „gegenseitigem Einvernehmen" möglich.

Wirtschaftliche Lage

Wir in der Bundesrepublik haben Mühe, die seit 1978 eingetretene abermalige Verdoppelung unserer jährlichen Ölrechnungen auf 60 Milliarden DM zu verkraften. Unter dem Druck von außen werden auch bei uns Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in diesem Jahr real etwas zurückgehen. Das gilt für Industrieunternehmen, das gilt für Banken, das gilt für die Landwirtschaft – und es trifft auch die Arbeitnehmer. Die Sorge um Arbeitsplätze hat zugenommen. [...] Für uns kommt es vor allem darauf an, unser Leistungsbilanzdefizit zu verringern, es abzubauen. Auf Hochdeutsch: Wir können nicht auf die Dauer höhere Rechnungen an das Ausland bezahlen, als wir selber an Zahlungen aus dem Ausland erhalten. Dies bedeutet vor allem, unsere Einfuhr an Öl weiterhin zu drosseln. Es bedeutet ebenso allgemeine Einsparung von Energie, und es bedeutet ebenso, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte am Weltmarkt nochmals zu verbessern, um mehr verkaufen zu können. [...]

Bei uns – und ähnlich in der DDR – gibt es manchen, der sich Sorgen um seine wirtschaftliche Zukunft macht. Angst um den Frieden, Angst um Sicherheit insgesamt kommen hinzu, und dies keineswegs nur unter jüngeren Menschen. Gewiss kann niemand ihnen Sicherheit gegen alle Fährnisse des Lebens bieten. Es gibt Gott sei Dank kein automatisiertes oder unfallfrei durchprogrammiertes Leben. [...] Gewiss soll auch keiner die Probleme anderer, zumal ihre Sorgen und Ängste, kleiner schreiben, als sie sind. Aber es bleibt auch richtig, dass die allermeisten Menschen auf der ganzen Welt ihren Platz gern mit einem Deutschen tauschen würden. Auch sollte keiner übersehen, dass im letzten Jahr die Beschäftigung in unserem Land mit 25,8 Millionen Menschen den absolut höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht hat. [...]

Der Beginn der achtziger Jahre stellt an die Gesellschaft Anforderungen von größerer Bedeutung und von anderer Bedeutung, anderer Qualität als der Beginn der siebziger Jahre. Die Bürger müssen sich aus dem einseitigen Anspruchsdenken befreien, das die Wachstumsgesellschaft zunächst mit sich gebracht hat. [...] Manche Minoritäten werden bisweilen ziemlich brutal von der Solidarität ausgeschlossen. Sicherlich mangelt es bisweilen auch an der Solidarität gegenüber der Jugend und auch gegenüber künftigen Menschen, die erst noch geboren werden sollen, wenn die Heutigen die natürliche Umwelt bisweilen unbedacht zerstören lassen. [...]

Bericht zur Lage der Nation am 9. April 1981 von Bundeskanzler Schmidt in: Archiv der Gegenwart, Bd. 8, Sankt Augustin 2000, S. 7463 f.

Koalitionswechsel der FDP

Brief des FDP-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher vom 20. August 1981 an die Mitglieder der Führungsgremien und Mandatsträger der Partei:

[...] Unser Land steht am Scheideweg. Gesellschaftspolitisch stehen wir in einer Bewährungsprobe der Marktwirtschaft. Unsere Marktwirtschaft muss gerade in einer sich strukturell verändernden Weltwirtschaft – Ölpreis-Entwicklung und Prozess weltweiter Arbeitsteilung sind nur zwei Aspekte – die erforderliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen. Diese Bewährungsprobe kann nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln bestanden werden. Die Anerkennung und Förderung von Leistung, Innovation/Investition und Wettbewerb sind dabei unverzichtbar. [...]

Ganz allgemein ist es erforderlich, die Einsicht zu stärken, dass keine Leistung von Staat und Gesellschaft gewährt werden kann, die nicht vorher oder hinterher von der Allgemeinheit, also von jedem Einzelnen von uns, aufgebracht werden müsste. Es gilt, eine Anspruchsmentalität zu brechen, die nicht deshalb entstand, weil die heute lebende und arbeitende Generation weniger leistungsbereit wäre als ihre Vorgänger, sondern weil manches Gesetz gerade zur „Inanspruchnahme" auffordert, um nicht zu sagen „verleitet". Eine Wende ist notwendig.

Freie Demokratische Korrespondenz Bonn, Ausgabe 130 vom 20. August 1981, S. 4.

Otto Graf Lambsdorff, der Bundesminister für Wirtschaft, veröffentlicht im September 1982 ein „Konzept für eine Politik der Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit":

A. Wachstums- und beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik

Ansatzpunkte für konkrete haushaltspolitische Maßnahmen

1. Zusätzliche wachstums- und beschäftigungsfördernde Ausgaben (möglichst ohne Folgekosten) im Bundesbereich für etwa drei Jahre [...] für zum Beispiel

- Verstärkung von Infrastrukturmaßnahmen im Umweltschutz (zum Beispiel Gewässerschutz)
- Wiederaufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung" sowie „Agrarstruktur und Küstenschutz"
- Verstärkung der Mittel für Existenzgründung [...]

2. Weitere Einschränkungen konsumtiver bzw. eindeutig nicht wachstums- und beschäftigungsfördernder Ausgaben [...]

Verringerung des Leistungssatzes für Arbeitslosengeld am Anfang der Bezugsdauer (zum Beispiel erste drei Monate nur 50 Prozent des letzten Nettoeinkommens, eventuell Mehrstufenregelung) oder Generelle Senkung des Arbeitslosengeldes für Alleinstehende (ohne Unterhaltsverpflichtung) [...] und/oder Einführung von Karenztagen bei der Zahlung von Arbeitslosengeld [...]; Begrenzung des Arbeitslosenbezuges auf maximal ein Jahr, auch bei Krankheit [...].

d) Mutterschaftsurlaubsgeld [...]: Ersatzlose Streichung, mindestens aber mehrjährige Aussetzung. [...]

– Streichung des Schüler-BAföG (rund 1 Milliarde DM);

– Umstellung des BAföG für Studenten auf (Voll-)Darlehen mit einer verwaltungseffizienten Härteklausel [...].

D. Politik zur Förderung von Marktwirtschaft, Wettbewerb und wirtschaftlicher Selbständigkeit [...]

- Abbau von unnötiger Reglementierung und Bürokratie in allen Bereichen der Wirtschaft und stärkere Verlagerung bisher öffentlich angebotener Leistungen auf den privaten Bereich [...].
- Verstärkte materielle und immaterielle Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit, insbesondere der gewerblichen Existenzgründung.
- Neuorientierung der Vermögenspolitik durch relativ stärkere Förderung der Beteiligung am Produktivkapital. [...]

Neue Bonner Depesche 9/82, S. 3 ff.

Helmut Schmidt äußert sich zum Lambsdorff-Papier in der Sitzung der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 14. September 1982:

Der analytische Teil dieses Papiers, die Analyse der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland ist unvollständig, sehr einseitig und enttäuschend. [...] Weitgehend wird die außenwirtschaftliche Einbettung unserer Volkswirtschaft ausgeklammert, ausgeklammert wird die Auswirkung des weltweit hohen Zinsniveaus, ausgeklammert die wechselkurspolitischen, die währungspolitischen, die geldpolitischen Aspekte [...]

Das Papier macht auch keinerlei Versuch, die Lasten der Anpassung sozial gerecht oder ausgewogen zu verteilen. [...]

Das Papier als Ganzes steht in eklatantem Widerspruch zur bisherigen gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der sozial-liberalen Koalition.

[...] Erstaunlich bleibt [...], dass Graf Lambsdorff, der dem Bundeskabinett seit 1977 als Wirtschaftsminister angehört, diesen Forderungskatalog nach fünf Jahren seiner Zugehörigkeit zum Bundeskabinett erstmalig vorlegt.

Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 14. September 1982, S. 4 f.

Als neue Verrechnungseinheit für den gemeinschaftsinternen Gebrauch wurde der ECU (nach der englischen Bezeichnung *European Currency Unit: Europäische Währungseinheit*) eingeführt; für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger spielte diese künstliche Einheitswährung jedoch keine Rolle.

Weniger erfolgreich waren die Bemühungen, andere Schwierigkeiten im Prozess der europäischen Einigung zu meistern. Vor allem der gemeinsame Agrarmarkt, der fast 90 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften erfasste und etwa 75 Prozent des EG-Haushalts verschlang, entwickelte sich zur dauerhaften Bedrohung für den Bestand der Gemeinschaft. Auch die Bemühungen um die europäische Einigung stagnierten bis Mitte der achtziger Jahre.

Wirtschaftliche „Wende"

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung waren Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre vor allem auf Senkung der Staatsverschuldung, die steuerliche Entlastung der Unternehmen und der höheren Einkommen, die Reduzierung der staatlichen Ausgaben für sozialpolitische Zwecke und auf die Bekämpfung der Inflation gerichtet. Dass diese Bemühungen nicht den erhofften Erfolg brachten, trug mit zum Ende der sozialliberalen Koalition bei. Von Kanzler Schmidt ausdrücklich ermuntert, umriss Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff von der FDP in einem Anfang September 1982 verfassten Papier seine Vorstellungen von einer erfolgversprechenden Wirtschaftspolitik. Die wesentlichen Überlegungen dieses Papiers gingen in das wirtschaftspolitische Programm der neuen Bundesregierung ein. Die Kernpunkte, die Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom Oktober vortrug, lauteten: weniger Staat, mehr Markt, „weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung", Abbau verkrusteter Strukturen zugunsten größerer Beweglichkeit, mehr Eigeninitiative und mehr Wettbewerb.

Schon zum 1. Januar 1983 traten erste einschneidende Sparmaßnahmen in Kraft, etwa beim Kindergeld sowie bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Ihre Bemühungen um die Sanierung des Haushalts flankierte die Bundesregierung mit steuerpolitischen Initiativen: Die Mehrwertsteuer wurde erhöht, während die Belastungen für Unternehmen in der Hoffnung, dadurch deren Investitionsbereitschaft zu stärken, gesenkt wurden. Diese Rechnung ging jedoch zunächst nicht auf. Zwar stiegen die Unternehmensgewinne, doch die Investitionsneigung blieb gering. Der bald einsetzende Konjunkturaufschwung war eher den maßvollen Lohnabschlüssen und der dennoch wachsenden Bereitschaft der Verbraucher zu verdan-

ken, im Vertrauen auf eine Besserung der Wirtschaftslage mehr Geld auszugeben. Nachdem zunächst also die Inlandsnachfrage zur wirtschaftlichen Erholung beigetragen hatte, gingen seit Mitte der achtziger Jahre auch vom Außenhandel positive Impulse aus.

Ob im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel 1982 tatsächlich von einer echten wirtschaftspolitischen Wende gesprochen werden könne, ist nach wie vor umstritten: Während manche Beobachter den Abschied von der keynesianischen Konjunktur- und Interventionspolitik und den Zusammenbruch der Ordnung von Bretton Woods als eigentlichen Umschwung bezeichnen, halten andere unter Hinweis auf steigende Unternehmensgewinne und die sinkende Lohnquote die Jahre 1982/83 für den entscheidenden Wendepunkt.

In der Tat konnten in der Folgezeit wichtige Ziele wie die Reduzierung der Staatsschulden, die Überwindung der inflationären Tendenzen und die Rückkehr zu einem moderaten Wachstum erreicht werden. Bei der Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu senken, versagten die neuen Rezepte jedoch völlig. Die Zahl stieg dramatisch an und blieb bis gegen Ende der achtziger Jahre bei etwa neun Prozent stehen. Dieses mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft verbundene strukturelle Problem konnte mit schlichten neoliberalen Konzepten nicht gelöst werden.

Entwicklung der DDR bis Ende der achtziger Jahre

Günther Heydemann

Als Walter Ulbricht (1893–1973) am 3. Mai 1971 offiziell den Rücktritt von seinem Amt als Erster Sekretär der SED erklärte, vollzog sich in der DDR nicht nur ein Macht-, sondern auch ein Generationswechsel, der unter seinem Nachfolger Erich Honecker zu einer gravierenden Änderung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik führen sollte.

Machtwechsel

Allerdings hatte sich Ulbrichts Ablösung keineswegs so glatt und reibungslos vollzogen, wie es die Propaganda vorgab. Vielmehr waren ihr mehrjährige Konflikte in der Parteispitze, insbesondere um die Wirtschafts- und Sozial-, aber auch um die Deutschlandpolitik vorausgegangen, die schließlich in den Jahren 1969 bis 1971 kulminierten (vgl. auch „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 258 zum Thema „Zeiten des Wandels. Deutschland 1961–1974"). Grund war vor allem das Scheitern der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren gewesen (1963 Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft/NÖSPL, ab 1968 „Ökonomisches System des Sozialismus"/ÖSS), die Ulbricht energisch vorangetrieben hatte, ohne jedoch die erwünschte Effizienzsteigerung der sozialistischen Planwirtschaft zu erzielen. Auch seine Auffassung, trotz weiterbestehender fundamentaler Unterschiede in der Deutschlandpolitik zwischen Bonn und Ost-Berlin am deutsch-deutschen Dialog festzuhalten, obwohl die neue sozialliberale Ostpolitik die DDR in die Defensive zu drängen begann, wurde in der Parteispitze mehrheitlich abgelehnt. Und schließlich war die sowjetische Führung auch über den zunehmend selbstherrlichen Führungsstil Ulbrichts innerhalb des Ostblocks indigniert, sodass sie schließlich bei dessen Entmachtung entscheidend mitgewirkt und Erich Honecker (1912–1994), dem Anführer einer Gruppe von Gegnern Ulbrichts in der SED-Spitze, die Machtübernahme zugesichert hatte. Nach seiner Ablösung wurde der einst „starke Mann" der DDR systematisch aus allen Positionen und Funktionen herausgedrängt. Bereits Mitte der siebziger Jahre, nur kurze Zeit nach seinem Tod am 1. August 1973, schien es, als hätte es Walter Ulbricht in der DDR nie gegeben.

Innen- und Gesellschaftspolitik

Die weiterhin bestehenden und durchaus gravierenden Probleme der DDR, vor allem in Bezug auf die Wirtschaft und die Deutschlandpolitik, wurden jedoch durch den Wechsel an der Führungsspitze nicht gelöst. Vielmehr musste der zukünftigen Ausrichtung der Politik „nach Ulbricht" essenzielle, weil existenzielle Bedeutung für die Zukunft des SED-Staates zukommen.

Obwohl selbst kein Wirtschaftsfachmann, sondern ein Spezialist für ideologische Erziehung, Kaderausbildung und innere Sicherheit, hielt Honecker die Verbesserung der Versorgungslage sowie die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung für unerlässlich, insbesondere nach den Mangelerscheinungen und Engpässen der letzten Ulbricht-Jahre, die noch jüngst im harten Winter von 1970/71 beispielsweise in zeitweisen Stromabschaltungen kulminiert waren.

Foto: ullstein bild

Angebot eines HO-Obst- und Gemüsegeschäftes in Ost-Berlin. Nach den Engpässen der 60er Jahre galten die staatlichen Anstrengungen der Verbesserung der Versorgungslage.

Tatsächlich verknüpfte sich mit einer Steigerung sozialpolitischer Leistungen durchaus die Chance, sich weiterhin zumindest die Loyalität einer Bevölkerungsmehrheit sichern zu können. Wesentlich stärker als zuvor wurde daher das Konsumbedürfnis breiter Bevölkerungsschichten ernst genommen. Es fand ausdrückliche Berücksichtigung im Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", das Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 verkündete. Kernpunkt war die „weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität" (Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – SED –, 15.–19. Juni 1971 in Berlin).

Maßnahmenbündel

Ein ganzes Bündel sozialpolitischer Maßnahmen wurde beschlossen und als „Kernstück" die Verbesserung der Wohnbedingungen durch ein umfassendes Bau-, Renovierungs- und Sanierungsprogramm vorgesehen. Weiterhin gehörten dazu: die Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten; die Arbeitszeitverkürzung für Frauen, besonders für solche mit Kindern, einschließlich verlängertem Mutterschaftsurlaub und Geburtenbeihilfe, um Berufstätigkeit und Mutterschaft besser zu vereinbaren; großzügige, zum Teil zinslose Kredite sowie bevorzugte Wohnungszuteilung bei Eheschließungen; die Verbesserung der medizinischen Versorgung und Betreuung sowie schließlich Ausbau und Ausweitung des Erholungswesens.

Hinter diesen umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen verbargen sich indes auch bevölkerungspolitische Absichten. Seit 1965 war die Geburtenentwicklung in der DDR vor allem infolge der bis 1961 erfolgten massenhaften Abwanderung in die Bundesrepublik rückläufig und drohte das ohnehin knappe Arbeitskräftepotential weiter auszudünnen. Im Hinblick darauf sollte das weitgefächerte Sozialprogramm deshalb eine Wende herbeiführen. Doch mussten die darin enthaltenen Leistungen auch finanziert werden können. Und genau hierin lag die entscheidende Problematik. Denn das Konzept, durch Intensivierung des Arbeitseinsatzes und des Produktionsprozesses – „sozialistische Rationalisierung" genannt – den erhöhten Finanzbedarf abzudecken, war mit einem enormen Risiko behaftet.

Bereits im Herbst 1971, nur ein halbes Jahr nach der Machtübernahme Honeckers, musste die Staatliche Plankommission feststellen, dass der geplante Warenexport in westliche, devisenbringende Länder aller Voraussicht nach um circa 390 Millionen Mark verfehlt werden würde, Importe in die DDR hingegen um 100 Millionen Valutamark, also in westlichen Devisen, über dem Plan lägen. Dies war ein erstes Alarmsignal, das allerdings kaum Beachtung fand. Stattdessen deckte man vorderhand das entstandene und zudem anwachsende Defizit durch Kredite aus westlichen Staaten ab.

Foto: ullstein bild

Ideologischer Zugriff auf die Jugend. Margot Honecker, Volksbildungsministerin in der DDR, mit „Jungen Pionieren" bei Feiern zum Internationalen Kindertag am 3. Juni 1981.

Dass Honecker mehr Ideologe als Wirtschaftsfachmann war, erwies sich auch ein Jahr nach seiner Machtübernahme im Frühjahr 1972, als die Verstaatlichung der in der DDR noch bestehenden rund 11 400 mittelständischen Betriebe durchgeführt wurde. Zwar besaßen diese, unter ihnen circa 6500 halbstaatliche Betriebe, nur noch etwa 10 Prozent Anteil an der Gesamtproduktion, aber in der Textil- und Bekleidungsindustrie, mithin bei Erzeugnissen, die vor allem für die breite Bevölkerung wichtig waren, nahmen sie mit circa 30 Prozent der Produktion noch immer eine beachtliche Position ein. Das galt auch für Dienstleistungen. Das Ziel einer verbesserten Versorgung durch Unterstellung dieser Betriebe unter die staatliche Planung wurde indes nicht erreicht; denn fast durchweg kam es bei den häufig in kurzer Zeit verstaatlichten und in größere Volkseigene Betriebe (VEB) integrierten Betrieben zu Produktionsrückgängen sowie einem erheblichen Zuwachs an Bürokratie.

Ebenfalls vornehmlich ideologisch motiviert waren neue Bestimmungen im Bildungs- und Schulbereich. „Richtiger" sozialer Herkunft und gesellschaftlichem Einsatz wurden nun wieder, vor allem beim Übergang in die Erweiterte Oberschule (EOS), als Voraussetzung für ein akademisches Studium stärkeres Gewicht beigemessen. Das bedeutete die erneute Bevorzugung von „Arbeiterkindern" und die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern aus anderen, insbesondere „bürgerlichen" Schichten bzw. christlichen Familien oder solchen, die eine Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) abgelehnt hatten. Zudem wurde der Stellenwert einer umfassenden polytechnischen, zehnklassigen (Aus-)Bildung verstärkt. „Hervorragend ausgebildete Facharbeiter [...] und kluge Sozialisten mit den Eigenschaften revolutionärer Kämpfer" sollten aus ihr hervorgehen, wie es Margot Honecker, die Ehefrau des neuen Parteivorsitzenden, als Ministerin für Volksbildung in klassischem Propagandastil formulierte. In diesen ideologisch-pädagogischen Zielvorstellungen kam deutlich zum Ausdruck, was die SED wünschte: einen möglichst frühen, qualifizierten Arbeitseinsatz sowie den „ideologisch gefestigten Klassenstandpunkt" der nachwachsenden Generation. Die Frage indes, ob und inwieweit sich das mit den Vorstellungen, Wünschen und Zielen der Jugend in der DDR selbst deckte, wurde kaum gestellt.

Honeckers wirtschafts- und sozialpolitischer Kurskorrektur folgten in der Tat zunächst die „goldenen Jahre" der DDR, zumindest in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Der Lebensstandard der Bevölkerung erhöhte sich spürbar und mit ihr auch die Akzeptanz des sozialistischen Systems. Dennoch blieb die DDR auch in den siebziger Jahren von unübersehbaren Widersprüchen geprägt. Eine zweifellos verbesserte Versorgung – wenngleich Warteschlangen nach wie vor zum Alltag gehörten – fand ihre Kehrseite in einer steil ansteigenden Verschuldung bei den westlichen Industriestaaten, über deren tatsächliches Ausmaß die Bevölkerung nicht die geringste Kenntnis besaß.

Gleichwohl blieb der westdeutsche Konkurrenzstaat, trotz permanenter politisch-ideologischer Verteufelung durch die Pro-

paganda, für die Bevölkerung sowie für die Staatsführung der DDR selbst die entscheidende Richtgröße. Denn nicht der Vergleich mit den übrigen sozialistischen „Bruderstaaten" bildete den Maßstab, zumal die DDR hinsichtlich industrieller Entwicklung und erreichtem Wohlstand hier ohnehin an der Spitze stand, sondern der Vergleich mit der Bundesrepublik, der im nun nicht mehr verbotenen „Westfernsehen" täglich gezogen werden konnte (vgl. auch Seite 33).

Außen- und Deutschlandpolitik

Durch die neue Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn wurde die SED zudem erstmals zunehmend in die Defensive gedrängt (vgl. auch „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 258 zum Thema „Zeiten des Wandels. Deutschland 1961–1974"). Sie konnte nicht völlig ignorieren, dass einer breiten Mehrheit von DDR-Bürgern die nationale Frage noch keineswegs durch die „Klassenfrage" gelöst erschien. Tatsächlich war es gerade die hinhaltende Politik der SED in der Deutschlandfrage, die gegenüber den ost- und deutschlandpolitischen Initiativen der neuen Bundesregierung von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung als hinderlich, kompromisslos und defensiv angesehen wurde. Doch gerade vor diesem innenpolitischen und psychologisch keineswegs unwirksamen Hintergrund im eigenen Staat selbst sah sich die SED gezwungen, die Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik stärker zu forcieren.

Dieser Zielsetzung standen indes nicht nur die in Bewegung geratene internationale Lage vor allem auf dem Gebiet der Ost-West-Beziehungen entgegen, sondern auch die Interessen der sozialistischen Vormacht Sowjetunion. Das hatte der Versuch Ulbrichts, eine (DDR-)eigene Deutschlandpolitik zu betreiben, deutlich vor Augen geführt. Nachdem es Bonn drei Monate nach Kassel gelungen war, mit der UdSSR am 12. August 1970 einen Vertrag über gegenseitigen Gewaltverzicht abzuschließen, war damit der entscheidende Durchbruch erzielt worden. Im Dezember desselben Jahres folgte ein Vertrag mit Polen. Daraufhin sah sich die SED-Führung gezwungen, mit der Bundesregierung in bilaterale Verhandlungen einzutreten, wollte sie nicht Gefahr laufen, als „Bremserin" der Entspannungspolitik angesehen und isoliert zu werden.

Somit hatte sich die Führung der DDR nicht nur der durch die neue Ost- und Deutschlandpolitik in Bewegung geratenen internationalen Lage anzupassen, sie musste auch essenzielle eigene Interessen denen der Sowjetunion unterordnen. Erschwerend kam hinzu, dass das vorrangige deutschlandpolitische Ziel der SED, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zu erhalten, von der sowjetischen Vormacht keineswegs in der Weise unterstützt wurde, wie man dies erwartet hatte. Vielmehr musste die DDR mit der Bundesregierung nun in intensive Verhandlungen treten, ohne dass sich Bonn der gewünschten Vorbedingung beugen musste, sie auch als völkerrechtlich souveränen Staat anzuerkennen.

Gutnachbarliche Beziehungen

Nachdem schließlich die Westmächte und die Sowjetunion am 3. September 1971 das Berlin-Abkommen unterzeichnet und damit ihre gemeinsame und zugleich übergeordnete Verantwortung für Deutschland und Berlin bekräftigt hatten, konnte zwischen beiden deutschen Staaten als erste bilaterale Vereinbarung am 17. Dezember 1971 das „Transitabkommen" geschlossen werden, mit dem der Verkehr zwischen Berlin (West) und dem Bundesgebiet geregelt wurde. Im Mai 1972 folgte ein umfassendes Verkehrsabkommen zwischen beiden deutschen Staaten. Schließlich wurde im Dezember 1972 der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen" geschlossen, in dem sich beide Staaten dazu verpflichteten, „gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung" zu pflegen.

Der Abschluss dieses Vertrages war allerdings nur möglich geworden, weil sich Bonn und Ost-Berlin zu weitreichenden Kompromissen durchgerungen hatten. So erkannte die Bundesregierung zwar die staatliche Existenz der DDR an, versagte ihr aber jedwede völkerrechtliche Anerkennung, da sie an der Auffassung festhielt, dass die beiden deutschen Staaten füreinander kein Ausland darstellen könnten, wie dies bei allen anderen nichtdeutschen Staaten der Fall sei. Diese Haltung, zusammen mit dem Ziel, die Wiederherstellung der Einheit auf friedlichem Wege zu erreichen, brachte sie im „Brief zur deutschen Einheit" zum Ausdruck, der dem „Grundlagenvertrag" beigegeben wurde.

Die DDR wiederum hatte durch diesen deutsch-deutschen Vertrag die internationale Anerkennung erhalten; bis Ende der siebziger Jahre nahmen fast alle Staaten der Welt offizielle diplomatische Beziehungen mit ihr auf. Zudem wurden beide deutsche Staaten am 18. September 1973 in die UNO aufgenommen. Insgesamt schuf der „Grundlagenvertrag" die Basis dafür, dass trotz nach wie vor bestehender Teilung menschliche Erleichterungen ermöglicht wurden und der Besuchsverkehr zwischen beiden deutschen Staaten ausgebaut werden konnte.

Die jetzt durch internationale sowie bilaterale Verträge erreichte Öffnung der DDR war allerdings für den SED-Staat selbst keineswegs unproblematisch. Viel-

Interview mit Honecker

[...] Frage: „Das deutsche Volk wurde nach einem immensen Weltkrieg geteilt, in dem das faschistische Dritte Reich zerstört wurde. [...]. Glauben Sie an ein Zusammenkommen in der Zukunft – nicht im Sinne einer Wiedervereinigung von etwas, das einmal war, sondern einer Vereinigung zweier jetzt völlig unabhängiger Staaten, die ein immer noch eng verbundenes Volk regieren?" [...]

Antwort: „Das faschistische Dritte Reich ist im Feuer des II. Weltkrieges untergegangen, damit haben Sie recht. Es entstanden zwei voneinander unabhängige deutsche Staaten mit grundlegend verschiedener Gesellschaftsordnung. Das war ein Prozess, den niemand mehr rückgängig machen kann und an dem auch kulturelle Traditionen und familiäre Beziehungen nichts zu ändern vermögen. Selbstverständlich existieren Traditionen, und so weit sie progressiv sind, erfahren sie in unserem Staat alle Pflege. Familiäre Beziehungen, die natürlich schon allein durch das Heranwachsen neuer Generationen lockerer werden, brauchen nicht zu verkümmern. Verwandtschaftliche Beziehungen brauchen nicht belastend zu sein für die Entwicklung gut nachbarlicher Beziehungen zwischen zwei voneinander unabhängigen und souveränen Staaten [...]. Sie sind keinesfalls hinderlich, sondern von Vorteil. Aber Tatsache ist nun einmal: Es gibt zwei Staaten, die sozialistische DDR und die kapitalistische BRD, die sich grundverschieden entwickeln, und es gibt Bürger der DDR und Bürger der BRD. Normale Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten können nur solche der friedlichen Koexistenz sein. Auf ihrer soliden Grundlage gestalten sich die Dinge zum Nutzen der Menschen. Heute über das zu sprechen, was Sie ein Zusammenkommen in der Zukunft nennen, ist müßig. Fest steht: Sozialismus und Kapitalismus lassen sich nicht unter ein Dach bringen. Im übrigen haben auch Politiker westlicher Staaten mehrfach betont, dass sie derselben Ansicht sind. Für die DDR gibt es kein Zurück zum Kapitalismus, und der Weg zum Sozialismus in der BRD ist eine innere Angelegenheit unseres Nachbarlandes ..."

Frage: „Teilen Sie die Auffassung des neuen Bundeskanzlers Schmidt, dass trotz Erschwernissen die Bemühungen um Ost-West-Entspannung, insbesondere die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, verstärkt werden sollen?"

Antwort: „[...] Insgesamt, so denke ich, ist die weltpolitische Großwetterlage heute so, dass es zur friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung keine Alternative gibt. [...]

Interview Erich Honeckers mit AP am 4. Juni 1974 in: Archiv der Gegenwart, Bd. 7, Sankt Augustin 2000, S. 6250 f.

KSZE-Schlussakte

– Auszug –

[...] Die Teilnehmerstaaten,

Unter Bekräftigung ihrer Verpflichtung zu Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit und zur stetigen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit; [...]

Erklären ihre Entschlossenheit, die folgenden Prinzipien [...] zu achten und in die Praxis umzusetzen:

I. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte

Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität sowie alle ihrer Souveränität innewohnenden und von ihr umschlossenen Rechte achten, einschließlich insbesondere des Rechtes eines jeden Staates auf rechtliche Gleichheit, auf territoriale Integrität sowie auf Freiheit und politische Unabhängigkeit. Sie werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen. [...]

II. Unverletzlichkeit der Grenzen

Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in der Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen verüben. [...]

V. Friedliche Regelung von Streitfällen

Die Teilnehmerstaaten werden Streitfälle zwischen ihnen mit friedlichen Mitteln auf solche Weise regeln, dass der internationale Frieden und die internationale Sicherheit sowie die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. [...]

VI. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten

Die Teilnehmerstaaten werden sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen. [...]

VII. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit

Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.

Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen.

In diesem Rahmen werden die Teilnehmerstaaten die Freiheit des Individuums anerkennen und achten, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu einer Religion oder einer Überzeugung in Übereinstimmung mit dem, was sein Gewissen ihm gebietet, zu bekennen und sie auszuüben. [...]

Auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten werden die Teilnehmerstaaten in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handeln. Sie werden ferner ihre Verpflichtungen erfüllen, wie diese festgelegt sind in den internationalen Erklärungen und Abkommen auf diesem Gebiet, so weit sie an sie gebunden sind, darunter auch in den Internationalen Konventionen über die Menschenrechte. [...]

IX. Zusammenarbeit zwischen den Staaten

Die Teilnehmerstaaten werden ihre Zusammenarbeit miteinander und mit allen Staaten in allen Bereichen gemäß den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen entwickeln. [...]

Sie werden sich bei der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit als Gleiche bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen untereinander, internationalen Frieden, internationale Sicherheit und Gerechtigkeit zu fördern. Sie werden sich gleichermaßen bemühen, bei der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit das Wohlergehen der Völker zu verbessern und zur Erfüllung ihrer Wünsche beizutragen, unter anderem durch die Vorteile, die sich aus größerer gegenseitiger Kenntnis sowie dem Fortschritt und den Leistungen im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen, sozialen, kulturellen und humanitären Bereich ergeben. Sie werden Schritte zur Förderung von Bedingungen unternehmen, die den Zugang aller zu diesen Vorteilen begünstigen; sie werden das Interesse aller berücksichtigen, insbesondere das Interesse der Entwicklungsländer in der ganzen Welt, Unterschiede im Stand der wirtschaftlichen Entwicklung zu verringern. [...]

Der Text der vorliegenden Schlussakte wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekannt macht. [...]

Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit vom 1. August 1975 in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, Band 208, Drucksache 3867.

mehr musste die Führung in Ost-Berlin nicht zu Unrecht eine beträchtliche, existenzielle Gefährdung gerade in dem Umstand erblicken, dass mit dieser Öffnung unweigerlich politische, ideologische und kulturelle Sickereinflüsse des „Klassenfeindes" verbunden waren. Zwar war letztlich die durch die „Ostpolitik" erzwungene Öffnung auf Seiten der DDR marginal, weil, abgesehen von Rentnerinnen und Rentnern; bis zum Jahr 1980 nur 42000 jüngere Menschen aus der DDR die Erlaubnis erhielten, in die Bundesrepublik zu reisen. Aber bereits Ende 1973 hatten nahezu vier Millionen Bürgerinnen und Bürger aus der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin die DDR besucht.

Wirksame Abgrenzung wurde für den SED-Staat daher zur existenzsichernden Maxime. Ein massiver, personeller und struktureller Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie verbesserte, präventive Überwachungs- und Einwirkungsmethoden waren die Reaktion des Honecker-Regimes. Bis Mitte der siebziger Jahre stieg die Zahl der „Inoffiziellen Mitarbeiter" (IM) auf 180000 (1968 noch knapp 100000). Gleichzeitig wurden zunehmend subtile, „weiche" Repressionsmechanismen angewandt, die auch Formen ausgeklügelten Psychoterrors – in der Sprache der Staatssicherheit „Zersetzungsmethoden" – einschlossen. In diesen Jahren entwickelte sich die DDR zum Staat mit der höchsten Dichte an Geheimpolizisten (vgl. Hubertus Knabe).

Verfassungsänderungen

Wie sehr die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel die DDR unter Honecker heraus- und dementsprechend „erhöhte Wachsamkeit" erforderte, illustrierte eine für die Bevölkerung völlig überraschend vorgenommene, erneute Verfassungsänderung im September 1974, obwohl erst sechs Jahre zuvor eine neue Verfassung die noch aus dem Jahre 1949 stammende ersetzt hatte. Im revidierten Verfassungstext wurde nunmehr jegliche Bezugnahme auf Deutschland und eine gemeinsame deutsche Nation getilgt, doch stattdessen in Artikel 6 eigens festgeschrieben, dass die DDR „für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet" bleibe. Die Unterscheidung zwischen „Staatsbürgerschaft – DDR, Nationalität deutsch" fußte auf der Behauptung, die deutsche Frage sei durch die angeblich so unterschiedliche „soziale Existenzform" der Menschen in beiden deutschen Staaten aufgrund der gegensätzlichen Herrschafts-, Staats- und Gesellschaftssysteme in beiden deutschen Staaten nicht mehr existent.

Normalisierungsversuche

In finanzieller Hinsicht indessen konnte die DDR aus den deutsch-deutschen Verträgen und Abkommen beträchtliche Vorteile ziehen. Bis zum Herbst 1989 nahm der SED-Staat durch die Transitpauschale

knapp acht Milliarden DM ein, für die Erneuerung bzw. den Ausbau von Autobahnen von der Bundesrepublik nach West-Berlin wurden der DDR zwei Milliarden DM überwiesen. Auch sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass die Bundesrepublik seit 1963 für den „Freikauf" von über 33 000 in der DDR inhaftierten politischen Häftlingen bis Ende 1989 circa 3,4 Milliarden DM aufgewendet hat, die dem SED-Staat in der begehrten westlichen Valuta ausgezahlt wurden. Zudem befand sich das SED-Regime aufgrund der Tatsache, dass es letztendlich über die Kontrolle der „Transitwege" verfügte, in einer politisch durchweg vorteilhafteren Position.

Trotz aller bundesdeutschen Versuche zur „Normalisierung" der innerdeutschen Beziehungen blieb die Deutschlandpolitik jedoch ein für beide Staaten brisantes, hochsensibles Feld. Das lag zunächst in den gegensätzlichen Zielsetzungen begründet. Während die Politik aller Bundesregierungen darauf gerichtet war, letztlich die Wiedervereinigung herbeizuführen, musste das SED-Regime, schon aus Gründen des Machterhalts, dies mit allen Mitteln verhindern. Dabei schreckte Ost-Berlin auch nicht vor Maßnahmen zurück, die die innersten Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik tangierten. So stellte die Enttarnung des persönlichen Referenten von Bundeskanzler Willy Brandt, Günter Guillaume, der im April 1974 als Spion der DDR verhaftet wurde, eine schwere Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen dar, die am 6. Mai 1974 zum Rücktritt Brandts, des Architekten und Promotors der „Ostpolitik", führte (vgl. auch „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 258 zum Thema „Zeiten des Wandels. Deutschland 1961–1974"). Dennoch trug der schwer wiegende Vorfall nicht zu einem Abbruch der von westdeutscher Seite aus fortgesetzten Entspannungspolitik bei. Zu groß war das beidseitige Interesse, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven heraus, die Vorteile zu erhalten, die aus den Verträgen resultierten.

Der Abgrenzungspolitik der SED-Führung war angesichts der erzwungenen Öffnung der DDR auf Dauer kein durchschlagender Erfolg beschieden. Vielmehr ergab sich aus dem innerdeutschen Vertragswerk ein allmählich wachsender Austausch vielfältiger, gegenseitiger Kontakte, der wiederum in seiner subtilen Einwirkung auf die Bevölkerung in der DDR auch durch den massiven Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nie völlig unterdrückt oder gar ausgeschaltet werden konnte. Somit befand sich die DDR auch in dieser Hinsicht in einer ambivalenten Situation.

KSZE-Schlussakte

Ohne Frage bedeutete die Unterzeichnung der Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) am 1. August 1975 in Helsinki nicht nur für die Parteiführung, sondern auch für viele Menschen in der DDR ein sichtbares Zeichen internationaler Anerkennung. Honeckers Präsenz unter den führenden Staatsmännern der Welt schien ein Stück endlich errungener, staatlicher Normalität widerzuspiegeln.

Allerdings wurde die vor allem von der sowjetischen Führung und dem SED-Regime gewünschte und von den westlichen Staaten auch bestätigte Anerkennung der „territorialen Integrität", nämlich die Akzeptanz der nach dem Zweiten Weltkrieg – insbesondere in Mittel- und Osteuropa – entstandenen Grenzen, zugleich an die weltweite „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder

Foto: dpa

Erich Honecker bei der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem amerikanischen Präsidenten Gerald Ford.

Ausreiseantrag

Mein Name ist Manfred Krug, ich bin Schauspieler und Sänger. Infolge der Scheidung meiner Eltern bin ich als Dreizehnjähriger aus Westdeutschland in die DDR gekommen, wo ich seither lebe. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder.

[...] Wie bekannt, verfassten nach der Biermann-Ausweisung zwölf Schriftsteller einen Protest, den auch ich unterschrieb. Nachdem ich nicht bereit war, diese Unterschrift zurückzuziehen, hat sich mein Leben schlagartig verändert.

– Das Fernsehen der DDR schloss mich von jeder Mitarbeit aus. [...]

– „Die großen Erfolge", eine fertige LP, wird nicht erscheinen. [...]

– Zwei Tage vor der Biermann-Ausweisung war mir durch das Komitee für Unterhaltungskunst der DDR eine Tournee durch Westdeutschland angeboten worden. Diese Tournee findet nicht statt.

– Im letzten Herbst habe ich auf eine schon genehmigte Reise nach Westdeutschland zur Hochzeit meines Bruders verzichtet, weil mich das Komitee für Unterhaltungskunst der DDR gebeten hatte, statt dessen an den Tagen der Unterhaltungskunst der DDR in der ČSSR teilzunehmen, was ich mit Erfolg tat. Das Versprechen des Kulturministeriums, die Reise später antreten zu dürfen, wurde nicht gehalten. [...]

– Obwohl alle meine Jazzkonzerte in den vergangenen Jahren ausverkauft waren, gibt es keine neuen Angebote. Von 15 im Vorjahr zugesagten Konzerten sind neun ersatzlos und unbegründet gestrichen worden.

Dies ist eine unvollständige Auswahl von Repressalien [...]. Neuerdings werden über mich betreffende unwahre Informationen verbreitet wie zum Beispiel die Behauptung des Kulturministers, ich hätte Leute unter Druck gesetzt, um ihre Unterschriften unter die Petition zu erwirken. [...] Schmerzlich ist die durch solche Mittel erzielte Isolation. Erste Bekannte verzichten auf Besuche; bei der Auszahlung der Jahresendprämie wagten es in der DEFA unter Hundert noch fünf, mir die Hand zu geben; Eltern verbieten ihren Kindern, weiterhin mit meinen Kindern zu spielen; [...] auf einem Potsdamer Forum wird öffentlich geäußert, ich sei ein Staatsfeind und ein Verräter an der Arbeiterklasse. Das war ich nie, und ich werde es nie sein.

[...] Nach reichlichem Bedenken beantrage ich für meine Familie und mich die Ausreise aus der DDR in die BRD, wo meine Mutter und mein Bruder leben. [...]

Begründung eines Ausreiseantrags in die BRD (Manfred Krug) vom 20. April 1977, in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 339 f.

Ausbürgerung Biermanns

Biermann hatte mit seinen Liedern die Regierenden bis zum Äußersten gereizt, die beobachten mussten, wie sehr seine Texte die Kritik multiplizierten. Aber auch die Aufmerksamkeit für den Liedermacher im Westen war für die SED-Führung unangenehm. Lieblingsthema der SED im ideologischen Streit um die Menschenrechte waren die Berufsverbote für Kommunisten in der Bundesrepublik. So traf sie der Vorwurf, selbst Berufsverbote zu verhängen, besonders hart. Als sich im Frühjahr 1976 eine Initiativgruppe „Freiheit der Meinung – Freiheit der Reise für Wolf Biermann, Wolf Biermann nach Bochum" an der Bochumer Universität bildete, die mehrere zehntausend Unterschriften sammeln konnte, auch von prominenten Politikern und Publizisten, kam die SED-Führung in eine schwierige Lage. Sie konnte die Einladung Biermanns für Konzerte, die teilweise im Rahmen eines Jugendmonats der IG Metall im November stattfinden sollten, nicht mehr wie in den Vorjahren ignorieren. Sie genehmigte die Reise.

Am 13. November 1976 gab Biermann in der Kölner Sporthalle ein von Rundfunk und Fernsehen übertragenes Konzert. Die Erwartungen an dieses Konzert in Ost und West waren groß. Von Anfang an stand die Frage im Raum, ob Biermann wieder in die DDR zurückreisen durfte, war doch bekannt, dass die SED-Führung ihn loswerden wollte und ihm die Ausreise schon angeboten hatte. Aber es schien unwahrscheinlich, dass sich die SED mit einer Ausweisung, die als eine zynisch gestellte Falle erscheinen musste, vor der Weltöffentlichkeit bloßstellen würde.

Doch die „verdorbenen Greise" im Politbüro, wie sie Biermann in einem seiner Lieder nannte, entschieden sich für die Ausweisung. Am 17. November verbreitete die DDR-Nachrichtenagentur ADN die Meldung: „Die zuständigen Behörden der DDR haben Wolf Biermann, der 1953 aus Hamburg in die DDR übersiedelte, das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen." (Komittee 1977, 87)

Mit einer solchen Formulierung sollte suggeriert werden, dass der Liedermacher eigentlich ein Westdeutscher sei, dessen Aufenthalt in der DDR nun beendet würde. Am folgenden Tag legte Günter Kertzscher im *Neuen Deutschland* nach und stempelte ihn als Feind der DDR ab. [...] Doch dies verschlimmerte die Situation nur und ließ die gesamte Affäre zu einer schweren politischen Niederlage der SED werden, da Biermann eine breite Solidarisierung in Ost und West erfuhr. [...]

Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn 1997, S. 226 f.

Überzeugungsfreiheit" gekoppelt. Mit seiner Unterschrift hatte sich der SED-Chef somit auch zur Anerkennung der „universellen Bedeutung" der verbrieften Rechtsgarantien verpflichtet und gelobt, „die universelle und wirksame Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern" (Dieter Blumenwitz). Ihm schien diese Verpflichtung allerdings, wie den übrigen sozialistischen Staaten auch, nur Beiwerk. Für die innere Entwicklung der DDR sah man in diesem Vertragsabschnitt keine Gefahr. Daher wurde der Vertragstext von Helsinki auch im SED-Organ „Neues Deutschland" in voller Länge veröffentlicht und konnte somit von allen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern gelesen werden.

Zweifellos stand Honecker in außen- wie in innenpolitischer Hinsicht Mitte der siebziger Jahre auf dem Höhepunkt seiner Macht: Nur ein dreiviertel Jahr nach der KSZE-Konferenz bestätigte der IX. Parteitag der SED im Mai 1976 seine unangefochtene Führungsposition, die in der Ernennung zum SED-Generalsekretär ihren Ausdruck fand. Im Oktober desselben Jahres wurde er Staatsratsvorsitzender und übernahm zusätzlich das Amt des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates. Das ökonomische und sozialpolitische Konzept, das er seit seinem Machtantritt mit der Losung von der „untrennbaren Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik" verfolgt hatte, wurde sogar ins neue Parteiprogramm aufgenommen. Auch in der Sicht nicht weniger Bundesbürger schien der SED-Staat, zumal die meisten ihn nur von außen kannten, einen Hort der Stabilität und der sozialen Sicherheit zu verkörpern.

Innere Konflikte

Dennoch ist um die Mitte der siebziger Jahre zugleich auch der Wendepunkt anzusetzen, welcher der weiteren Entwicklung der DDR die entscheidende Prägung geben sollte. Noch im Jahr des KSZE-Vertragsabschlusses hatten 13000, im Folgejahr 1976 20000 DDR-Bürgerinnen und -Bürger einen Ausreiseantrag gestellt. Als „rechtswidrige Übersiedlungsersucher" diffamiert, beriefen sie sich trotz meist massiver persönlicher, familiärer und beruflicher Repressalien ausdrücklich auf das von Honecker unterzeichnete und in der KSZE-Schlussakte zugesicherte Recht auf Freizügigkeit. Partei und Staatssicherheit gelang es nicht, den anschwellenden Strom von Ausreisewilligen zu stoppen, die hartnäckig auf dieses Recht pochten.

Die Aufsehen erregende Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz auf dem Marktplatz von Zeitz am 18. August 1976, der nach jahrelanger Schikanierung durch die Behörden und innerkirchlichen Konflikten mit seinem verzweifelten Akt darauf aufmerksam machen wollte, dass die freie Ausübung religiöser Überzeugung in der DDR fast durchweg mit persönlichen und beruflichen Nachteilen verbunden war, demonstrierte ebenfalls drastisch, dass die „Achtung von Religions- oder Überzeugungsfreiheit" im Sinne der KSZE-Schlussakte vom SED-Staat keineswegs gewährleistet wurde.

Kritische Intellektuelle

Doch vor allem die Ausbürgerung des überzeugten Sozialisten, Regimekritikers, Dichters und Liedermachers Wolf Biermann nach einem Konzert in Köln im November 1976 markierte mehr als nur eine bloße Wende in der Kulturpolitik. Ihr folgte die Anordnung permanenten Hausarrests für den bekannten reformkommunistischen Systemkritiker, den Naturwissenschaftler Robert Havemann, der mit Biermann eng befreundet war. Die Maßnahme erfolgte ohne Rücksicht darauf, dass diese Zwangsausbürgerung notwendigerweise

Foto: dpa

Wolf Biermann während seines Konzerts in der Kölner Sporthalle am 13. November 1976.

zum deutsch-deutschen Medienereignis werden musste. Ihr eigentlicher Zweck, „Kulturschaffende" wieder auf linientreuen Kurs zu bringen und Kritik am SED-Staat so weit wie möglich zu unterbinden, zog nicht nur innen- und kulturpolitisch schwere Konflikte nach sich, der die Partei nur mit Mühe Herr wurde. Sie trug auch zu einem markanten Stimmungsumschwung in der DDR bei. Binnen weniger Jahre führte die Solidarisierung namhafter Autorinnen und Autoren sowie Kunstschaffender mit Biermann zu massiven Gegenmaßnahmen der Partei. So wurden unter anderem Sarah Kirsch und Jurek Becker aus der Partei ausgeschlossen, Jürgen Fuchs, Christian Kunert und Gerulf Pannach wurden in die Bundesrepublik abgeschoben.

Kritisch eingestellte Intellektuelle werteten das Vorgehen der SED zu Recht als Symptom einer allgemeinen politisch-ideologischen Verhärtung, zumal die Kette solcher Vorfälle nicht abriss. Als der Marxist Rudolf Bahro im Frühjahr 1977 sein Buch „Die Alternative", eine fundierte, systemkritische Analyse des SED-Staates in der Bundesrepublik veröffentlichte, wurde er noch im August desselben Jahres verhaftet und im Juni 1978 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Ebensolches Aufsehen erregte die Veröffentlichung eines „Manifests der Opposition" im westdeutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" im Januar 1978. Die hier geäußerte massive Kritik am existierenden „Realsozialismus" in der DDR prophezeite dessen ökonomischen Ruin und forderte eine tatsächlich und nicht nur propagandistisch auf Wiedervereinigung abzielende Politik.

Alle diese Vorgänge illustrierten, dass sich hinter der permanent geschönten Fassade der DDR tief greifende Konflikte in nahezu allen Bereichen verbargen. Auch wenn die breite Masse der Bevölkerung in der DDR häufig nur in unterschiedlichem Maße über derartige Vorfälle im Einzelnen informiert war bzw. dafür Interesse zeigte, wurde jedoch von allen sozialen Schichten sehr wohl registriert, dass sich die Versorgungslage in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder spürbar zu verschlechtern begann.

Ökonomische Dauerkrise

Der wirtschafts- und sozialpolitische Kurswechsel von 1971 hatte es nicht vermocht, die DDR auf ein solides ökonomisches Fundament zu stellen. Vielmehr hatte die seither erfolgte Zurücknahme von Investitionen in der Industrie zugunsten erhöhter, sozialpolitischer Leistungen für die Bevölkerung zu Einbrüchen in der Produktion hochwertiger Industrieprodukte geführt. Zugleich hatte sich der Abstand zu westlicher Hochtechnologie nicht verringert, sondern erhöht. Ebenso war das Konzept, wirtschaftliches Wachstum vornehmlich durch Intensivierung, Effizienzsteigerung und Einsparungen zu erzielen, einerseits an der veralteten Industrieausrüstung, andererseits an den weltweit sprunghaft gestiegenen Rohöl- und Rohstoffpreisen gescheitert. Die überstürzt eingeleitete Förderung der Mikroelektronik und Datenverarbeitung ab Juni 1977 entzog der Leistungssteigerung anderer Industriezweige weitere, dringend benötigte Investitionen.

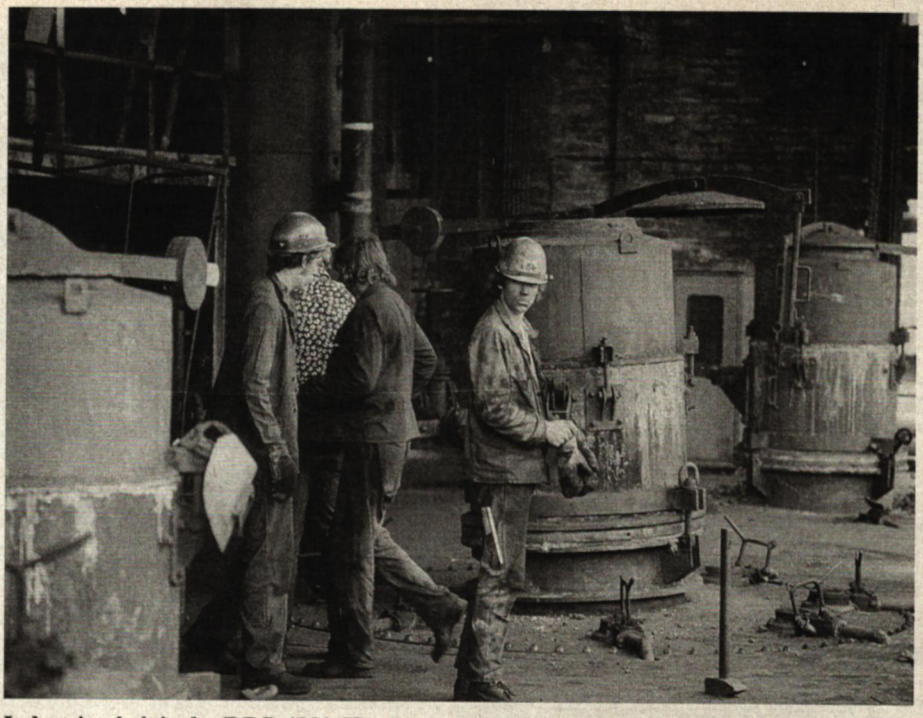


Foto: ullstein bild

Industriearbeit in der DDR 1982: Häufig wurde mit veralteten Anlagen produziert.

Die volkswirtschaftlich notwendige Reduzierung der erheblichen Subventionen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Sozialleistungen, die Mitte der achtziger Jahre bereits mehr als ein Viertel des Staatshaushaltes ausmachen sollten, aber auch des kostspieligen Wohnungsbauprogramms, war aus sozialpolitischen Gründen kaum möglich. Honecker lehnte sie jedenfalls aufgrund der letztlich zutreffenden Befürchtung ab, eine spürbare Reduzierung der sozialpolitischen Leistungen könne zu Unruhen in der Bevölkerung und damit eventuell zur Gefährdung der eigenen Machtposition führen. Ein so aufmerksamer Beobachter wie der DDR-Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski notierte daher im November 1979 in sein Tagebuch: „Auf keinem Gebiet haben wir eine Konzeption. Wir leben von der verwelkten Hand in den zahnlosen Mund".

Tatsächlich hatte sich die wirtschaftliche Lage der DDR zu Beginn der achtziger Jahre erneut verschärft. Die Ursachen hierfür ergaben sich teils systembedingt aus der ineffizienten Planwirtschaft selbst, teils waren sie Folge des verfehlten wirtschaftspolitischen Kurses seit 1971, teils resultierten sie aus der allgemeinen Verteuerung der Rohstoff- und Energiepreise auf dem Weltmarkt.

Das Konzept, durch Kredite von westlichen Staaten die eigene Wirtschaft mit gezielten Investitionen zu modernisieren, war nicht aufgegangen. Die strikte Verfolgung der „Hauptaufgabe", nämlich die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu realisieren, hatte weniger zu dringend benötigten Investitionen in die eigene Industrie als zum Import von Rohstoffen und Nahrungs- bis hin zu Futtermitteln geführt. Das begann sich zu Beginn der achtziger Jahre erstmals negativ auszuwirken. Binnen einer Dekade waren die Verbindlichkeiten der DDR gegenüber westlichen Banken auf 24,2 Milliarden DM (1981) gestiegen. Mangelnde Investitionen zur umfassenden Modernisierung der eigenen Industrie wiederum ließen die Arbeitsproduktivität stagnieren. 1983 belief sie sich bereits auf weniger als die Hälfte (47 Prozent) im direkten Vergleich mit der Bundesrepublik.

Auch der seit Mitte der siebziger Jahre forcierte Export vor allem in den „nichtsozialistischen Wirtschaftsbereich" mit der Zielsetzung, westliche Devisen um jeden Preis hereinzubringen, hatte das Anwachsen der Verschuldung bei westlichen Gläubigerstaaten nicht verhindern können. Stattdessen waren damit ebenfalls negative Entwicklungen einhergegangen: Der Export hatte vor allem bei hochwertigen Produkten zu einer für die Bevölkerung spürbaren Verschlechterung der Versorgungslage geführt. Die Palette der Mangelwaren reichte dabei von Motorrädern, Durchlauferhitzern, Heißwasserspeichern und Schreibmaschinen bis hin zu Lederschuhen.

Die „Werktätigen" in den Betrieben frustrierte es, dass die von ihnen hergestellten und benötigten Industriewaren von vornherein für den Export in den „Westen" bestimmt waren und nicht für den eigenen Bedarf zur Verfügung standen. Ebenso registrierten Arbeiter und Angestellte zunehmend, dass Produktionsanlagen und

Wirtschaft und Konsum in der DDR

Wie es tatsächlich um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestellt ist, illustriert die Episode des 64 Kilobit-Chips. 1981 teilte der zuständige Minister mit, dass die DDR gemeinsam mit der Sowjetunion an der Entwicklung des elektronischen Bausteins arbeite. 1984 sollte der Chip auf den Markt kommen. Im April 1986 wurde schließlich mitgeteilt, dass der technologische Durchbruch gelungen sei und der Chip tatsächlich produziert werde.

Wie verheerend für die Wirtschaft der DDR diese durchaus üblichen Verzögerungen bei der Entwicklung und Produktion neuer Techniken sind, zeigt die Entwicklung des Preises für den 64 Kilobit-Chip. Als ihn die Japaner auf den Markt brachten, bekamen sie für jeden Chip 125 Dollar. Als die DDR damit herauskam, kostete er nur noch 30 Cent und war auf den Wühltischen von Elektronikläden zu haben.

Die DDR ist in den vergangenen Jahren technisch vermutlich weiter zurückgefallen. Heute liegt sie etwa vier bis sieben Jahre hinter der Entwicklung der führenden westlichen Industriestaaten zurück – beim Tempo des technischen Wandels ein immenser Abstand, der nur bei Konzentration aller Kräfte auf die modernen Schlüsseltechniken aufzuholen ist.

Peter Christ, „Mächtig stolz auf die eigene Leistung", in: Die Zeit Nr. 28 vom 4. Juli 1986.

Ende August entdeckte ich im Einrichtungshaus unserer Stadt eine wunderschöne Wohnzimmerschrankwand Modell „Anklam" (4936,– Mark). Viel Geld auf den ersten Blick, aber sie sollte unsere Familie für den Rest des Lebens erfreuen, denn so bald kauft man keine neue Anbauwand. Und wir hatten Glück, für den Monat September konnte das Geschäft für zehn Schrankwände eine Vornotierung durchführen und wir wurden Nummer zehn.

Nun begann die tägliche Nachfrage zwecks Lieferung, denn der genaue Termin konnte nicht festgelegt werden. Heute nun kam der Hammer, ich erhielt die Mitteilung, dass die Schrankwand nicht mehr geliefert werden kann. Sie würde nur noch für den Export und Genex gefertigt bzw. nach Berlin geliefert. Bei allem Respekt für die zu erbringenden oben genannten Lieferungen, aber auch wir in der Provinz möchten gern schön wohnen.

Eingabe an das Büro Jarowinsky beim ZK der SED, Bundesarchiv SAPMO DY 30/37988.

Foto: ullstein bild

Knappes Angebot in einem HO-Laden 1984. Ein großer Anteil höherwertiger Waren wurde zur Devisenerwirtschaftung in das westliche Ausland exportiert.

Maschinen allmählich veralteten und verschlissen – eine Folge ungenügender oder gänzlich ausbleibender Investitionen. Häufig konnte nur mit geschickter Improvisation dem drohenden Totalausfall begegnet werden. Aus der unüberbrückbaren Kluft zwischen der ständig propagierten Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung und den konkreten Erfahrungen im Betriebsalltag erwuchsen Frustration und Zynismus, was wiederum der Arbeitsmotivation abträglich war.

Devisenbeschaffung

Wie sehr die Staatsführung inzwischen unter dem Druck stand, buchstäblich um jeden Preis westliche Devisen hereinzubringen (die zum Teil sogleich wieder für die Schuldentilgung ausgegeben werden mussten), zeigte sich auch am forcierten Ausbau der bereits 1966 gegründeten „Kommerziellen Koordinierung" (KoKo), die unter der Leitung des Staatssekretärs im Außenhandelsministerium und zugleich Offiziers im besonderen Einsatz (OibE) des MfS, Alexander Schalck-Golodkowski, stand. Über diese rein marktwirtschaftlich(!) operierende Institution im real existierenden Sozialismus wurden unter anderem Verkäufe von zumeist aus Enteignungen stammenden Antiquitäten und Kunstgegenständen ins westliche Ausland organisiert – ebenso wie von Waffen und Blutkonserven. Immerhin gelang es mit dieser teilweise illegal und kriminell agierenden Institution bis 1989, insgesamt circa 25 Milliarden DM zu „erwirtschaften" (Rainer Eppelmann). Der „Verkauf" politischer Häftlinge an die Bundesrepublik, der in der Honecker-Ära ebenfalls zu einer finanziell keineswegs unbedeutenden Möglichkeit der Devisenbeschaffung ausgebaut wurde, ist in dieser Summe nicht einmal enthalten. Hinzu kamen „legale" Erlöse in westlicher Hartwährung aus dem innerdeutschen Transithandel und dem Zwangsumtausch für Besucher aus der Bundesrepublik bzw. West-Berlin.

Auch durch den Ausbau der Intershop-Läden und den Genex-Versandhandel, über die westliche Industrieprodukte von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern gegen West-Valuta erworben werden konnten, versuchte das Regime, hochwertige Konsumgüter ins Land zu schaffen und Devisenbestände bei der eigenen Bevölkerung abzuschöpfen. Allerdings führte auch dies zu kontraproduktiven Effekten. Wer „West-Verwandtschaft" besaß oder sonst irgendwie an „West-Geld" herankam, war eindeutig besser gestellt als jene DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die nicht über diese Möglichkeiten verfügten. Zur tatsächlich vorherrschenden inneren Spaltung der angeblich klassenlosen Gesellschaft in der DDR zwischen der Minderheit, die über Macht und Privilegien verfügte und der Mehrheit, die daran keinen Anteil hatte, kam somit eine weitere Teilung: Eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft" mit und ohne westliche Devisen.

Zu welchen Absurditäten das Preissystem der DDR tatsächlich führen konnte, hat der damalige Chef der zentralen staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, an zwei Beispielen nach der „Wende" deutlich gemacht: „Lieferte ein Züchter ein Kaninchen an den Staat, erhielt er dafür 60 Mark. Kaufte er es danach geschlachtet und ausgenommen bei der Staatlichen Handelsorganisation (HO) zurück, kostete es trotz der aufgewendeten Arbeit nur 15 Mark." Analoges galt für Hightech-Produkte, etwa für die Entwicklung und Herstellung eines in der DDR selbst produzierten Mikrochips: „Die Selbstkosten für einen Chip betrugen 536 Mark. Der Verkaufspreis war in der DDR

auf 16 Mark festgelegt." (Der Spiegel vom 15. November 1999)

Hohe Verschuldung

Eine grundlegende Änderung der sich zuspitzenden Wirtschaftsmisere war aber kaum möglich. Zum einen gelang es der DDR immer weniger, hochwertige Industriegüter herzustellen und in den „Nichtsozialistischen Wirtschaftsbereich" zu exportieren; zum anderen war sie aufgrund vielfältiger und meist langfristiger ökonomischer Vertragsverpflichtungen fest in den „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) eingebunden. Als die Sowjetunion aufgrund massiver eigener ökonomischer Schwierigkeiten im Jahre 1981 ihre Erdöllieferungen von jährlich 19 auf 17 Millionen Tonnen reduzierte, verringerte sich dadurch auch die Möglichkeit der DDR, durch Veredelung von Rohölprodukten westliche Devisen zu erwirtschaften, dramatisch. Honecker war sich der kritischen wirtschaftlichen wie politischen Lage voll bewusst, als er bei Breschnew anfragen ließ, „ob es zwei Millionen Tonnen Erdöl wert sind, die DDR zu destabilisieren"? Doch die Sowjetunion beließ es bei dieser Entscheidung.

Nur ein Jahr später reagierte die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, als nach den Zahlungsunfähigkeitserklärungen Polens und Rumäniens gegenüber der DDR ebenfalls ein Kreditstopp verhängt wurde, auch wenn dies gleichzeitig eine politisch motivierte Vorsichtsmaßnahme darstellte. Der Kreditstopp durch westliche Gläubigerbanken war die Folge. Die erneut forcierte Erhöhung von Westexporten bei gleichzeitiger rigider Drosselung von Westimporten bedeutete jedoch keine Abhilfe. Vielmehr wurden die dringend modernisierungsbedürftige Industriestruktur und das Produktionspotenzial weiter geschwächt.

Erst zwei vom bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß vermittelte Kredite in den Jahren 1983 und 1984 in Höhe von insgesamt 1,95 Milliarden DM, für welche die Bundesrepublik Deutschland eine Garantie übernahm, stellten – ohne dass sich die weiter bestehenden gravierenden Wirtschafts- und Finanzprobleme grundlegend änderten – die Kreditwürdigkeit der DDR wieder her. Dennoch war die aufgelaufene Verschuldung in westlicher Valuta nicht mehr abzugleichen. Seit 1981 pendelte das Schuldenvolumen bis zur „Wende" von 1989/90 zwischen 15 und 25 Milliarden DM. Auch die kleinste noch bestehende Chance auf Besserung der katastrophalen Wirtschaftssituation schwand 1986, als ein rascher Einbruch der Rohölpreise und somit auch der Preise für Erdölprodukte erfolgte. 1989 vermochten Devisenerlöse der DDR-Ökonomie nur noch zu 35 Prozent Westimporte, Zinsen und Tilgung abzudecken.

Wohnungsbaupolitik

Gleichwohl propagierte die SED-Führung weiterhin unentwegt die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft, obwohl sie ihre Unzulänglichkeit längst sichtbar unter Beweis gestellt hatte. Dabei schreckte das Regime auch nicht vor Fälschungen zurück. Als Erich Honecker am 12. Oktober 1988 im Rahmen des Wohnungsbauprogramms, des „Kernstücks der Sozialpolitik der SED", die angeblich dreimillionste Wohnung in Ost-Berlin an ein junges Ehepaar mit Kind offiziell übergab, handelte es sich tatsächlich erst um die zweimillionste seit seinem Machtantritt 1971. Auch wenn die DDR-Bevölkerung sehr wohl die Verschlechterung der ökonomischen Lage am eigenen Leib verspürte, so hatten doch solche gezielten Täuschungen durchaus den Effekt, dass der bevorstehende Bankrott des SED-Staates um die Jahreswende 1989/90 vielen völlig unglaubhaft erschien, ja einen Schock bedeutete.

Foto: ullstein bild

Übergabe der angeblich „dreimillionsten Wohnung" am 12. Oktober 1988 durch die Politbüro-Mitglieder Erich Honecker, Günter Schabowski (3. v. r.) und Günter Mittag (r.).

Gesellschaftliche Krisenerscheinungen

Erwies sich somit Ende der siebziger Jahre die ökonomische Lage der DDR für die SED zunehmend als schwierig, so zeigten sich parallel dazu auch in der Gesellschaft vermehrt Krisensymptome. In diesem Zeitraum kamen allmählich kleine Zirkel und Gruppen auf, die im Umkreis und unter dem Schutz der Kirchen als einzige nichtsozialistische und staatsfreie Großorganisationen zu wirken begannen. Ihr Zustandekommen entsprang unterschiedlichsten Motiven. Die Tatsache, dass öffentliche Diskussionen über Probleme in Staat und Gesellschaft nicht möglich waren, stellte eine wichtige, vielleicht die wichtigste Ursache dar. Auch die sich wieder verschärfende internationale Lage trug zu ihrer Entstehung bei: Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Jahr 1979, die sowjetische Stationierung von Mittelstreckenraketen in Osteuropa und der DDR, die Androhung der Stationierung analoger Waffensysteme in Westeuropa und der Bundesrepublik infolge des NATO-Doppelbeschlusses, sowie schließlich das Aufbrechen der langangestauten Krise in Polen 1981 – dies alles ließ den Wunsch nach Frieden durch Abrüstung laut werden. Indirekte Unterstützung erfuhr die Entstehung solcher Gruppen in der DDR auch durch die Friedensbewegung in der Bundesrepublik.

Vornehmlich stellte die Bildung solcher Gruppen indes eine Reaktion auf bestehende Probleme und Unstimmigkeiten des SED-Staates dar. Sie drückten sich in der permanenten Selbststilisierung der DDR als Friedensstaat aus, die im krassen Widerspruch zur ständig forcierten Militarisierung von Staat und Gesellschaft stand. Das wachsende Engagement für eine sauberere Umwelt ergab sich wiederum aus den zunehmenden, täglich erfahrbaren Belastungen von Erde, Luft und Wasser, hervorgerufen durch die extensive Wirtschaftspolitik seit Mitte der siebziger Jahre. Das Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte schließlich resultierte aus der im SED-Staat in diesem Bereich tatsächlich defizitären Situation. Es war bestärkt worden durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte und die von tschechischen Oppositionellen formulierte Charta '77.

Verhältnis Kirche und Staat

Trotz eines umfassenden Meinungsaustausches zwischen Staat und Kirchen am 6. März 1978 blieb das beiderseitige Verhältnis problematisch. Dies zeigte sich, nur ein halbes Jahr später, bei der Einführung des Wehrkundeunterrichts als Pflichtschulfach der Polytechnischen Oberschulen zum 1. September 1978. Der

„Schwerter zu Pflugscharen"

Der Staatssekretär für Kirchenfragen hatte der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für den 7. April 1982 ein Sachgespräch zu Erläuterung des neuen Wehrdienstgesetzes und des Gesetzes über die Staatsgrenze der DDR angeboten.

Auf Wunsch der Konferenz wurden in dieses Gespräch die Belastungen einbezogen, die für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch die staatliche Entscheidung gegen das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen"* entstanden sind. Die Vertreter der Konferenz haben [...] folgende Positionen vertreten:

– Die Friedensbemühungen der DDR erübrigen nicht den kirchlichen Abrüstungsimpuls.

– Die Kirche betreibt eine eigenständige Friedensarbeit.

– Sie ist nicht einfach Verstärker der Außenpolitik des Staates.

Die Konferenz hat unterstrichen, dass sie in der staatlichen Entscheidung gegen das Symbol der Friedensdekade eine Einschränkung des öffentlichen Zeugnisses der Kirche und eine Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit sehen muss. Sie hat unter Nennung einer Fülle konkreter Fälle dagegen Einspruch erhoben,

– dass das eigenständige christliche Friedenszeugnis als Bildung einer „unabhängigen Friedensbewegung" verdächtigt wird;

– dass das Tragen des Friedenssymbols „Schwerter zu Pflugscharen" als Bestreitung der Friedenspolitik der DDR und als Versuch der Schwächung der Verteidigungsbereitschaft angesehen wird:

– dass das Friedenssymbol als im Westen hergestellt und illegal in die DDR eingeführt ausgegeben wird;

– dass seitens der Sicherheitsorgane den Trägern dieses Symbols unterschiedslos missbräuchliche Absichten unterstellt und sie durch weithin unangemessene Maßnahmen kriminalisiert, in ihrer persönlichen Würde verletzt und in ihrem Vertrauen nachhaltig beeinträchtigt werden [...].

Die Konferenz hat ihre Betroffenheit darüber zum Ausdruck gebracht, dass bei Eingriffen keine klare Auskunft über die rechtliche Grundlage gegeben wird.

* Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen" wurde mit der Gebetswoche, der Friedensdekade, 1981 eingeführt und auf einem bedruckten runden Stoffaufnäher ausgegeben, den bis zu 100 000 Menschen trugen. Die Staatsorgane verboten den Aufnäher und erzwangen häufig durch die Polizei seine Entfernung. Das Motiv war die stilisierte Wiedergabe des Bibelwortes Micha 4.3. nach einem Denkmal eines sowjetischen Künstlers.

Konflikte um das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen" (7. April 1981), in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 396 f.

Foto: ullstein bild

Mitglieder der DDR-Friedensbewegung demonstrierten 1983 vor der US-Botschaft in Ost-Berlin und versuchten, eine Menschenkette zur sowjetischen Botschaft zu bilden. Neben dem Wachposten der Volkspolizei ist unter ihnen auch Pfarrer Rainer Eppelmann.

Erlass hierzu war bereits fünf Wochen vor dem Gespräch mit den Kirchen durch das Ministerium für Volksbildung am 1. Februar 1978 ergangen und sah zudem eine verstärkte vormilitärische Erziehung vor. Wenngleich erfolglos, so kam es dennoch in zahlreichen Schulen zu Unterschriftenlisten gegen die „Sozialistische Wehrkunde". Die Kirchenleitungen ihrerseits beschlossen ein Studien- und Aktionsprogramm „Erziehung zum Frieden" mit einem jährlichen Veranstaltungskalender. Schon im November 1981 konnten 100 000 der vom sächsischen Jugendpfarrer Harald Brettschneider entworfenen Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" verteilt werden. Massive Versuche, die meist jugendlichen Träger des Abzeichens von staatlicher Seite zu drangsalieren und zu gängeln, setzten deren Engagement genauso wenig ein Ende wie die von der FDJ organisierte Gegenbewegung unter dem Motto „Der Frieden muss verteidigt werden – der Frieden muss bewaffnet sein!"

Foto: ullstein bild

Symbol der DDR-Friedensbewegung.

Dennoch führten die vornehmlich, aber nicht ausschließlich im kirchlichen Umkreis entstehenden Gruppen nach wie vor ein Randdasein in der Gesellschaft. Denn „die Opposition" hat es auch angesichts der sich verschärfenden politischen und ökonomischen Dauerkrise in den achtziger Jahren in der DDR nicht gegeben. Die Masse der Bevölkerung blieb, wie dies Friedrich Schorlemmer charakterisiert hat, „stimmlos-stumm" (vgl. Gisela Helwig, Rückblicke auf die DDR). Das war die millionenfache, durchaus „natürliche" Abwehrreaktion auf ein totalitäres Herrschaftssystem, das beanspruchte, bis in das Privatleben seiner Bürgerinnen und Bürger hineinzuwirken und bei dissidentem oder oppositionellem Verhalten nicht vor Repression und Gewalt zurückschreckte.

Zunahme der Ausreiseanträge

Sehr wohl nahm die Bevölkerung allerdings die so genannten „Antragsteller" wahr, deren Zahl sich zwischen 1980 (21 500) und 1989 (125 000) versechsfachte, zumal sie häufig nicht nur Arbeits- und Berufskollegen, sondern auch Nachbarn und Freunde waren. Die ihnen gegenüber sehr oft praktizierte Isolierung und Diskriminierung, hatten sie einmal den Antrag auf Ausreise gestellt, erlebte man oft aus nächster Nähe mit und wurde Zeuge ihres Leidensweges, der sich manchmal über Jahre hinzog. Die angestrebte Übersiedelung in die Bundesrepublik, die zugleich ja auch das Verlassen der Heimat bedeutete, war indes keineswegs nur politisch motiviert.

Eine Befragung unmittelbar nach der „Wende" ergab, dass die Unzufriedenheit mit den politischen Bedingungen in der DDR zwar den Hauptgrund darstellte, der niedrige Lebensstandard jedoch gleich an

nächster Stelle rangierte. Hierzu gehörte auch der Unmut über die desolate Wirtschaftslage, die wachsende Umweltproblematik, die unbefriedigenden Wohnbedingungen und nicht zuletzt über die Beschränkung der Reisefreiheit. Auch das indoktrinäre Erziehungs- und Bildungssystem sowie mangelnde Freizeitmöglichkeiten, ungenügende Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse und eine unzureichende Gesundheitsversorgung wurden als Gründe für den Ausreisewunsch genannt. Ein weiteres Motiv für die Ausreise stellten die schlechten und zum Teil gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen dar (vgl. Dieter Voigt/Hannelore Belitz-Demiriz/Sabine Meck).

Im Unterschied zu den oppositionellen Gruppen wuchs die Gruppe der Antragsteller im Verlauf der achtziger Jahre allmählich zu einer Massenbewegung an, auch wenn bis 1983 jedes Übersiedlungsersuchen als rechtswidrig eingestuft wurde und bis 1989 keine rechtlich wirksame Anerkennung dieses Grundrechts erfolgte. Aufgrund des rapiden Ansteigens der Zahlen entschlossen sich die Behörden, 1984 erstmals circa 30000 Antragstellern die Übersiedelung zu gestatten, 1988 folgte eine zweite Welle mit 25300 Genehmigungen. Während solche Maßnahmen extern gleichzeitig Bestandteil deutsch-deutscher Verhandlungen – etwa über Kreditwünsche der DDR – waren, verfolgten sie intern vor allem den Zweck, ein Unruhepotenzial zu beseitigen. Doch dieses Ziel wurde letztlich nur vordergründig erreicht, da die erteilten Ausreisegenehmigungen viele weitere DDR-Bürgerinnen und -Bürger ermutigten, jetzt ihrerseits einen Antrag zu stellen. Das Problem ließ sich jedenfalls nicht grundlegend lösen. Zudem sorgten Ausreisewillige immer wieder spektakulär für Aufsehen. So kam es 1983 in Jena und 1988 in Leipzig, Dresden und Berlin zu Demonstrationen von Selbsthilfegruppen, und 1984 gelang einigen von ihnen über die amerikanische Botschaft und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin die Übersiedelung in die Bundesrepublik.

Der Konflikt zwischen den oppositionellen Gruppen und Antragstellern ergab sich gleichsam zwangsläufig aus den gegensätzlichen politischen und individuellen Lebensvorstellungen. Denn während die Gruppenmitglieder fast durchweg eine Reform des „real existierenden Sozialismus" anstrebten, zumindest mehrheitlich einen besseren, tatsächlich „demokratischen" Sozialismus verwirklichen wollten, hatten die Antragsteller jegliche Hoffnung auf einen solchen aufgegeben. Sie zogen es trotz der massiven Hindernisse und Widrigkeiten vor, dem SED-Staat den Rücken zu kehren, um in der Bundesrepublik endlich die erhofften Lebens- und Arbeitsbedingungen zu finden. Von Seiten der Gruppen traf sie daher zumeist ein doppelter Vorwurf: Sie waren nicht nur nach dem Verlassen der DDR für die Opposition unwiderruflich verloren und schwächten dadurch das Widerstandspotenzial, sondern verfolgten nach Meinung der Zurückbleibenden rein egoistische, „unpolitische" Ziele. Entsprechend kam es selten zu engerer Zusammenarbeit.

Oppositionelle Gruppen

Gleichwohl haben die Antragsteller zum Zusammenbruch des SED-Staates mindestens so viel beigetragen wie die oppositionellen Gruppen; denn letztlich konnte die DDR-Führung dieses Dauerproblem nicht lösen. Das enorme Anschwellen der Ausreiseanträge im Jahr 1989, zusammen mit der Massenflucht über Ungarn bzw. die Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau, ih-

Foto: ullstein bild

Eine Gruppe von DDR-Aussiedlern im Notaufnahmelager Gießen/Hessen im Jahre 1984.

Gegen Wehrerziehung

Schreiben des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 22. Mai 1981 an das Ministerium für Volksbildung.

Auf der Grundlage Ihres Schreibens […] haben die Direktoren der Schulen mit allen Eltern, deren Kinder nicht am Wehrunterricht teilnehmen, Aussprachen geführt. Das sind in unserem Bezirk 59 Schüler aus 17 Kreisen und einem Stadtbezirk von Karl-Marx-Stadt. In sieben Kreisen und zwei Stadtbezirken von Karl-Marx-Stadt nehmen alle Schüler am Wehrunterricht teil. Die betreffenden Eltern wurden aktenkundig darüber belehrt, dass sie mit ihrer Entscheidung gegen die Schulpflichtbestimmungen und die Verfassung der DDR verstoßen.

Die Reaktion der Eltern in diesen Gesprächen war unterschiedlich. In fünf Fällen konnte eine Änderung der Haltung zum Wehrunterricht erreicht werden. […] Drei Eltern gestatteten ihren Kindern, an den Unterrichtsstunden teilzunehmen, aber nicht am ZV-Lehrgang. […]

Drei weitere Eltern wollen ihre Entscheidung nochmals überdenken. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt aber noch keine neue Meinungsäußerung vor. 48 Eltern lehnen nach wie vor die Teilnahme ihrer Kinder am Wehrunterricht ab.

Schreiben des Pfarrkonvents des Kirchenkreises Magdeburg vom 23. Juli 1986 an das Ministerium für Volksbildung.

Vor einigen Tagen haben wir das neue „Programm für die Bildungs- und Erziehungsarbeit im Kindergarten" im Buchhandel gekauft und gelesen. […]

– Es ist uns aufgefallen, dass in allen Kindergartengruppen, im Bekanntwerden mit dem gesellschaftlichen Leben, ein klares Freund-Feind-Denken entwickelt werden soll.

– Es wird eindeutig auf unterschiedliche politische Lager bezogen („die große Sowjetunion und andere sozialistische Länder unsere Freunde" und „Feinde, die uns Schaden zufügen wollen". Konkret: „Ausbeuter und Faschisten […] wie zum Beispiel in der BRD").

– Es werden Kinderängste geweckt, indem ohne politische Notwendigkeit und ohne konkrete Differenzierung „Kinder […] erfahren [sollen], dass es Menschen gibt, die unsere Feinde sind und gegen die wir kämpfen müssen, weil sie den Krieg wollen". […]

– Wir empfinden es als fehlgeleitetes Spiel, wenn fünfjährige Kinder ausdrücklich […] dazu angehalten werden [sollen], […] Spielideen und -themen aus dem Bereich der „bewaffneten Organe" nachzugestalten. […]

Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 472 u. 479.

Berliner Appell

Der „Berliner Appell" vom 25. Januar 1982 ist, wie Robert Havemann, der 1982 verstorbene Wortführer der sozialistischen Kritiker des SED-Staates, in einem Interview sagte, „in gewisser Weise ein Pendant zum Krefelder Appell der BRD". Der Aufruf stammt aus der Feder des evangelischen Pfarrers Rainer Eppelmann. Er wurde zunächst von 35 DDR-Bürgern unterzeichnet und im Westen veröffentlicht. Eine Unterschrift bedeutete in der DDR die bewusste Konfrontation mit den Staatsorganen und führte zu repressiven Maßnahmen – von der Überwachung durch die Staatssicherheit, dem Verlust des Arbeitsplatzes, der Relegierung von der Schule oder der Universität bis zur Ausbürgerung.

Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als Erstes: Fort mit den Atomwaffen! Ganz Europa muss zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollten die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen. […]

Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen […]. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden:

a) Sollten wir nicht auf die Produktion, den Verkauf und die Einfuhr von so genanntem Kriegsspielzeug verzichten?

b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichts an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?

c) Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen sozialen Friedensdienst zulassen?

d) Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern statt dessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun? […]

Wolfgang Büscher u. a. (Hg.), Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982, Hattingen 1982, S. 246 ff.

re Sogwirkung auf weitere Menschen in der DDR, und nicht zuletzt die weltweite Übertragung dieser Bilder in den Medien sollten zur völligen internationalen Diskreditierung des SED-Regimes führen und seinen Kollaps einleiten.

Doch ein so rasches Ende der DDR schien in den achtziger Jahren noch völlig irreal und wurde von niemandem erwartet. Stattdessen demonstrierte die „Staatsmacht" immer wieder ihre Stärke, indem es ihr wiederholt gelang, die meist im Umkreis der Kirchen angesiedelten Gruppen zu zerschlagen oder in ihrer Wirkungstätigkeit stark einzuschränken. Mundtot machen konnte sie diese Opposition jedoch nicht. Die Gruppen fuhren fort, Alternativen zu politisch wie ideologisch vorgegebenen Auffassungen zu artikulieren. Darin lag ihre eigentliche Attraktivität besonders für die junge Generation. Vor diesem Hintergrund hatten der Reformkommunist Robert Havemann (1910–1982) und der systemkritische Pfarrer und Bürgerrechtler Rainer Eppelmann am 25. Januar 1982 gemeinsam ihren „Berliner Appell" verfasst.

Im selben Jahr bildete sich in Reaktion auf das Gesetz über den Wehrdienst vom März 1982 und die darin enthaltene Bestimmung, dass bei Mobilmachung sowie im Verteidigungsfall künftig auch Frauen der Wehrpflicht unterworfen sein sollten, die von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe gegründete Gruppe „Frauen für den Frieden". Der „Friedensgemeinschaft Jena" wiederum gelang es, bis zu ihrer späteren, brutalen Zerschlagung, mit gewaltlosem Widerstand, öffentlichen Demonstrationen und bewusster Aufnahme von Kontakten zu westlichen Medien, neue Methoden in der Auseinandersetzung mit SED, MfS und den Sicherheitsorganen zu entwickeln.

Konfliktsituationen

Schon Ende der siebziger, vermehrt aber Anfang der achtziger Jahre, waren, ebenfalls im Schutze der Kirchen, „sozialethische Gruppen" entstanden; so zum Beispiel in Berlin, Leipzig und Schwerin, die sich vornehmlich mit Umweltfragen, aber auch mit Problemen der Entwicklungsländer befassten. Besonders der 1983 in Berlin-Lichtenberg gegründete „Friedens- und Umweltkreis" gewann an Bedeutung. Durch ihn entstand 1986 die Umweltbibliothek in der Zionskirche, welche die Untergrundzeitschrift „Umweltblätter" herausgab und dadurch zu einem Kristallisationspunkt vor allem der Berliner Gruppen wurde, der Ausstrahlung auf die gesamte DDR hatte. Insbesondere die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl im April 1986 und die nachfolgende Desinformationskampagne der DDR-Behörden verschafften der Bewegung weiteren Zulauf. Einen bewussten politischen Schritt, der für die nach wie vor im Schutz der Kirchen agierenden Gruppen ein völlig neues Vorgehen bedeutete, leitete die im Januar 1986 gegründete „Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM) ein, welche erstmals öffentlich auftrat und dabei namentlich unterzeichnete Appelle herausgab, unter anderem mit der Forderung nach umfassenden demokratischen Reformen.

Die Gruppen existierten trotz gelegentlicher Unterstützung durch prominente Politiker der „Grünen" aus der Bundesrepublik am Rande der DDR-Gesellschaft und wurden von dieser auch nur marginal wahrgenommen. Sie rückten jedoch insbesondere in Berlin ab der zweiten Jahreshälfte 1987 nicht zuletzt durch die Berichterstattung westdeutscher Medien stärker in den Blickpunkt einer größeren Öffent-

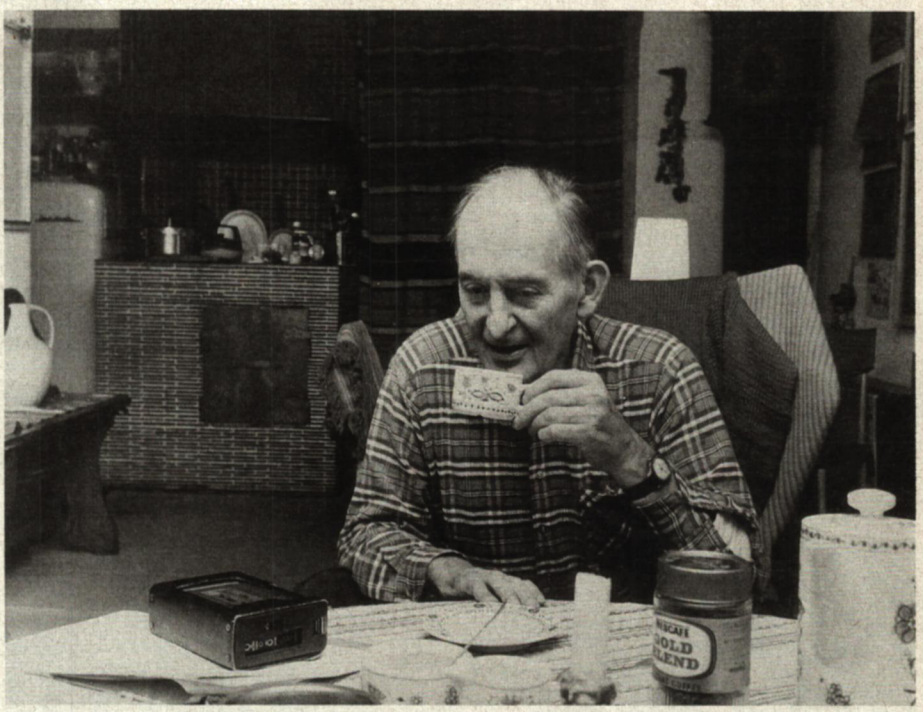


Foto: ullstein bild

Der Reformkommunist und Physikprofessor Robert Havemann stand als prominentester Wortführer der DDR-Opposition von November 1976 bis Mai 1978 unter Hausarrest.

Foto: ullstein bild

Protestversammlung gegen die staatliche Durchsuchung der Umweltbibliothek und die Verhaftung zweier Mitarbeiter am 26. November 1987 in der Ost-Berliner Zionskirche.

lichkeit. Im zeitlichen Kontext mit dem gemeinsam von der SPD und SED erstellten Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" im August 1987, besonders aber mit dem Honecker-Besuch in Bonn einen Monat später, konnten diese Gruppen von einer vorübergehenden deutschlandpolitisch motivierten Zurückhaltung der „staatlichen Organe" profitieren.

Wenig später jedoch legte das Regime wieder eine härtere Gangart ein und spitzte damit die latent weiter bestehende Konfliktsituation zu. Mit der Stürmung der Berliner Umweltbibliothek durch das MfS in der Nacht vom 24./25. November 1987 und der Verhaftung ihrer Mitarbeitenden wurde eine neue Eskalationsstufe auf beiden Seiten erreicht; denn die Mitglieder und Sympathisanten der Gruppen begegneten diesem Vorgehen im Schutze der kirchlichen Bannmeile mit öffentlichen Mahnwachen und Protestkundgebungen, um die Freilassung der Verhafteten zu erzwingen. Als diese tatsächlich drei Tage später erfolgte, um einen internationalen Imageverlust zu vermeiden, bedeutete dies eine Niederlage der „Staatsmacht".

Als sich Mitglieder der 1987 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Staatsbürgerschaft", ein Zusammenschluss von Oppositionellen und Ausreisewilligen, mit eigenen Transparenten und Plakaten an der offiziellen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 17. Januar 1988 beteiligten, nahmen sie bewusst den Konflikt mit dem Regime in Kauf. Trotz Behinderungen durch die Stasi gelang es westdeutschen Fernsehteams, entscheidende Szenen festzuhalten und die Nachricht darüber zu einer erstrangigen Meldung zu machen. Besonders das große Medieninteresse, das die unterschiedlichen Protestveranstaltungen in vielen Kirchen Berlins, aber auch anderswo fanden, ließ die Gruppen erstmals stärker aus ihrem gesellschaftlichen Randdasein herauswachsen und machte sie einer breiteren Öffentlichkeit in Ost und West bekannt. Die Existenz oppositioneller Gruppen in der DDR ließ sich damit nicht mehr länger leugnen. Gleichzeitig kam unter ihnen allmählich eine engere Vernetzung zustande.

Auswirkungen von Gorbatschows Politik

In die ab Mitte der achtziger Jahre um sich greifende Frustration über die spürbare Erstarrung des „Systems", die auch in Teilen der SED virulent wurde, fiel der überraschende Machtwechsel in der Sowjetunion im Frühjahr 1985. Der neue Parteivorsitzende der KPdSU, Michail Gorbatschow, verkündete ein Reformprogramm mit den Schlagworten „Glasnost" und „Perestroika" (Offenheit und Umgestaltung), mit dem eine tief greifende Modernisierung des „real existierenden Sozialismus" in der Sowjetunion durchgeführt werden sollte. Diese Initiative wurde von vielen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern wie ein unerwarteter Lichtschein in tiefer Dunkelheit empfunden. Besondere Überraschung rief hervor, dass nach der unübersehbaren Stagnation, die das Breschnew-Regime und seine Epigonen hinterlassen hatten, ausgerechnet aus den Reihen der KPdSU selbst ein Reformansatz kam.

Das breite, zum Teil euphorische Interesse an Gorbatschows Politik und Persönlichkeit wurde verstärkt durch die Reaktionen der SED-Führung selbst. Diese sah instinktiv und zugleich durchaus realistisch die fundamentalen Konsequenzen einer sozialistischen Reformpolitik für die eigene Machtposition voraus. Entsprechend distanzierte sie sich vorsichtig, geriet aber

Schlag gegen die Umweltbibliothek in Berlin

In der Nacht vom 24. zum 25. November wurde zwischen 0.00 Uhr und 2.30 Uhr die Umweltbibliothek des Friedens- und Umweltkreises der Zionskirchgemeinde von etwa 20 Mitarbeitern des Generalstaatsanwalts der DDR und des Ministeriums für Staatssicherheit durchsucht. Unter Berufung auf eine anonyme Anzeige gegen die Umweltbibliothek, deren Inhalt nicht bekannt wurde, und unter Auslassung der konkreten Rechtsgrundlagen drangen Einsatzkräfte in die Dienstwohnung des geschäftsführenden Pfarrers, Herrn Simon, ein. Es wurden sieben Personen festgenommen, Vervielfältigungsgeräte, Matrizen und Schriftmaterial beschlagnahmt. [...] Die Räume der Umweltbibliothek gehören zur Dienstwohnung des geschäftsführenden Pfarrers. Das Beschlagnahmeprotokoll wurde vom beauftragten Staatsanwalt nicht unterschrieben. Diese Vorgänge stellen einen eklatanten Rechtsbruch dar.

Wir sehen in dieser Aktion gegen die Umweltbibliothek einen Angriff auf alle Gruppen der Unabhängigen Friedensbewegung, auf die Ökologie- und Menschenrechtsgruppen.

In der Zionskirche begann am 3. September dieses Jahres die 1. unabhängige Demonstration der Basisgruppen. [...] Diese anscheinend hoffnungsvolle Entwicklung, die der DDR auch international gut zu Gesicht stand, wurde durch die jüngsten Vorgänge in Frage gestellt. Während sich gestern in Genf die Außenminister der UdSSR und der USA auf ein wichtiges Abrüstungsabkommen einigten, bereiteten in der DDR die Vertreter des harten Kurses nach altem Muster einen Angriff auf die Friedensbewegung vor. Dies war der vorläufige Höhepunkt eines zunehmenden Drucks auf politisch Engagierte nach dem Honecker-Besuch in der BRD.

Wir fordern:

1. Die unverzügliche Freilassung der Festgenommenen;
2. Die Offenlegung der Verdachtsgründe;
3. Die sofortige vollständige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Umweltbibliothek;
4. Die Einstellung jeglicher Repressionen gegen politisch Engagierte. [...]

Die Umweltbibliothek, Kirche von unten, Initiative Frieden und Menschenrechte, Friedenskreis Friedrichsfelde, Frauen für den Frieden, Gegenstimmen, Glieder der Zionsgemeinde, Solidarische Kirche

Öffentliche Erklärung vom 25. November 1987, in: Dokumenta Zion. Dokumentationsgruppe der Umweltbibliothek in der Zionsgemeinde, Dezember 1987, Ormigabzug, Samisdat.

Foto: ullstein bild

Zu den Schritten der deutsch-deutschen Annäherung gehörten die Städtepartnerschaften. Der Oberbürgermeister von Ludwigshafen Werner Ludwig (l.) überreichte am 29. März 1988 seinem Dessauer Amtskollegen Christoph Döring das Wappen seiner Stadt.

dadurch in eine nach jahrzehntelanger Verkündung unverbrüchlicher Freundschaft mit der Sowjetunion („Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!") unglaubwürdige Verteidigungsposition. Die defensive, ablehnende Haltung der Parteispitze kam symptomatisch in der berühmt gewordenen Formulierung Kurt Hagers vom April 1987 zum Ausdruck, der in einem „Stern"-Interview sagte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?" Diese Äußerung verstärkte auch bei einigen SED-Mitgliedern eine bisweilen schon früher eingetretene innerliche Distanzierung von der Partei und ihrer Führung.

Tatsächlich hatte sich auch in der SED infolge der immer spürbarer werdenden Mängel des Systems seit Mitte der achtziger Jahre ein Teil von Funktionären und Mitgliedern in eine Art innerer Opposition begeben, ohne allerdings selbst konkrete Reformvorstellungen zu entwickeln bzw. diese offen zu äußern. Häufig mit den Problemen und Frustrationen der Menschen in Alltag und Betrieb persönlich konfrontiert, hatten sie Positionen zu vertreten, die angesichts der Realität unhaltbar waren. Allenfalls waren sie nach Aussage eines Parteimitglieds Ausdruck „der systemisch bedingten Verknöcherung, Innovationsfeindlichkeit, Reformverweigerung und damit fehlenden Überlebensfähigkeit des Realsozialismus" (Rainer Land/Ralf Possekel). Damit schwand, von der Bevölkerung sensibel registriert, die Geschlossenheit der Partei. Die Reformwilligen vermissten jedoch einen „DDR-Gorbatschow", der – und das war die vorherrschende Auffassung – den erforderlichen, umfassenden Reformprozess durch eine „Revolution von oben" hätte herbeiführen können, zumal eine grundlegende, gar revolutionäre Transformation des „real existierenden Sozialismus" von unten ohnehin undenkbar erschien.

Der politische Dissens zwischen der SED-Führung und dem Reformkurs Gorbatschows kam offen zum Ausbruch, als die Parteiführung die sowjetische Monatszeitschrift „Sputnik" im November 1988 von der Bezugsliste strich. In ihr waren erstmals bisherige Tabuthemen sowjetischer Politik und Geschichte, wie zum Beispiel der deutsch-sowjetische Nicht-Angriffspakt von 1939, der „Hitler-Stalin-Pakt", aufgegriffen und breit diskutiert worden. Diese über eine Zensur weit hinausgehende Maßnahme stieß in der Bevölkerung, aber auch unter vielen Parteimitgliedern auf Unverständnis und Entrüstung und verstärkte die Kritik an der Parteiführung, insbesondere an den als vergreist empfundenen Politbüro-Mitgliedern. Einer wachsenden Mehrheit von Menschen in der DDR wurde zunehmend bewusst, dass die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse langfristig so nicht bleiben konnten und der SED-Staat auf eine Krise zusteuerte.

Getrennte Entwicklung – innere Bezogenheit

Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander und der in ihnen lebenden Menschen in diesem Zeitraum war von beträchtlicher Ambivalenz gekennzeichnet. Auf der obersten Ebene der Deutschlandpolitik lagen völlig unterschiedliche Positionen und Zielsetzungen vor. Während die SED-Führung daran interessiert war, durch strikte Abgrenzungspolitik die deutsch-deutschen Beziehungen auf allen Gebieten, abgesehen von den ökonomischen und finanziellen, möglichst zu begrenzen, war es das Ziel der Bundesregierungen, die Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern auf allen Ebenen zu fördern und zu intensivieren. Grundlage dieser Politik war die 1969 von dem sozialliberalen Regierungsbündnis Brandt/Scheel begonnene „Ost- und Deutschlandpolitik", die im Rahmen internationaler Verträge und Abkommen die SED-Führung zu einer begrenzten Öffnung zwang. Dennoch erreichte die DDR nie die völkerrechtliche Anerkennung seitens der Bundesrepublik Deutschland. Das galt auch für die DDR-Staatsbürgerschaft – eine Forderung, die Honecker bei einer Rede in Gera am 13. Oktober 1980 neben weiteren noch einmal massiv erhoben hatte. Immerhin entwickelte sich trotz internationaler Krisen und Konflikte zwischen Bonn und Ost-Berlin so etwas wie eine informelle Sicherheitspartnerschaft, zumal man sich in dem Bestreben einig war, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe.

Die weitgehend unveränderte Fortsetzung dieser Politik nach dem Regierungswechsel von 1982 durch Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher bis zur „Wende" von 1989/90 führte auf Seiten der DDR nicht nur zu einer stetig steigenden Zahl von Begegnungen (1972: 1,09 zu 1987: 5,09 Millionen Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik). Das persönliche Kennenlernen der Bundesrepublik durch eine wachsende Anzahl von Menschen aus der DDR trug auch zu verstärkter Skepsis gegenüber dem eigenen Staat bei. Insofern wirkten sich die von der SED-Führung und dem MfS befürchteten „westlichen Sickereinflüsse" tatsächlich negativ auf das sozialistische Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aus und haben zweifelsohne ebenfalls zu dessen Destabilisierung beigetragen.

Deutsch-deutsche Kommunikation

Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass die jahrzehntelange Trennung und die unterschiedlichen Sozialisationsprozesse, welche die Deutschen in beiden deutschen Staaten zwangsläufig durchliefen, auch zu gegenseitiger Entfremdung sowie Miss- und Unverständnissen führten. Das vielzitierte Klischee vom arroganten, reichen Westdeutschen und vom verschüchterten, armen Ostdeutschen ist keineswegs nur ein bloßes Stereotyp. Auch dürfen die millionenfachen Besuche und Begegnungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das gegenseitige Interesse unterschiedlich intensiv war und sich in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend auseinanderentwickelte; das zeigen auch die nachlassenden Besucherzahlen von westdeutscher Seite aus (1972: 6,26 zu 1987: 5,50 Millionen Reisen aus der Bundesrepublik und West-Berlin in die DDR). Während in der Bundesrepublik, vor allem unter der jüngeren Generation, das Interesse an der DDR auch und nicht zuletzt deshalb zunehmend schwand, weil Reisen in westli-

che Länder interessanter als in den „Polizeistaat DDR“ erschienen und zudem preiswerter waren, blieb die DDR-Bevölkerung wie im Übrigen auch die SED unverändert auf den „Westen“ fixiert. Bei genauerer Kenntnis des DDR-Alltags, konstatiert Stefan Wolle, sind „der westliche Konsum, die Freizügigkeit, der politische Pluralismus [...] für die DDR-Bürger immer der Maßstab ihres eigenen Lebens gewesen“ (Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, S. 209).

Es waren vor allem das westdeutsche Fernsehen und der Rundfunk, die von den Menschen in der DDR regelmäßig gesehen und gehört worden sind und damit täglich den weiterbestehenden Zusammenhang der Nation wie kein anderes Medium unter Beweis stellten. Da die Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften aus dem „Westen“ weitgehend unterbunden werden konnte, präsentierten Rundfunk und Fernsehen eine ständige Alternative und zugleich einen primären Vergleichsmaßstab auf allen Ebenen. Und dies, obwohl es bis in die siebziger Jahre hinein Versuche gab, den Empfang westdeutscher Fernsehsender in der DDR zu unterbinden und obwohl die Bundesrepublik in der Propaganda durchweg negativ als „Gegner“ oder „Feind“ kolportiert wurde.

Für diejenigen DDR-Bürgerinnen und -Bürger – und das war die Mehrheit –, die „den Westen“ aus eigener Anschauung nicht kannten, blieb das Bild der Bundesrepublik jedoch letztlich eindimensional und ohne Tiefenschärfe, weil der Fernsehschirm nicht die konkrete Realität widerspiegelte und es an persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen mit dieser Welt fehlte. Der „Westschock“ nach der Maueröffnung belegt dies eindrucksvoll. So verkörperte der westdeutsche Konkurrenz- und Vergleichsstaat ein Wunsch- wie Zerrbild zugleich.

Darüber hinaus hat es bei einer Mehrheit der DDR-Bevölkerung durchaus auch eine Bindung an den Staat der SED gegeben. „Solche Werte wie Arbeitsplatzsicherheit, niedrige Preise des Grundbedarfs und Unentgeltlichkeit des Gesundheitswesens haben die Loyalitätsbereitschaft großer Kreise der Bevölkerung viel stärker getragen, als es der Glaube an die parteiliche Wahrheit der ideologischen Doktrin jemals vermochte. Je länger, um so mehr waren es gerade solche sozialpolitischen Stützbalken, auf denen die Last des Legitimationsanspruches der zweiten deutschen Diktatur beruhte. Die mangelnde Legitimität der politischen Grundordnung, die schwache ökonomische Effizienz der SED-Herrschaft, das Wohlstandsgefälle beim Blick auf die westdeutsche Vergleichsgesellschaft verstärkten zusammen die kompensatorische Last, welche die ‚sozialen Errungenschaften‘ – als die wirksamste und zuletzt wohl einzige Loyalitätsstütze – zu tragen hatten“ (Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr, S. 536).

Gründe für den Zusammenbruch

Die DDR, der Staat der SED, ist aus mehreren, unterschiedlichen Gründen zusammengebrochen. Hier muss zwischen äußeren und inneren Faktoren differenziert werden. Tatsächlich veränderten sich die Existenzbedingungen der DDR durch die Politik Gorbatschows grundlegend. Der von ihm eingeschlagene Weg zu einer Reform des „real existierenden Sozialismus“ im Zeichen von Perestrojka und Glasnost stieß bei der Führungsspitze der SED auf Ablehnung und damit zu einer auch für die DDR-Bevölkerung unübersehbaren Distanzierung von der Sowjetunion, die bis dahin, zumindest in der Propaganda, den primären Maßstab und Bezugspunkt gebildet hatte. Die Betonung der Eigenständigkeit der DDR und damit des „Sozialismus in den Farben der DDR“ (Erich Honecker auf dem 7. Plenum des ZK der SED) ließ den SED-Staat aber auch gegenüber den reformbereiten „sozialistischen Bruderstaaten“ Polen und Ungarn auf Distanz gehen. Damit zeigte er nur um so krasser die eigene Erstarrung und Reformunfähigkeit auf. Noch entscheidender war aber, dass mit dem fundamentalen Politikwechsel in der UdSSR durch Gorbatschow die bis dahin existente Bestandsgarantie der DDR durch die Sowjetunion aufgegeben wurde; damit stand erstmals ihre eigenstaatliche Existenz zur Disposition. Das Nichteingreifen sowjetischer Streitkräfte während der Revolution von 1989/90 in der DDR besiegelte faktisch ihr Ende.

Die internen Gründe des Zusammenbruchs des SED-Staats sind noch vielfältiger. Zu keiner Zeit war das mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht von der KPD/SED errichtete Herrschaftssystem demokratisch legitimiert. Zudem war und blieb die DDR immer nur ein Teilstaat einer Nation und stand mit dem anderen deutschen Teilstaat Bundesrepublik Deutschland in fortwährender Konkurrenz, der wiederum für die Partei wie für die Bevölkerung auf allen Ebenen Vergleichsmaßstab blieb.

Ebenso wenig gelang es, ein leistungsfähiges Wirtschaftssystem zu errichten, das international wettbewerbsfähig war und mehr als nur die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen konnte. Aus dieser ökonomischen Ineffizienz resultierte spätestens ab Mitte der siebziger Jahre eine gleich bleibend hohe Verschuldung, die mit eigener Kraft nicht mehr zu bewältigen war, auch und nicht zuletzt deshalb, weil die zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr finanzierbaren sozialpolitischen Leistungen beibehalten wurden.

Mit den wachsenden Wirtschafts- und Versorgungsproblemen nahm auch der innenpolitische Druck zu. Ab Mitte der achtziger Jahre klafften Anspruch und Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus in der DDR immer mehr auseinander, die Ideologie des Marxismus-Leninismus verlor rapide an Überzeugungskraft. Die spürbare Erstarrung des Systems wurde in allen Bevölkerungsschichten bis in die SED hinein registriert. Die Zahl oppositioneller Gruppen im Schutz der Kirchen wuchs, noch mehr nahm die Zahl der Ausreisewilligen zu. Mit dem massenhaften Exodus von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die ihr Land im Spätsommer 1989 verließen und verlassen wollten, war letztlich das Ende des SED-Staats besiegelt – ein Staat, dem die eigenen Menschen davonliefen, besaß keine Existenzgrundlage mehr.

Foto: ullstein bild

Gescheiterter Fluchtversuch an der Lindenstraße im West-Berliner Bezirk Kreuzberg 1971.

Gesellschaft, Alltag und Kultur in der Bundesrepublik

Axel Schildt

Bevölkerung

Die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik stieg in den siebziger und achtziger Jahren von 61 auf 62,7 Millionen (1989) und damit weit weniger stark als in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens. Der von der Öffentlichkeit besorgt kommentierte Rückgang der Geburtenraten (1970: 13,4 Lebendgeborene je 1000 Einwohner; 1985: 9,6; 1989: 11,0) und die zugleich steigende Lebenserwartung (1970: bei Männern 67,4, bei Frauen 73,8 Jahre; 1991: 73,1 bzw. 79,5) ließ die Gesellschaft insgesamt altern. Die Demographen rechneten bereits Mitte der siebziger Jahre vor, dass für den vollständigen Ersatz der Elterngeneration diese 2,2 Kinder erzeugen müsste, während es tatsächlich nur 1,4 waren.

War 1970 annähernd ein Drittel der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, machte dieser Anteil Mitte der neunziger Jahre nur noch ein Fünftel aus. Hinzu kam, dass immer weniger Menschen bis zum 65. Lebensjahr arbeiteten. Waren es 1970 noch fast die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten, galt dies ein Jahrzehnt später nur noch für jeden sechsten.

Die Bundesrepublik war – insbesondere infolge der Arbeitsimmigration von „Gastarbeitern" aus Süd- und Südosteuropa – im Laufe der sechziger und frühen siebziger Jahre de facto zu einem Einwanderungsland geworden – der Begriff selbst blieb freilich noch lange politisch tabuisiert. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte verzwanzigfachte sich in diesem Zeitraum auf 2,6 Millionen (1973), wobei türkische Staatsangehörige seither die größte Gruppe stellen. Spätestens Anfang der siebziger Jahre zeichnete sich endgültig ab, dass die „Gastarbeiter" durch den Nachzug ihrer Familien zu einem ständigen Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik geworden waren.

Jedes sechste neu geborene Kind hatte 1974 ausländische Eltern und von 1970 bis 1980 stieg die Zahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger von 3 auf 4,5 Millionen (= 7,2 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung) stark an. In den achtziger Jahren nahm dann die Zahl der Ausländer nur noch langsam zu. Sie betrug 1989 4,8 Millionen (= 7,7 Prozent). Versuche in der Zeit der Kanzlerschaft Kohls, die Rückkehr von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern finanziell zu fördern, wurden Anfang der neunziger Jahre aufgegeben. Die zu einem großen Teil bereits in der zweiten und dritten Generation in Deutschland lebenden ausländischen Menschen waren und sind nicht nur volkswirtschaftlich unersetzlich, sondern bewirkten zugleich eine gesellschaftliche und kulturelle Öffnung des nationalen Horizonts – dies markierte einen beträchtlichen und nachwirkenden Unterschied zur DDR.

Allerdings war das Verhältnis der westdeutschen Bevölkerung zu den ausländischen Mitbürgern keineswegs harmonisch. Einer Untersuchung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (infas) zufolge meinten 39 Prozent der repräsentativ Befragten Ende 1981, die Türken würden den Deutschen ihre Arbeitsplätze wegnehmen. Latente oder offene Ausländerfeindschaft zeigte sich vor allem unter Menschen mit niedrigem sozialem Status und Bildungsniveau, speziell unter männlichen Jugendlichen. Anders als in den sechziger und siebziger Jahren galt Ausländerfeindschaft in den achtziger Jahren nicht mehr ausschließlich den Gastarbeitern, sondern verstärkt der Gruppe der Asylsuchenden. Diese Gruppe verdoppelte sich 1980 gegenüber dem Vorjahr auf circa 100 000. Da – neben einem größeren Anteil kurdischer Flüchtlinge aus der Türkei – auch sehr viele Menschen aus Afrika unter den Asylbewerbern waren, mischten sich nun auch stärker offen rassistische Töne in die Ausländerfeindschaft. Die Auseinandersetzung um die Regelung des Asylrechts eskalierte dann in den neunziger Jahren.

Soziale Struktur

Die bereits in den sechziger Jahren einsetzende Entwicklung zur „postindustriellen", das heißt nicht mehr vom industriellen, sondern vom „tertiären" bzw. Dienstleistungssektor volkswirt-

Foto: dpa

Ein spanisches Arbeitnehmerpaar beim Schweißen in einem Metallwerk im Taunus 1962. Das Einleben in den Betrieb erleichterte ihnen eine vom Werk engagierte Dolmetscherin.

schaftlich dominierten Gesellschaft schritt in den siebziger und achtziger Jahren weiter voran: Erstmals war Mitte der siebziger Jahre (1975) mit 47,9 Prozent ein höherer Anteil aller Erwerbstätigen im so genannten tertiären bzw. Dienstleistungssektor beschäftigt als im produzierenden Gewerbe, also in Industrie und Handwerk, mit 45,3 Prozent. Seither hat sich die Schere noch weiter geöffnet (1989 betrug die Relation 55 zu 41 Prozent), während der Anteil der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten sich von 1970 bis 1988 auf 4,2 Prozent halbierte. Ausdruck fand dieser volkswirtschaftliche Strukturwandel auch darin, dass seit Mitte der siebziger Jahre der Anteil der Angestellten und Beamten denjenigen der Arbeiter überstieg und dass zugleich Bildungsstand und Qualifikationsstruktur immer weiter anstiegen. Der Anteil der „ungelernten" Erwerbstätigen sank von 41 Prozent (1970) auf 23 Prozent (1989).

Die Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft zeigte sich auch in der fortschreitenden Auflösung traditioneller Milieus. Auf der politischen Ebene bedeutete dies, dass die Sozialdemokratie angesichts eines sinkenden Anteils der Industriearbeiterschaft, der angestammten Wählerklientel ebenso Probleme bekam, wie die CDU/CSU, die mit einer Abnahme der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung und des traditionellen bürgerlichen Milieus konfrontiert war. Auch sank die Bindungskraft der Gewerkschaften im einen wie die der Kirchen im anderen Falle. Aber die Erosion traditioneller Milieus ist nicht mit einer generellen Milieuauflösung zu verwechseln. Soziologische Erhebungen ergaben vielmehr eine Differenzierung der sozialen Milieus. Neue Milieus, die sich in ihren Wertorientierungen unterscheiden lassen und bei denen zugleich generationelle Unterschiede eine stärkere Rolle spielen, überlagern mittlerweile die alte Schichteneinteilung (siehe hierzu auch „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 269 zum Thema „Sozialer Wandel in Deutschland").

Wohlstand und Konsum

Das real verfügbare Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik bzw. in den alten Bundesländern (bezogen auf das Preisniveau von 1991) stieg nach Angaben des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 16 169 (1970) auf 25 121 DM (1991), ein Anstieg von über 50 Prozent. Die westdeutsche Gesellschaft erlebte also in den siebziger und achtziger Jahren insgesamt eine erhebliche Wohlstandssteigerung. Dies zeigte sich in der Umschichtung des Konsums. Während den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge 1962/63 immerhin 58 Prozent des Einkommens unmittelbar lebensnotwendig – definitionsgemäß für Nahrung, Kleidung und Wohnung – verwendet wurden, waren es 1973 nur noch 44 und 1978 sogar nur 42 Prozent. Seither ist der Wert in dieser Größenordnung geblieben.

Soziale Differenzierung

Allerdings erfuhr die Verteilung des Volkseinkommens eine gegensätzliche Entwicklung. Die Lohnquote (Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit) stieg in den siebziger Jahren von 68 (1970) auf 76 Prozent (1980) und fiel dann wieder auf 70 Prozent (1991), während im gleichen Zeitraum – umgekehrt – die Quote der Einkommen aus selbstständiger Arbeit von 32 (1970) auf 24 Prozent (1980) fiel und dann wieder auf 30 Prozent (1991) anstieg. Hinter diesen statistischen Angaben stehen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Veränderungen, die in den achtziger Jahren die soziale Ungleichheit befestigten, die etwa unter dem Stichwort „Zwei-Drittel-Gesellschaft" diskutiert wurde. Demnach verbreitere sich die gut verdienende Mittelschicht und zwei Drittel der Gesellschaft würden in wachsendem Wohlstand leben, während gleichzeitig ein tiefer sozialer Graben zum unteren Drittel der Gesellschaft, das auf staatliche Unterstützung angewiesen sei, entstehe.

Diese Bezeichnung suggerierte allerdings ein falsches Bild. Während nämlich die relativen Veränderungen beim großen Teil der Einkommensgruppen wenig auffällig waren und damit die soziale Schichtung insgesamt weitgehend in den gleichen Relationen erhalten blieb, gab es die größten Veränderungen am oberen und unteren Rand der Gesellschaft. So verbesserte sich zum einen die relative Wohlstandsposition der Selbstständigen (ohne Landwirte) in außergewöhnlichem Maße; 1970 erzielten diese durchschnittlich ein Einkommen von circa 140 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt aller Einkommensbezieher, 1990 waren es circa 250 Prozent.

Auf der anderen Seite hatten diejenigen, die auf Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und ähnliche Zuwendungen angewiesen waren, relative Einbußen hinzunehmen. Zudem fielen mehr Menschen durch die Maschen des sozialen Netzes. Nach dem von den Vereinten Nationen festgelegten Kriterium für Armut, weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung zu haben, stieg der Anteil der Armutspopulation in der Bundesrepublik bzw. in den alten Bundesländern von 6,5 Prozent (1973) auf 10,2 Prozent (1991). Vor allem allein erziehende Mütter, kinderreiche Familien, Jugendliche und „Langzeitarbeitslose" sowie ausländische Mitbürger zählten in wachsendem Umfang zum armen Teil der Bevölkerung. Unterschiede deutscher und ausländischer Haushalte zeigten sich im Übrigen etwa bei der Ausstattung der Wohnungen. Während deutsche Haushalte 1989 durchschnittlich über eine Wohnfläche von 43,5 Quadratmetern pro Person verfügten, waren es bei den ausländischen nur 21,7 Quadratmeter.

Die Differenzierung des Einkommensspektrums und der kulturell geprägten Vorlieben ist zu bedenken, wenn man die Entwicklung des Konsums betrachtet. Eines der auffälligsten Merkmale ist sicherlich die Zunahme an PKW, die den Anspruch individueller Freiheit besonders deutlich symbolisiert. Nachdem sich ihre Zahl bereits in den sechziger Jahren verdreifacht hatte, verdoppelte sie sich nochmals von 13,9 (1970) auf 30,7 Millionen (1990; alte Bundesländer). Ein PKW war 1969 in 44 Prozent, 1978 in 62 und 1988 in 68 Prozent aller Haushalte vorhanden – die Bundesrepublik wurde also in den siebziger und achtziger Jahren zu einer weitgehend automobilisierten Gesellschaft.

Im gleichen Zeitraum erfolgte auch die flächendeckende Ausbreitung von elektrischen Haushaltsgeräten, deren Besitz bis zu den sechziger Jahren noch sehr abhän-

Autonome Frauenprojekte

Bereits 1975 entstand mit Lillemor's in München der erste Frauenbuchladen Westdeutschlands. In den folgenden Jahren gründeten Frauenkollektive in fast allen größeren Städten Buchläden, in denen speziell auf die Lesebedürfnisse feministisch engagierter Frauen eingegangen werden soll.

Neben politischen Sachbüchern, feministischen Theoriebänden und Schriften der Frauengesundheitsbewegung füllen belletristische Bücher von Frauen die Regale. Bisher ignorierte Dokumente der alten Frauenbewegung werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, Frauenzeitschriften werden archiviert und katalogisiert. Das Sortiment der Frauenbuchläden der siebziger Jahre umfasst nicht nur Literatur, sondern auch Schallplatten, Aufkleber, Buttons und Poster.

Die Buchläden, in denen Infowände, schwarze Bretter und Frauenärztekarteien genauso zum Inventar gehören wie die Diskussionsecke, entwickeln sich schnell zu Begegnungsstätten. Die Kollektive verstehen ihr Engagement auch weniger als Geschäft, denn als politisches Handeln. Nicht nur durch den Verkauf feministischer Bücher soll Frauenpolitik betrieben werden, sondern auch durch Informationsveranstaltungen, Lesungen und Diskussionen. Die Masse der plötzlich zugänglichen Frauenliteratur wirkt wie eine Initialzündung: Immer mehr Frauen fühlen sich ermutigt, auch selbst zu schreiben. Die vielfältigen Projekte der neuen Frauenbewegung der siebziger Jahre zeugen von einer bisher unbekannten Frauenkultur. Neben Frauenbuchläden entstehen Frauenverlage, Frauencafés und -kneipen, Handwerkskollektive, Frauenferienhäuser und -wohngemeinschaften sowie Frauenhäuser und -gesundheitszentren. Hinter all diesen feministischen Projekten steht die Absicht, sowohl politisch als auch organisatorisch ausschließlich mit Frauen für Frauen zu arbeiten, um außerhalb der männerdominierten Gesellschaft Freiräume für die Verwirklichung eigener Vorstellungen zu schaffen.

Die autonomen Projekte haben allerdings bald mit etablierten Unternehmen zu kämpfen. Die Mitte der siebziger Jahre gegründeten Frauenbuchverlage wie „Frauenoffensive" in München, oder „Zeichen und Spuren" in Bremen zum Beispiel, geraten bald unter den Konkurrenzdruck herkömmlicher Buchverlage, die die veränderten weiblichen Lesebedürfnisse als Marktlücke erkennen. Für die engagierten Frauen bedeutet dies ein enormes finanzielles Risiko; fast alle autonomen Projekte sind zu einem großen Teil durch Privatkredite finanziert.

Annette Kuhn (Hg.), Die Chronik der Frauen, Dortmund 1992, S. 590.

gig von der Höhe des Einkommens war. Der amtlichen Statistik zufolge gab es eine Waschmaschine 1969 in 61 Prozent aller Haushalte, 1988 in 86 Prozent. Bei Kühlschränken stieg der Ausstattungsgrad gleichzeitig von 84 auf 98 Prozent, bei Gefriergeräten von 14 auf 65 Prozent, bei Geschirrspülmaschinen von 2 auf 29 Prozent.

Der Anteil der Ausgaben, die von den Vier-Personen-Haushalten der Arbeiter und Angestellten mit mittlerem Einkommen für Freizeitgüter und Urlaube aufgewandt wurden, weist einen Anstieg von 12,3 (1970) auf 18,4 Prozent (1990) auf. Besonders eindrucksvoll ist für diesen von der amtlichen Statistik definierten durchschnittlichen Haushalt der Zuwachs an Geräten der Kommunikations- und Unterhaltungselektronik. Dies betraf nicht nur den Einzug des Fernsehens und des Radios in die letzten noch rundfunkfreien Haushalte (vgl. auch Seite 38 f.), befördert vor allem durch Farb-TV-Geräte und Hörfunk in Stereoqualität, sondern auch die Anschaffung neuer technischer Geräte. Die größten Umsatzsteigerungen innerhalb aller unterhaltungsindustriellen Sparten hatte zwischen 1975 und 1985 die Phonoindustrie erzielt. Ein Videorecorder war 1985 in 22 Prozent, 1990 in 54 Prozent der Haushalte vorhanden. Der Anteil der Haushalte, die einen Personal Computer (PC) besaßen, stieg im gleichen Zeitraum von 13 auf 32 Prozent. Erstrangige Bedeutung für die Veränderung der Alltagsmuster, für die Formung von Lebensstilen hatte auch die Durchsetzung des Telefons, das 1970 erst in einem Fünftel, 1980 bereits in 86 und 1990 in 98 Prozent der Haushalte vorhanden war.

Nach Erhebungen des EMNID-Instituts vermehrte sich das Freizeitbudget der Bundesbürger von 1969 bis 1982 um etwa ein Viertel. Neben dem häuslichen Medienkonsum profitierte davon vor allem der Sport. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes (DSB) verdoppelte sich von circa zehn Millionen Mitgliedern 1970 auf etwa 20 Millionen Mitglieder 1987. Zudem sind vielfältige unorganisierte Sportaktivitäten einzubeziehen, etwa das Ende der achtziger Jahre allmählich populär werdende Jogging und andere Betätigungen, die zu einer sich ausbreitenden Fitness-Welle gehörten. Eine enorme Expansion hatte auch der Urlaubstourismus zu verzeichnen, und dies trotz der in den achtziger Jahren stagnierenden Realeinkommen. 1987 machten zwei Drittel aller Bundesbürger eine Urlaubsreise, und wiederum mehr als zwei Drittel davon fuhren ins Ausland.

Neue Haushaltsformen und Geschlechterverhältnisse

Bei einer insgesamt stagnierenden Bevölkerungszahl stieg die Zahl der privaten Haushalte beträchtlich, von 22 (1970) auf 28,2 Millionen (1990) – und im gleichen Zeitraum der Anteil der Ein-Personen-Haushalte von einem Viertel auf mehr als ein Drittel. In München betrug der Anteil der Single-Haushalte 1988 40 Prozent.

Solche Kennziffern deuten den statistischen Hintergrund für einen starken Schub zur Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen an, wie er sich besonders im sozialen Geltungsverlust des traditionellen Ehemodells ausdrückte.

Das Nichtheiraten wurde zunehmend zu einer selbstverständlichen Alternative. Zugleich stiegen Heiratsalter und Scheidungshäufigkeit an. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl so genannter nicht ehelicher Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik bzw. den alten Bundesländern besonders in der Gruppe der 18- bis 35-jährigen Männer und Frauen von circa 82000 (1972) auf 1376000 (1993), aber im gleichen Zeitraum auch bei den 35- bis 55-Jährigen von 72000 auf 634000. Das nicht eheliche Zusammenleben wurde innerhalb von nur zwei Jahrzehnten vor allem zur mehrheitlich gewählten biographischen Erprobungsphase für eine spätere Ehe.

Frauenbewegung

Mit dieser Entwicklung ging ein steigendes Selbstbewusstsein von Frauen einher. Die siebziger Jahre waren die wohl entscheidende Dekade weiblicher Emanzipation in der Geschichte der Bundesrepublik, deren Avantgarde eine „neue Frauenbewegung" bildete. Mit großer Heftigkeit wurde in den Medien die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Verfügung über den weiblichen Körper (§ 218 StGB) kritisiert. Zuvor private Themen wurden in das Zentrum der politischen Frauenbewegung gerückt.

Die in der Ehe und anderen Beziehungen von Männern ausgeübte Gewalt führte zur Gründung von „Frauenhäusern" (das erste wurde im November 1976 in West-Berlin eingerichtet, 120 waren es in der Bundesrepublik 1982). Notrufe und Selbsthilfegruppen waren weitere Zufluchtsmöglichkeiten. Seit dem letzten Drittel der siebziger Jahre festigte sich dann eine feministische Gegenkultur mit eigenen Presseorganen („Courage" seit 1976, „Emma" seit 1977), Treffpunkten und Diskussionsthemen. In Hamburg wurde 1979 die erste staatliche Gleichstellungsstelle auf Länderebene in der Bundesrepublik eingerichtet, der bald zahlreiche weitere in anderen Bundesländern, in Kommunen und schließlich auf Bundesebene folgten; 1988 beschloss die SPD auf ihrem Parteitag in Münster, nachdem dies bei den Grünen schon länger praktiziert wurde, eine „Frauenquote".

Als ein Erfolg der Frauenbewegung konnten wichtige Gesetzesveränderungen angesehen werden. 1976 wurde das Scheidungsrecht grundlegend reformiert. Seither gilt nicht mehr das Schuld-, sondern das Zerrüttungsprinzip, mit dem die Ehe auch gegen den Widerstand einer Seite nach einer Frist

geschieden werden kann. Außerdem wurden nun Frauen, die Kinder betreuten, wirtschaftlich erheblich besser gestellt. 1977 folgten Verbesserungen für Frauen im Familienrecht, indem die Verpflichtung der Ehefrau zur Hausarbeit als Norm abgeschafft wurde. Auch im Namensrecht wurde die Gleichberechtigung eingeführt; erst Anfang der neunziger Jahre wurde allerdings auch der Zwang zu einem gemeinsamen Familiennamen aufgehoben.

Während die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter seit den siebziger Jahren erhebliche Fortschritte machte, verringerten sich die ökonomischen Unterschiede nur langsam. 1970 betrug der Durchschnittslohn von weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen in der Industrie 60 Prozent des Durchschnittslohns ihrer dort beschäftigten männlichen Kollegen, 1990 lag dieser Wert bei 65 Prozent. Diese Diskrepanz spiegelte auch in anderen Berufsfeldern wider, dass Frauen nur langsam in höhere Positionen aufrückten.

Die skizzierten neuen Tendenzen in den Geschlechterverhältnissen und die zunehmende Zahl von Alleinlebenden sollten im Übrigen nicht die fortbestehenden sozialen Kontinuitäten überdecken. Die familiären Verbindungen sind nicht verschwunden, sondern haben sich verändert. Soziale Netzwerke werden nach wie vor in starkem Maße vom Verwandtschaftssystem bestimmt. So hatten zwei Drittel aller Bundesbürger Mitte der achtziger Jahre tägliche oder mindestens wöchentliche gegenseitige Besuchskontakte zu nahen Verwandten.

Jugend

Die siebziger Jahre waren von einer weiteren Ausdifferenzierung jugendkultureller Szenen bestimmt. Je nach öffentlicher Konjunktur standen dabei unterschiedliche Aspekte im Vordergrund des Interesses. Breite Diskussionen gab es in jenem Jahrzehnt über die Herausbildung eines „Neuen Sozialisationstypus", der als narzisstisch, hedonistisch und politisch desinteressiert gezeichnet wurde. In den achtziger Jahren wurden in den Medien sehr verschiedene Ansichten über „die" Jugend kolportiert und jeweils mit Meinungsumfragen belegt. Das Spektrum reichte von der „Null-Bock-Generation", die sich nichts von der Zukunft erwartete und allein die Gegenwart genießen wollte, bis zu einer optimistisch das Leben meisternden Jugend, die vor allem an beruflichem Fortkommen und familiärem Glück interessiert sei. Solche divergenten Bilder zeigen nur, dass es immer weniger gelingt, die zunehmend fragmentierte und pluralisierte Jugendszene – etwa von aktiven Sportlern über naturwissenschaftlich Interessierte bis zu Dauermedienkonsumenten und „Punks" oder „Skins" – auf griffige Formeln zu bringen.

Hinsichtlich der politischen Jugendbewegung stand am Ende der siebziger Jahre die Rebellion im Blickpunkt. Sie drückte sich im so genannten Häuserkampf, der Besetzung von leer stehenden Häusern und anschließenden Auseinandersetzungen mit der Polizei, und in der Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren aus, die in etlichen Großstädten zu großen Demonstrationen und sogar Straßenkämpfen Anlass gab.

Foto: dpa

Überfüllte Hörsäle gehörten auch Ende der achtziger Jahre zum Universitätsalltag.

In den achtziger Jahren zeigten sich politisch engagierte Jugendliche vor allem im Umfeld der „Bürgerinitiativen" für Belange des Umweltschutzes und bei den großen Friedensdemonstrationen. Rechtsextreme Strömungen spielten hingegen eine marginale Rolle.

Globale Charakterisierungen und Hervorhebungen von Minderheitsphänomenen sind allerdings vor dem Hintergrund der sozialen Situation breiter Schichten der Jugend zu sehen, für die in den siebziger und achtziger Jahren zwei gegenläufige Tendenzen kennzeichnend waren. Auf der einen Seite wuchs der durchschnittliche Bildungsgrad der Jugendlichen, auf der anderen wurde die bald überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit seit der Mitte der siebziger Jahre (1975: 116000; Winter 1982/83: circa 200000; Winter 1987/88: circa 480000) trotz staatlicher Sonderprogramme zur Beschäftigung Jugendlicher zum strukturellen Dauerproblem.

Bildungsexpansion

Die siebziger Jahre waren das entscheidende Jahrzehnt der Bildungsexpansion in der Bundesrepublik, die zuvor und danach langsamer verlief. Dies zeigt als wichtige Kennziffer die Verteilung der Schülerinnen und Schüler im dreigliedrigen System. Während 1970 noch mehr als die Hälfte (53 Prozent) derjenigen, die die 7. Klasse besuchten, sich auf der Hauptschule befanden, waren es 1980 noch 38 und 1989 mit 32 Prozent weniger als ein Drittel. Gleichzeitig war der Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten von 22 auf 31 Prozent gestiegen, derjenigen auf der Realschule von 20 auf 27 und derjenigen auf den erst Anfang der siebziger Jahre in einigen Bundesländern eingerichteten und anfänglich heftig umstrittenen Gesamtschulen auf sechs Prozent. Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen der Bundesrepublik hatte 1980/81 erstmals die Millionengrenze überschritten, und entgegen anders lautender Prognosen der Bildungsexperten stieg sie bis 1988/89 weiter auf über 1,5 Millionen.

Die Chancengleichheit hinsichtlich der sozialen Erreichbarkeit von Bildung, eine in den sechziger Jahren vehement erhobene Forderung, konnte nach anfänglichen Erfolgen nur in geringem Maße weiter verbessert werden. Von den Studierenden an Wissenschaftlichen Hochschulen stammten 1966/67 sieben Prozent aus Arbeiterhaushalten, 1979 wie auch 1988 waren es jeweils 15 Prozent.

Deutlicher veränderten sich im Verlauf der Bildungsexpansion der siebziger und achtziger Jahre die Voraussetzungen für die Lebensplanung weiblicher Jugendlicher. Der Anteil der Abiturientinnen, der Ende der sechziger Jahre noch bei circa 40 Prozent gelegen hatte, stieg bis Mitte der achtziger Jahre auf über 50 Prozent, ebenso der Anteil weiblicher Studierender an Universitäten von 35 Prozent (1970) auf 49 Prozent (1989).

Aufgrund der Prioritätensetzungen öffentlicher Haushalte blieb die materielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen hinter den Erfordernissen durch die Bildungsexpansion seit der Mitte der siebziger Jahre zurück – ein Anlass für

periodisch wiederkehrende Proteste an Schulen und Hochschulen, die sich in den achtziger Jahren steigerten und im bisher größten Streik der Studierenden im Wintersemester 1988/89 ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Zugleich dämpfte die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen die Bildungseuphorie. 1975 gab es 2,8 Prozent arbeitslose Akademiker (bei einer allgemeinen Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent), 1986 waren es 5,1 Prozent (gegenüber neun Prozent).

Medienrevolution

In den siebziger und achtziger Jahren hatte sich die Zahl der angemeldeten Radioapparate und Fernsehgeräte von 19 bzw. 14 (1970) auf 27 bzw. 24 Millionen (1990) beträchtlich erhöht. Die flächendeckende Versorgung mit den elektronischen Massenmedien war damit erreicht, und der Medienkonsum (von Hörfunk und Fernsehen) in der Freizeit stieg gleichzeitig von etwa zwei auf drei Stunden im Tagesdurchschnitt an.

Während die quantitative Entwicklung der massenmedialen Versorgung und des Publikumsverhaltens in allgemeine Trends schon der Zwischenkriegszeit eingebettet werden können, vollzog sich Anfang der achtziger Jahre eine folgenschwere technische und rechtlich-institutionelle Weiterentwicklung im Bereich der elektronischen Medien. Das Jahr 1983 war das letzte Jahr ohne private Rundfunk- und Fernsehanstalten. Helmut Schmidt, der in seinem vom liberalen Koalitionspartner mitgetragenen Bericht zur Lage der Nation am 17. Mai 1979 noch ausgeführt hatte, die privaten Rundfunkpläne könnten „die Substanz unseres demokratischen Lebens angreifen", stand deshalb auch lokalen Pilotprojekten zur Verkabelung (mit privater Beteiligung) ablehnend gegenüber. Die Skepsis gegenüber privaten Medien speiste sich nicht zuletzt aus Prognosen eines befürchteten „Knowledge gap", der zunehmenden Aufspaltung der Gesellschaft in eine kleine, politisch und kulturell gut informierte Schicht und eine Masse von zunehmend weniger informierten kritiklosen Unterhaltungsmedienkonsumenten.

Die Blockade des Ausbaus moderner Kommunikationstechnologien wurde erst von der Regierung Kohl beendet. Sie ging davon aus, dass die neue Technik, die große gesellschaftliche Chancen biete, nicht mehr „rückholbar" sein würde und sein sollte, und stellte in den Haushalten beträchtliche Mittel für die Verkabelung bereit. Im Dezember 1982 waren 600 000 Haushalte an das Kabelnetz angeschlossen, drei Jahre später bereits 4,7 Millionen. Ähnliche Entwicklungen ließen sich auch in den anderen westeuropäischen Ländern beobachten.

Privater Rundfunk

Seit Anfang 1984 gab es kein öffentlich-rechtliches Rundfunkmonopol mehr, sondern ein so genanntes duales System öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter, deren Kapital von großen Medienkonzernen kontrolliert wird. Die größten Senderfamilien bilden seither Bertelsmann (unter anderem bei RTLplus) sowie die Kirch-Gruppe und der Axel Springer Verlag (unter anderem bei SAT 1).

Foto: dpa

Aufzeichnung einer Showsendung: Als erster kommerzieller TV-Anbieter sendet Radio Luxemburg seit 1984 ein deutschsprachiges Fernsehprogramm in die Bundesrepublik.

Im gleichen Jahr vollzog die SPD eine medienpolitische Wende. Widerstände gegen das duale System wurden aufgegeben, weil die Entwicklung nun auch von ihr als unumkehrbar bezeichnet wurde. Auch die Kirchen und – zuletzt – die Gewerkschaften wollten sich den neuen Gegebenheiten nicht mehr länger verschließen. Die medienpolitische Wende der Opposition erleichterte im Folgenden auch die rechtliche Regelung der Ausnutzung von Satelliten für die Übertragung von Fernsehprogrammen, über die seit 1982 auf nationaler und europäischer Ebene verhandelt wurde. 1986 begann dann die Ausstrahlung von privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen durch Satelliten, die sich seit dem Ende der achtziger Jahre in vielen Regionen als wichtigste Empfangsmöglichkeit erwies.

Ebenfalls 1986 nahmen die ersten privaten Hörfunksender ihren Betrieb auf, nachdem die rechtlichen Voraussetzungen durch Landesmediengesetze und die technischen Möglichkeiten durch die Erschließung des UKW-Frequenzbereichs von 100 bis 108 Megahertz geschaffen worden waren. Rasch erweiterte sich das Angebot für das Publikum von 44 (1987) auf 180 Programme (1991) bzw. auf jeweils zehn bis 15 Programme in UKW-Qualität, die lokal ohne Kabelanschluss zu empfangen waren. Dabei überwogen so genannte „Formate" mit leichter Unterhaltungsmusik, die sich an altersmäßig unterschiedliche Zielgruppen wandten, um ein gutes Umfeld für kommerzielle Werbung zu schaffen. Das Radio wurde damit noch stärker zum Begleit- oder Nebenmedium, etwa als Hintergrundkulisse für andere Beschäftigungen in der Freizeit, beim Autofahren oder am Arbeitsplatz.

Hoffnungen vor allem der CDU/CSU, durch die Förderung des privaten Hörfunks und Fernsehens eine positivere Berichterstattung über die Regierung zu erreichen als dies bisher durch die schon lange misstrauisch betrachteten öffentlich-rechtlichen Anstalten geschehen war, erfüllten sich allerdings nicht, zumal deren zentralen Nachrichtensendungen, denen vom Publikum eine hohe Informationsautorität zugemessen wurde, von den privaten Anbietern zumindest in den ersten Jahren keine Konkurrenz entgegengesetzt werden konnte.

Ausweitung der Unterhaltung

Der wichtigste Einfluss der neuen Fernsehanstalten bestand dagegen in der Erhöhung des Anteils an Unterhaltung jeder Art, vor allem mit häufig aus den USA importierten zahllosen Kriminal-, Familien-, Arzt- und Jugend-Serien und so genannten „Talkshows", die jeweils von kommerzieller Werbung unterbrochen waren. Nach der Saison 1988/89 verloren ARD und ZDF die Rechte zur Übertragung der Spiele der Bundesliga an SAT 1. Dagegen gab es bei den privaten Anbietern nur niedrige Anteile politisch informierender, kulturell und bildender Programme. Das dieser Tendenz unterliegende Erfolgsrezept, mit „Brutalisierung" und „Sexualisierung" der Inhalte die Zuschauerquoten gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten zu erhöhen, rief heftige Kritik etwa von Seiten der Kirchen hervor. Es wurde auf den Widerspruch verwiesen, unter dem Banner der geistig-moralischen Erneuerung einer

problematischen massenkulturellen Welle die Schleusen geöffnet zu haben. Nicht selten wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der privaten Medien keine Überraschung darstellen könne, weil sie schon lange vor deren Zulassung aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern vorausgesagt worden war.

Die Programmentwicklung der privaten Anbieter hatte nicht geringe Auswirkungen auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die mit Anpassungstendenzen auf die Konkurrenz im Kampf um die Zuschauerquoten reagierten, vor allem mit zunehmender Serialisierung in den Vorabendprogrammen. Seit dem 8. Dezember 1985 läuft die „Lindenstraße" als erste „Endlos-Serie" in Deutschland, aber auch die aus den USA importierten Serien „Dallas" (ARD) und „Denver" (ZDF) erwiesen sich als sehr erfolgreich. Allerdings behaupteten Informationssendungen bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einem Anteil von circa 40 Prozent seit den achtziger Jahren einen erheblich höheren Stellenwert als bei den privaten Anbietern.

Zudem ist bei der Betrachtung der elektronischen Medien einzubeziehen, dass sie in ein massenmediales Ensemble eingebettet sind, zu dem nach wie vor die Printmedien gehören. Das Lesen von Presseerzeugnissen aller Art ging durch die Erweiterung des Angebots elektronischer Medien nicht zurück, vor allem die Zeitungslektüre zählte auch in den achtziger Jahren immer noch zum selbstverständlichen Tagesablauf der Bevölkerungsmehrheit.

Tendenzen des Wertewandels

Zeitgenössische demoskopische Daten verdeutlichen die durch die Ölkrisen und die Entstehung einer neuen strukturellen Arbeitslosigkeit markierte Zäsur, die in der Medienöffentlichkeit unter Stichworten wie „Ende" oder zumindest „Krise der Arbeitsgesellschaft" (Ralf Dahrendorf) und in ökologischen Krisenszenarien thematisiert wurde. In der Illustrierten „Stern" wurde im Dezember 1978 eine Reihe von repräsentativen Erhebungen vorgestellt, die belegten, dass der Anteil derjenigen, die an den „Fortschritt" glaubten, sich von 1972 bis 1978 auf 34 Prozent halbiert hatte. Zwei Drittel meinten gleichzeitig, das Leben werde für die Menschen in der Zukunft immer schwerer werden. Das neue ökologische Bewusstsein zeigte sich darin, dass nun, am Ende der siebziger Jahre, über zwei Drittel der Bevölkerung sich generell gegen die ein Jahrzehnt zuvor noch völlig unumstrittene Kernenergie oder zumindest gegen den Bau neuer Atomkraftwerke aussprachen.

Der Soziologe Ulrich Beck prägte Mitte der achtziger Jahre den Begriff der „Risikogesellschaft". Nicht mehr die materielle soziale Unsicherheit, sondern die wachsen-

Netzwerk-Selbsthilfe alternativer Projekte

Jenseits von altem und alternativem Parteiendünkel sind in der Bundesrepublik mittlerweile einige Hunderttausend Menschen dabei, in fast allen Lebens- und Arbeitsbereichen praktische Alternativen zu entwickeln und zu leben. Was sie treibt, ist teils die Lust auf eine konkrete Utopie, teils der Mangel, der erfinderisch und neugierig macht, sich aus eingefahrenen Bahnen des Lebens und der Gängelung durch Sozialverwaltungen zu lösen und das zu tun, wovon andere nur träumen.

Entstanden ist dabei „ein Sumpf, in dem es brodelt": Zukunftsweisende Ideen und Projekte, erfolgversprechende Aus- und lehrreiche Zusammenbrüche, persönliche Erfahrungs- und kollektive Entwicklungsprozesse, kleine und große Experimente und systemsprengende Phantasien. [...] Ein weit verzweigtes Netz von Gruppen ist entstanden, die eine politische Kultur der Unruhe und Widerspenstigkeit, von schwer integrierbarem Bewusstsein und fröhlicher bis konstruktiver Staatsverdrossenheit pflegen. [...]

So offensiv widersprüchlich formuliert stand es [...] in einer der vielen Selbstdarstellungen von einem der über 30 in der Bundesrepublik Deutschland und im benachbarten Ausland bestehenden Netzwerke. [...]

Das Spektrum der Aktivitäten ist vielfältig und bunt wie das gesellschaftliche Umfeld, in dem sich das abspielt, was gemeinhin als „alternative Ökonomie" bezeichnet wird. In Anlehnung an Joseph Huber lassen sich die von Netzwerk geförderten Projekte wie folgt näher beschreiben:

1. Professionelle Projekte (Betriebe in Selbstverwaltung)
Sie renovieren Häuser mit biologischen Baustoffen, verkaufen Bücher, betreiben vegetarische Restaurants, drucken Bücher und Plakate oder gehen dem Gewerbe von Dach- oder Rohrreinigern nach. Für die Mitarbeiter in den alternativ-ökonomischen Betrieben, wie sie auch genannt werden, hängt die gesamte berufliche und wirtschaftliche Existenz am Betrieb. [...]

2. Duale Projekte (Sozio-kulturelle Initiativen)

Der Unterschied zu den selbstverwalteten Betrieben besteht darin, dass die Mitglieder von dualen Projekten wirtschaftlich nicht oder nur zum Teil abhängig sind. Ein Großteil der Projekte im sozio-kulturellen Bereich wird und will ohne staatliche (Teil-)Subventionen nicht arbeiten können. Die Folge wäre nämlich eine Ausgrenzung gegenüber sozialen Gruppen mit geringen Einkommen. Typisch sind Food-Coops, Kulturzeitungen, Verlage, Selbsthilfegruppen, Kinderläden, Kulturläden, Ausländerinitiativen, in denen die Mitarbeiter durch den (Ehe-) Partner, Umlagen, Spenden oder staatliche Transfereinkommen finanziert werden. Manchmal gelingt es auch, im Rahmen einer von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) ursprünglich unbezahlte Arbeit zu entlohnen. Duale Projekte können im Falle einer Förderung einen Zuschuss vom Netzwerk erwarten, da ihnen eine Rückzahlung in der Regel nicht möglich sein wird.

3. Politische Projekte

Bürgerinitiativen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Gruppen, Komitees gegen Volkszählung oder Initiativen wie „Bürger beobachten die Polizei" können sowohl professionell als auch im dualen Projektsektor tätig sein. Entsprechend fällt die Förderung beim Netzwerk entweder als Zuschuss oder Darlehen aus.

Neben der finanziellen Unterstützung geben die Beratungsgruppen im Netzwerk Hilfestellung bei der Gründung von Projekten. Sie informieren über die projektgerechte Rechtsform, wissen über die Anforderungen von Finanzämtern Bescheid; Gewerbeaufsicht und Industrie- und Handelskammern sind ihnen nicht fremd. Sie zeigen ferner auch konventionelle Wege der Finanzierung auf und bieten Kurse in Betriebsführung, Buchhaltung und Marketing an. [...]

Mit all den Aktivitäten und Zuständigkeiten ist Netzwerk zwar immer noch verknüpfendes Dach für die Betriebe- und Projekteszene, jedoch zugleich ein Projekt mit Eigenleben. Auch wenn viele Aktivisten im und um Netzwerk-Institutionen gegenüber eine skeptische Einstellung haben, so ist Netzwerk mit den Jahren eine Institution geworden, wenn auch eine alternative, die gleichermaßen ins Kreuzfeuer der Kritik von Förderern und Nutznießern gerät. [...]

Die erste Generation von Projektegründern bis Ende der siebziger Jahre war überwiegend politisch motiviert. Im Hier und Jetzt sollten durch praktische Beispiele Alternativen gelebt werden. Angestellte, Beamte und Arbeiter kündigten fremdbestimmte Lohnarbeit in Fabrik, Büro und Verwaltung auf oder setzten sich einer abhängigen Beschäftigung erst gar nicht aus, sondern gaben ihre bürgerlichen Berufe/Existenzen auf und wagten, wenn auch experimentell, solidarische, ganzheitliche Arbeits- und Lebensformen. Das Spektrum war [...] vielfältig und reichte vom Bio-Bauernhof über den politischen Buchladen bis zum Elektroniker-Kollektiv, das Sonnenkollektoren entwickelte. [...]

Jürgen Sosna, „Netzwerk-Selbsthilfe: Eine Idee koordinierender Projektarbeit verändert sich", in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987, S. 204 ff.

den Risiken infolge der Ambivalenz technischen Fortschritts sei das alle Menschen gleich betreffende Hauptproblem der Gegenwart. Zu den Folgen des technischen Fortschritts zählen Beck zufolge allerdings nicht nur die vielfältigen gesundheitlichen Gefahren, sondern auch die vom Arbeitsmarkt erzwungene „Flexibilisierung", zunehmende Brüche in den Erwerbsbiographien und allgemein die Erosion von Sozialstrukturen. Zusammengefasst wurden solche Tendenzen im Begriff der „Individualisierung", und der „Single" gilt als Signatur einer neuen Stufe der Moderne.

Während Beck mit dem Begriff der „Risikogesellschaft" den Zusammenhang von volkwirtschaftlichen und sozialstrukturellen Entwicklungen mit der neuen – massenmedial vermittelten – ökologischen Sensibilität thematisierte, wurde kurz darauf von dem Soziologen Gerhard Schulze ein weiterer Begriff zur Charakterisierung der Gegenwart vorgeschlagen: die „Erlebnisgesellschaft". Nicht mehr das materielle Überleben, sondern das massenkulturelle Erleben präge demnach den Horizont der Menschen. Und dieses Erleben werde in einem immer mehr verfeinerten Konsum gesucht.

Solche Versuche, neue gesellschaftliche Trends auf einen einzigen begrifflichen Nenner zu bringen, müssen notwendig defizitär bleiben. Vor allem werden weiter bestehende Muster etwa des Arbeitslebens oder des Wohnens und der Freizeit weitgehend ausgeblendet, ebenso wie die erwähnten Tendenzen sozialer Ungleichheit und „neuer Armut". Aber der Begriff der „Erlebnisgesellschaft" beleuchtet doch treffend die qualitativ gestiegenen Möglichkeiten des Konsums – nicht zuletzt des Medienkonsums – und damit einhergehende Veränderungen von Mentalitäten und Werthaltungen. Auch die in den siebziger und achtziger Jahren deutlich ansteigende Bedeutung kommerzieller Werbung liefert dafür Indizien. Die Brutto-Werbeumsätze in den verschiedenen Medien beliefen sich 1973 noch auf etwa fünf Milliarden DM – bis 1987 hatten sie sich auf 33,4 Milliarden DM gesteigert.

Verschiedene soziologische Untersuchungen zeigen, dass die fraglose Akzeptanz traditioneller Normen – Wertschätzung von Arbeit, Pflichten, Disziplin und Leistung – seit dem Ende der sechziger Jahre immer stärker hinter dem Streben nach persönlicher Freiheit und Selbstentfaltung zurücktrat. Demoskopisch zu registrieren waren wachsende Ansprüche an den Staat, soziale Sicherheit und Sicherheit vor ökologischen Risiken zu gewährleisten. Hinzu kam ein nichtautoritäres Verständnis der Erziehung – zunehmend wurde die Einstellung vertreten, dass Kinder nicht repressiv zu behandeln, sondern in ihrer Selbstentfaltung zu fördern seien; konstatiert wurde außerdem eine wachsende Sensibilität bei der Beobachtung der Geschlechterverhältnisse. Zum einen wurde, im Einklang mit den Tendenzen etwa im Bildungswesen (vgl. Seite 36 f.), die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen infrage gestellt, zum anderen Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Orientierungen gefordert.

Inwieweit die genannten Trends des „Wertewandels" einen inneren Zusammenhang haben, ist bisher nicht endgültig geklärt, ebenso wenig wie ihre Verlängerung über die siebziger und achtziger Jahre hinaus. So wird in der Soziologie etwa darüber diskutiert, ob sich nicht in den neunziger Jahren bereits wieder eine Hinwendung zu traditionellen Werten beobachten lasse, etwa hinsichtlich erneuter Hochschätzung der Familie gerade bei Jugendlichen.

Als Indiz für die Ablösung traditioneller Pflichtwerte ist auch die Entwicklung der Kirchlichkeit anzusehen. Am Ende der „alten" Bundesrepublik (1988) waren zwar noch über 90 Prozent der Bevölkerung Mitglied einer Religionsgemeinschaft. Aber in einem kurzen Zeitraum von nur fünf Jahren (1968–1973) waren die Kirchenbesucherzahlen sprunghaft um etwa ein Drittel gesunken, während sich die Kirchenaustritte vervielfacht hatten. Zwischen 1972 und 1982 verließen circa 1,5 Millionen Protestanten ihre Kirche, bei den Katholiken etwa halb so viele Mitglieder. Seither sinkt der Anteil regelmäßiger Besucher von Gottesdiensten (1982 bei den Katholiken circa 32 Prozent, bei den Protestanten circa sechs Prozent) nur noch geringfügig, während der Austritt aus den Kirchen konjunkturellen Wellenbewegungen unterlag.

Insgesamt ist zu beobachten, dass die Kirchen weiter als rituelle Begleitung besonderer Lebensabschnitte (wie etwa Taufe, Kommunion/Konfirmation, Beerdigung, seltener Hochzeit) eine Rolle spielen, während sich die religiösen Überzeugungen zunehmend privatisieren. Von kirchlichen Glaubensangeboten wurde jeweils nur partiell Gebrauch gemacht.

Im Zusammenhang damit lässt sich eine Zunahme von freikirchlichen Gruppierungen und okkulten Sekten aller Art beobachten, ebenso wie ein gesteigertes Interesse am Buddhismus (die „Buddhistische Religionsgemeinschaft Deutschlands" wurde 1985 gegründet und zählte Anfang der neunziger Jahre 60000 Mitglieder). Die durch die türkische Bevölkerung bedingte Präsenz des Islam in der Bundesrepublik strahlt dagegen kaum auf die deutsche Bevölkerung aus.

Foto: dpa

Die amerikanische TV-Serie „Holocaust" löste eine umfassende Debatte über die Judenverfolgung im Dritten Reich aus. Die Filmfolgen über das Schicksal der jüdischen Familie Weiss (hier Meryl Streep als Inga Weiss) erreichten Einschaltquoten von über 30 Prozent.

Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit hatte sich bereits in den sechziger Jahren beträchtlich intensiviert. Die große Aufmerksamkeit für den Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 und für den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965, die Kritik an der Tätigkeit von ehemaligen Nationalsozialisten in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und an den Universitäten war ein Thema der jugendlichen Protestbewegung gewesen und hatte hohe Medienaufmerksamkeit erlangt. Allerdings hatte es in der akademischen Szene Ende der sechziger Jahre eine zunehmende Tendenz gegeben, nicht mehr über das „Dritte Reich", sondern allgemein über Faschismus zu sprechen und diesen sehr abstrakt als diktatorisches System im Interesse des Kapitals aufzufassen.

In den frühen siebziger Jahren wandte sich das öffentliche Interesse demgegenüber wieder stärker den personellen Trägern des NS-Regimes und allgemein subjekti-

ven Faktoren zu. So gab es eine regelrechte „Hitler-Welle", die zugleich anzeigte, dass nun endgültig die Kulturindustrie sich des Themas der NS-Vergangenheit zu unterhaltenden Zwecken angenommen hatte. Seit März 1974 wurde etwa mit einer hohen Auflage die Zeitschrift „Das Dritte Reich" im Bahnhofsbuchhandel angeboten. Die Verfilmung der Hitler-Biographie von Joachim C. Fest (1973) markierte einen visuellen Höhepunkt.

Eine weitere Filmproduktion wird bisweilen als Zäsur für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik genannt – die 1979 erstmals von den Dritten Programmen der ARD ausgestrahlte US-Serie „Holocaust" mit Einschaltquoten von über 30 Prozent. Zum ersten Mal wurde danach die Vernichtung der europäischen Juden als zentrales Charakteristikum des „Dritten Reiches" in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert.

Die massenmediale Thematisierung des „Dritten Reiches" ist nicht schon mit historischer Aufklärung zu verwechseln, schuf aber ein öffentliches Klima, in dem in den achtziger Jahren die Diskussion um das Verhalten der deutschen Gesellschaft, die Zustimmung professioneller Eliten zum Nationalsozialismus, auf breiter publizistischer Basis geführt wurde. Juristen, Mediziner, Soziologen, Germanisten und Politologen untersuchten die Rolle ihrer Berufsgruppen in der Zeit des NS-Regimes. Die meisten der dabei genannten Personen lebten mittlerweile nicht mehr oder hochbetagt im Ruhestand. Einer der letzten spektakulären Fälle, der eine aktive Persönlichkeit des politischen Lebens betraf, war der durch die öffentliche Kritik erzwungene Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (1978), der als Marinerichter noch nach der deutschen Kapitulation Todesurteile unterzeichnet hatte und deshalb zumindest als moralisch belastet galt.

Der genauere Blick auf das „Dritte Reich" beschränkte sich nicht auf prominente Täter und zentrale Eliten. Im Zeichen einer Hinwendung zur Alltagsgeschichte wurde nach dem Motto „Grabe, wo Du stehst!" das lokale Geschehen während dieser Zeit entdeckt, die Verfolgung von Juden, die Bereicherung von Geschäftsleuten durch Arisierung, das Schicksal politisch Oppositioneller, die korrupte Verstrickung bürgerlicher Honoratioren in das Regime und Beispiele von Zivilcourage und Resistenz. Eine Vielzahl von „Geschichtswerkstätten" engagierte sich in dieser Erinnerungsarbeit. Es bildeten sich Initiativen zur Benennung von Straßen, Schulen und Universitäten nach Opfern und Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus, und an den Schülerwettbewerben um den Preis des Bundespräsidenten 1980/81 und 1982/83 über den „Alltag im Nationalsozialismus" nahmen fast 20 000 Jugendliche teil. Anfeindungen mancherorts in der Provinz, wo die Aufdeckung der lokalen NS-Vergangenheit den kommunalen Frie-

Weizsäcker: 8. Mai ist „Tag der Befreiung"

Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.

Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Es ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang. […]

Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. […]

Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit. […]

Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Hass Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. […]

Gewiss, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.

Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mussten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Hass. […] Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben.

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. […]

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. […] Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. […]

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.

Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden.

Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren.

Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass […]. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. […]

Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor dem Bundestag am 8. Mai 1985, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 52 vom 9. Mai 1985, S. 441 ff.

den störte, trafen nun auf eine wache publizistische Öffentlichkeit.

Immerhin ergaben Erhebungen Anfang der achtziger Jahre („Sinus-Studie" 1981), dass ungeachtet aller aufklärerischen Bemühungen ein Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zumindest latent antidemokratisch und autoritär eingestellt war. Dies führte ebenso zu besorgten Reaktionen wie das Auftreten von rechtsradikalen Jugendgruppen – denen von großen Illustrierten Raum zur Selbstdarstellung gegeben wurde.

Als stilsicher zeigte sich in diesen Jahren Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Im Vorfeld des vierzigsten Jahrestages des Kriegsendes tobte in den Feuilletons ein Streit darüber, ob das deutsche Volk am 8. Mai 1945 befreit worden sei. Schließlich, so wurde eingewandt, verbinde sich mit diesem Datum auch der Zusammenbruch des Deutschen Reiches, die Aufhebung der nationalen Einheit und neues Leid für Vertriebene, Flüchtlinge und die Menschen im sowjetisch besetzten Teil des Landes. In seiner Rede am 8. Mai 1985 betonte Weizsäcker dagegen eingangs, das Kriegsende habe zeitgenössisch sehr unterschiedliche Empfindungen auslösen müssen. Objektiv aber sei es ein „Tag der Befreiung" gewesen; und neben den traditionell geehrten Opfergruppen gedachte der Bundespräsident des „Widerstandes der Kommunisten" wie auch der „ermordeten Sinti und Roma" und der „getöteten Homosexuellen". Mit dieser Ehrung bisher ausgegrenzter und stigmatisierter Opfergruppen wurde die politische Integration der westdeutschen Gesellschaft gewissermaßen abgeschlossen. Im selben Jahr wurde auch die so genannte „Auschwitz-Lüge", das heißt die Leugnung oder Verharmlosung des NS-Völkermords, unter Strafandrohung gestellt.

Historikerstreit

Dass solche Akte aber keinen Abschluss der von politischen Gegenwartsinteressen bestimmten historischen Interpretation der NS-Vergangenheit bedeuten konnten, zeigte sich schon in dem kurz darauf entflammten so genannten Historikerstreit. Dessen Ausgangspunkt war die suggestive Frage des Historikers Ernst Nolte, ob die Nationalsozialisten „eine ‚asiatische' Tat vielleicht deshalb" vollbracht hatten, „weil sie sich und ihresgleichen als potenzielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen' Tat betrachteten", und er meinte, dass bei Voraussetzung dieser Prämisse der Archipel GULAG „ursprünglicher" sei als Auschwitz, der „‚Klassenmord' der Bolschewiki (als) das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords' der Nationalsozialisten" angesehen werden müsse. Diese spekulative These, die letztlich den Holocaust als – allerdings verfehlten – bürgerlichen Angstreflex auf die kommunistische Bedrohung ausgab, rief erheblichen Protest hervor. Die nach einem Artikel von Jürgen Habermas in der Wochenzeitung „Die Zeit" über apologetische Tendenzen der deutschen Zeitgeschichtsschreibung einsetzenden heftigen Debatten kreisten anfangs vor allem um die Frage der „Singularität" des Holocaust. Bald kamen aber auch andere Themen hinzu – etwa die Behauptung, der deutsche Überfall auf die Sowjetunion sei tatsächlich ein Präventivschlag gewesen. Sehr deutlich zeigte sich am Ende der achtziger Jahre, dass die Intensität der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich", obwohl es zeitlich immer weiter zurücklag, stetig zunahm.

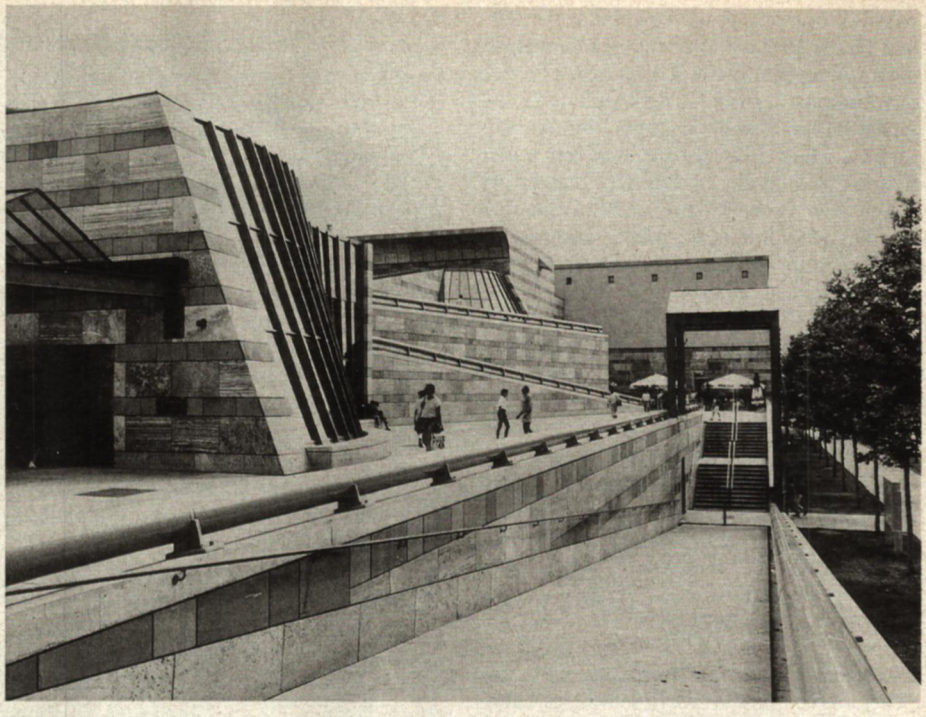


Foto: ullstein bild

Stuttgarts „Neue Nationalgalerie" von 1986 gilt als typischer Bau der Postmoderne.

Kulturelle Trends

Die Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft, verbunden mit der weiteren Erosion traditioneller Milieus, der sozialen Individualisierung und dem einhergehenden „Wertewandel", zeitgeschichtlich konkret aber auch die mit dem Symbol der Ölkrise verbundene Veränderung des öffentlichen Großklimas – von der ökonomischen Zukunftsgewissheit zum ökologischen Krisenbewusstsein – drückten sich in den kulturellen Trends der siebziger und achtziger Jahre sinnfällig aus.

In der Stadtplanung und Architektur kam es zu einem bedeutsamen Paradigmenwechsel. Die Phase der Stadterweiterung, die zu Beginn der siebziger Jahre in groß dimensionierten Hochhaussiedlungen auf der „grünen Wiese" einen spektakulären Höhepunkt erlebt hatte, wurde im Denkmalschutzjahr 1973 in der Öffentlichkeit bereits als seelenlose Container-Architektur heftig kritisiert. Dagegen kam es zur Wiederentdeckung und Aufwertung der urbanen Qualitäten von innenstadtnahen Bezirken, von Arbeitersiedlungen des 19. Jahrhunderts ebenso wie von bürgerlichen Vierteln der Jahrhundertwende. Nicht mehr die Überwindung der historischen Stadt durch „Kahlschlagsanierung", also eine völlige Neubebauung, wie in den fünfziger und sechziger Jahren, sondern ihre behutsame Wiederherstellung wurde nun von zahlreichen Bürgerinitiativen gefordert. Einige Bundesländer erließen in den siebziger Jahren neue Denkmalschutzgesetze.

Seit dem Ende jenes Jahrzehnts entwickelte sich eine Debatte um das „postmoderne" Bauen. Die Postmoderne richtete sich vor allem gegen die gestaltungsarme zeitgenössische Architektur; abgelehnt wurde deren phantasieloser Funktionalismus – stattdessen sollte spielerisch auch mit den Elementen vergangener Stile umgegangen werden, etwa mit dem von der modernen Architektur zuvor einhellig abgelehnten „Historismus" der Jahrhundertwende. Häuser sollten wieder Zierelemente haben und Rundungen aufweisen dürfen. Vor allem an der Büroarchitektur der achtziger Jahre, aber auch an Projekten „ökologischen Bauens" lassen sich entsprechende Stilelemente entdecken.

Der Begriff der „Postmoderne" verbreitete sich über die Architekturdebatten hinaus zu einem Modewort in den kulturellen Diskursen der späten („alten") Bundesrepublik, dessen Inhalt vielfältig schillerte und diffus blieb. Konservativ getönte Abgesänge auf die Moderne vermischten sich mit Visionen einer radikalisierten Moderne, die eben durch die bereits geschilderten gesellschaftlichen Trends der Individualisierung und Pluralisierung charakterisiert sein sollte. Ästhetische Qualitäten wurden dabei wieder über das gesellschaftspolitische Engagement gestellt. Peter Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft" (1983), das sich gegen den zweckrationalen Herrschaftsanspruch der klassischen Philosophie wandte, wurde zum Kultbuch der intellektuellen Szene.

Sinnliches und Übersinnliches, Spirituelles und Kulturkritisch-Ökologisches mischten sich in einer kulturellen Tendenzwende, welche unter dem Signum eines „New Age" einigen Einfluss vor allem in der Jugend gewann.

In der Literatur und anderen Bereichen der Kunst und Kultur waren die siebziger und achtziger Jahre gekennzeichnet durch ein Abflauen der fundamentalen Politisierung der späten sechziger Jahre. In der Öffentlichkeit wurde viel von „neuer Subjektivität", individuellem „Erfahrungshunger" und von der „Wiederkehr des Poetischen" gesprochen. Ein Tendenzwechsel – von Dokumentarismus und Gesellschaftskritik zu „neuer Subjektivität" – ging hier zum Teil einher mit Kritik und Skepsis angesichts einer als kalt empfundenen Rationalität und einer Aufwertung irrationaler Sichtweisen. Solche Tendenzen zeigten sich etwa in einer explizit die weibliche Subjektivität betonenden „Frauenliteratur", die Bestseller-Erfolge aufwies, oder im erfolgreichen Genre der „Fantasy"-Romane, die in Märchen- und Traumwelten führten, wie zum Beispiel John Ronald Tolkiens „Der Herr der Ringe" (1972 zum ersten Mal auf deutsch erschienen) oder Michael Endes „Unendliche Geschichte" (1979).

Allerdings pluralisierte sich der literarische Markt weiter, sodass es immer schwieriger wurde, von Tendenzen literarischer Öffentlichkeit umstandslos auf die reale Lektüre zu schließen. Diese wurde nach wie vor geprägt von einem Nebeneinander des Interesses an Klassik, moderner Klassik – 1975 wurde das Thomas-Mann-Gedenkjahr begangen – und neuer Prosa und Lyrik sehr verschiedener Inhalte und Stile. Ähnliches ließe sich für andere Bereiche der Kunst feststellen. Der größte Theater-Skandal dieses Jahrzehnts wurde durch den Versuch heraufbeschworen, in Frankfurt am Main Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" aufzuführen; Demonstrationen, die gegen antisemitische Tendenzen protestierten, verhinderten die Uraufführung.

Schwierig ist eine Aussage über Tendenzen in der Unterhaltungsmusik. Sie war nun nicht mehr – wie noch in den sechziger Jahren – abgrenzendes Markenzeichen von Jugendlichen gegen die Erwachsenenwelt. Allerdings betraf das vor allem die Oberfläche der von den elektronischen Medien verbreiteten Musik. Hier waren die aufrührerischen und psychodelischen Klänge (etwa der amerikanischen Westküste) von eingängigen Melodien (etwa Boney M. oder Abba) weitgehend verdrängt worden. „Saturday Night Fever" (1978) mit John Travolta wurde zum Kultfilm der Disco-Jugend, 1983 begann der kometenhafte Aufstieg Michael Jacksons in den Hitparaden. Neu war seit jener Zeit auch der Einsatz von Video-Clips.

Allerdings entwickelte sich neben der Tendenz zur Kommerzialisierung und immer perfekteren Performance in den siebziger Jahren auch eine spezifisch heimische Rockmusik (ein paralleles Phänomen gab es in der DDR) mit deutschen Texten, die zum Teil politischen Protest und gewisse lyrische Qualitäten vereinten (zum Beispiel Udo Lindenberg, Ton Steine Scherben). Um 1980 erlebten die Großstädte eine Blüte von Punk-Bands, die wiederum häufig – wie schon die Popmusik der sechziger Jahre – von britischen Strömungen beeinflusst waren.

Gerade in der Kulturszene intensivierte sich seit der Mitte der siebziger Jahre die deutsch-deutsche Kommunikation. Im Hamburger Schauspielhaus inszenierten die Ostberliner Regisseure Manfred Karge und Matthias Langhoff Stücke von Heinrich Kleist und Bertolt Brecht (1978), Heiner Müller in Bochum sein eigenes Stück „Der Auftrag" (1982), Alexander Lang in München Stücke von Jean Racine und Kleist (1987).

Viel gelesen wurden nach wie vor bekannte Autorinnen und Autoren aus der DDR, etwa Christa Wolf, Volker Braun oder Christoph Hein; einige der Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann ebenfalls in den Westen gingen, darunter Reiner Kunze, Sarah Kirsch und Günter Kunert, hielten weiterhin Kontakt zu ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen aufrecht.

Große mediale Aufmerksamkeit erzielte 1981 die „Berliner Begegnung zur Friedensförderung", ein Treffen von west- und ostdeutschen Schriftstellerinnen und Schriftstellern, das auf Einladung des DDR-Autors Stefan Hermlin und der Ostberliner Akademie der Künste stattfand. Über den Anlass hinaus – ein Appell zur Abrüstung angesichts der neuerlichen Blockkonfrontation – schienen hier gesamtdeutsche Bindungen auf.

Gesellschaft und Alltag in der DDR

Günther Heydemann

Auch in der DDR der Honecker-Ära ist das Leben und Arbeiten der Menschen von Grunddeterminanten wie etwa Geschlecht, Alter, gesundheitlichem Zustand, intellektuellen und praktischen Fähigkeiten bestimmt worden. Abhängig von diesen individuell oft sehr unterschiedlichen Voraussetzungen wurde der Alltag darüber hinaus vom politischen und wirtschaftlichen System des „real existierenden Sozialismus" dieser Jahre geprägt, in das die Menschen eingebunden waren.

Ideologischer Anspruch

Die politische Herrschaftsstruktur der DDR ist in diesem Zusammenhang als „moderne Diktatur" (Jürgen Kocka) bezeichnet worden. Demnach war Herrschaft einerseits durch den fortwährenden Anspruch der SED gekennzeichnet, auf der Grundlage einer umfassenden, einzig „richtigen" Weltanschauung in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen über die alleinige Entscheidungskompetenz zu verfügen. Andererseits hat die Partei mittels moderner Medien sowie über Bildungsinstitutionen und Massenorganisationen einschließlich entsprechender Überwachung permanent versucht, die Gesellschaft von der Richtigkeit dieser Ideologie und ihrer daraus „notwendig" resultierenden Führung zu überzeugen – und wenn nötig, auch zu deren Akzeptanz zu zwingen. Nicht zu Unrecht ist deshalb von der DDR auch als einer „Erziehungsdiktatur" gesprochen worden. Diese umfassende Zielsetzung bedingte auch die (Um-)Erziehung jedes Einzelnen, da auf der Grundlage des Sozialismus eine neue Gesellschaft entstehen sollte. Über die traditionellen Erziehungs- und (Aus-)Bildungsinstitutionen wie Kindergarten, Schule, Lehrwerkstätten oder Universitäten hinaus waren die Menschen deshalb diesem politisch-ideologischen Anspruch ausgesetzt, der zum Teil bis ins Privatleben hineinwirkte.

Sehr viel stärker als in der Bundesrepublik waren die gesellschaftlichen Bedingungen der DDR daher mit dem politischen System verknüpft. Die Reaktionen hierauf waren unterschiedlich. Nach dem Bau der Mauer 1961 hatte sich die große Mehrheit der Bevölkerung auf das Regime einlassen und sich mit ihm arrangieren müssen. Im täglichen Leben kam es daher immer wieder zu Situationen, in denen man sich zum Nachsprechen von politisch-ideologischen (Leer-)Formeln gezwungen sah, da andernfalls kein sozialer Aufstieg, kein Erreichen von einigermaßen befriedigenden Berufspositionen möglich war. Dieser häufig unvermeidlichen Doppelzüngigkeit lag fortwährend die Unterscheidung zwischen propagierter, politisch-ideologischer Fiktion einerseits und der erlebten, täglich erfahrenen Realität andererseits zugrunde.

Neben diesem Verhalten einer breiten Mehrheit gab es aber auch das aktive Mitmachen einer Minderheit überzeugter Parteigänger wie es ebenso die Verweigerung und den Widerstand Einzelner bzw. einzelner Gruppen gegeben hat, wobei Letztere meist den unterschiedlichsten Repressionen ausgesetzt waren und dies mit persönlichen und individuellen Nachteilen zu bezahlen hatten.

Bedeutung der Betriebe

Ein weiterer Prägungsfaktor für die Menschen in der DDR entstand aus den spezifischen Strukturen, Organisationsformen und nicht zuletzt Anforderungen einer sozialistischen Industriegesellschaft. Sie ist deshalb in der Forschung auch als eine besondere Form der „Arbeitsgesellschaft" (Martin Kohli) bezeichnet worden. Denn einerseits vollzog sich die Arbeit als Hauptbeschäftigung der DDR-Bürger unter den Bedingungen einer zentralen Planverwaltungswirtschaft; immer wieder wurden die Beschäftigten mit Organisationsproblemen, fehlendem Material und Maschinenverschleiß konfrontiert. Andererseits besaßen die Betriebe, in denen die überwiegende Mehrheit arbeitete, über den Ort der rein technisch-ökonomischen Produktion von Waren und Gütern auch die „Funktion als Versorgungs-, Bildungs- und Gesellungsort, als Ressource für viele andere Lebensbereiche und als Zentrum des politischen Lebens" (Evemarie Badstübner, S. 668). Da es keine betriebliche Mitbestimmung gab, wurden die Brigaden teils zu Netzwerken enger, sozialer Beziehungen, die über das übliche Maß von industriellen Arbeitsbeziehungen hinausgingen, teils zu Austragungsorten von Arbeits- und persönlichen Konflikten innerhalb des „Kollektivs", teils zu Verteilungsstationen betrieblicher Sozialleistungen, in denen unter anderem über das Wann, Wo und Wie des Jahresurlaubs entschieden wurde.

Diese im Vergleich zur Bundesrepublik erheblich größere und gesellschaftlich-sozial umfassendere Bedeutung der Betriebe in der DDR hatte beträchtliche Auswirkungen auf Arbeitsgruppen und Individuen. Sie wurde noch verstärkt durch eine „arbeitszentrierte Ideologie" seitens Partei und Staat, in der menschliche Arbeit eine besondere, in der Propaganda permanent hervorgehobene Wertschätzung erfuhr. Aus dem Anspruch heraus, dass sich die SED als Vorhut der Arbeiterklasse verstand und damit letztlich aller Werktätigen, suchte die Partei ihre Führungsposition für die gesamte DDR-Gesellschaft zusätzlich zu legitimieren.

Hinzu kam ein dritter Faktor: Der angestrebten sozialistischen Gesellschaft lag ein aus der marxistisch-leninistischen Ideologie resultierendes, egalitär ausgerichtetes Modell zugrunde. Danach war die Partei langfristig bestrebt, durch konkrete gesellschaftspolitische Maßnahmen nach wie vor bestehende soziale Unterschiede und Ungleichheiten in der DDR im Hinblick auf die Schaffung einer tatsächlich sozialistischen Gesellschaft zu beseitigen, etwa durch eine schrittweise Anpassung von Löhnen und Gehältern oder die Zuteilung von Wohnraum. Obgleich es nicht gelang, dieses egalitäre Modell durchzusetzen, waren in der DDR-Gesellschaft doch Tendenzen einer „sozialen Entdifferenzierung" (Sigrid Meuschel) zu erkennen; zumindest ist es in Ansätzen zu einer gewissen Nivellierung etwa zwischen Angehörigen der „Intelligenz" aus akademischen Berufen und der Arbeiterschaft gekommen.

Kontrolle und Überwachung

Trotz der von der SED fortwährend angestrebten „Durchherrschung" der Gesellschaft in der DDR und ihrer Kontrolle und Überwachung durch ein massiv ausgebautes, weit verzweigtes Bespitzelungssystem gelang es ihr jedoch nie, die Menschen vollständig zu beherrschen. Bei aller versuchten politisch-ideologischen Beeinflussung – auch und nicht zuletzt gerade deswegen! – traf diese bei einer breiten Mehrheit von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern auf den ausgeprägten, häufig nicht einmal besonders reflektierten Willen, sich dem überall gegenwärtigen politisch-ideologischen Anspruch der Partei möglichst zu entziehen. So verkörperte der ebenso überall zum Vorschein kommende „Eigensinn" (Alf Lüdtke) der Menschen und damit der Gesellschaft gleichsam ein Widerlager, an dem sich die Intentionen der SED und ihrer Massenorganisationen letztlich brachen.

Vor diesem weit gespannten Hintergrund ist das Leben in der DDR, der Alltag der Menschen zu sehen: Arbeit und Freizeit, Versorgung und Urlaub, Wohnung und Kleidung, Essen und Trinken, Sexualität, individuelles und kollektives Sozialverhalten als Elemente des täglichen Lebens bildeten ein eigenes Ganzes und konnten doch gleichzeitig individuell höchst unterschiedlich sein. Insgesamt war das „ganz normale Leben" jedoch, erheblich stärker als etwa in der Bundesrepublik, den besonderen Bedingungen des Herrschafts- und Wirtschaftssystems im real existierenden Sozialismus unterworfen.

Ohne Anspruch auf umfassende Repräsentativität suchen die folgenden Beispiele charakteristische Begebenheiten des Alltags in der DDR wiederzugeben.

Foto: ullstein bild

Werktätige 1974 in der Kantine des Kali- und Steinsalzbetriebes in Staßfurt bei Magdeburg.

Fabrikarbeit

Vor allem im Arbeitsprozess kam der Widerspruch zwischen Schein und Sein, Anspruch und Wirklichkeit, ständig propagierter Überlegenheit der zentralen Planwirtschaft und tagtäglich erfahrener Realität der Arbeitenden in den Betrieben zum Ausdruck. Denn mit Beginn der achtziger Jahre gelang es den meisten Werksleitungen kaum mehr, die Belegschaft kontinuierlich mit Rohstoffen, Material und Ersatzteilen zu versorgen; hinzu kam, dass bereits zu diesem Zeitpunkt nahezu zwei Drittel der verwendeten Maschinen längst verschlissen waren und eigentlich hätten ersetzt werden müssen. Insofern fiel es den Arbeitsbrigaden zunehmend schwer, die Produktion überhaupt aufrecht zu halten.

Symptomatisch für diese in den letzten Jahren der DDR vorherrschenden Zustände ist etwa die Aufzeichnung aus einem Brigadetagebuch einer Filmfabrik in Wolfen: „Dezember '83 – der Monat Dezember hat uns arbeitsmäßig viel Ärger bereitet. Jedes Mal hat unsere Schicht Ausfälle

Foto: ullstein bild

Warteschlange vor einem Laden mit Obst und Gemüse in Bitterfeld 1989.

zu verzeichnen. Am 3. 12. verzeichneten wir vom Motor von Kneter II einen totalen Kurzschluss. Er war gerade erst geschüttet worden. Bis 5.00 Uhr bemühten sich Elektriker, Schlosser und wir. Am 9. 12. gab es keinen Ammoniak, am 11. 12. fehlte die Druckluft. Alle Anlagen standen von 12.45 Uhr bis 15.15 Uhr still." (zit. nach: Regina Bittner, Kolonien des Eigensinns, S. 54.) Dabei wuchs angesichts der stetig steigenden Verschuldung der DDR in den achtziger Jahren zugleich der Druck auf die Arbeitenden, die Produktion weiter zu steigern und das festgesetzte Plansoll nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen.

Versorgungslage

Parallel zur ständigen Verschlechterung der technischen wie materiellen Produktionsbedingungen kam es zu einer immer schwieriger werdenden Versorgungslage. Betriebsleitung und Brigaden konnten es Arbeitern und Angestellten daher kaum versagen, während der Arbeitszeit und laufenden Produktion einkaufen zu gehen, wenn es einmal irgendwo schwer erhältliche Waren gab. Ein Schichtleiter erinnert sich: „Das Problem war dann in den letzten Jahren, wo dann die Versorgung nicht mehr so war, dass die Frauen freitags mittags hinausgingen und sagten: Ich muss zum Fleischer gehen. Heute Abend gibt es nichts mehr. Da war die Pause rum und die waren noch nicht da. Naja, was sollte man zu den Leuten sagen. Man hat das übersehen." (zit. nach: Francesca Weil, Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit, S. 148.)

Das hierin zum Ausdruck kommende Verständnis entsprang nicht zuletzt der Solidarität von Menschen, die allesamt unter den Bedingungen einer „Mangelgesellschaft" standen, so weit sie nicht zu jener Gruppe privilegierter „Kader" aus Partei, MfS, Nationaler Volksarmee (NVA) oder den Massenorganisationen gehörten. Fast täglich hatte man sich darum zu bemühen, knappe, und nur selten erhältliche Waren und Gebrauchsgegenstände zu bekommen, entweder für den eigenen Gebrauch oder um diese wiederum für andere Erzeugnisse einzutauschen.

Auf der anderen Seite war praktisch die gesamte Warenpalette aus der Produktion des sonst verteufelten Westens über „Intershop-, Exquisit- und Delikatläden" zu erhalten, entweder zu „Westgeld" oder zu überhöhten DDR-Mark-Preisen. Allein zwischen 1977 und 1989 stieg der Umsatz der „Intershops" um 66 Prozent in D-Mark! Seit Mitte der siebziger Jahre zeigte sich der schleichende Verfall der DDR-Mark am fortwährend steigenden Schwarzmarktkurs gegenüber der D-Mark, die zunehmend zur heimlichen, „eigentlichen" Währung im SED-Staat wurde. Gleichzeitig führte dies bei einer breiten Mehrheit zur Abwertung und Geringschätzung DDR-eigener Produkte. Völliges Unverständnis erregte es, wenn etwa über den „Geschenkdienst- und Kleinexport GmbH Genex" hochwertige Produkte aus der Bundesrepublik bis hin zu Autos bezogen werden konnten – sofern man „Westverwandtschaft" hatte, auf einen Trabant in der DDR jedoch zwischen 12 und 15 Jahren nach Bestellung gewartet werden musste.

Briefe an Honecker

Die ständige Jagd nach Lebensmitteln und Gebrauchsgütern erzeugte eine steigende Frustration, die sich in Eingaben an die Behörden bzw. direkt an Honecker selbst entlud. Ein anonym gehaltenes Schreiben an ihn vom 21. Mai 1985 bringt dies unmissverständlich zum Ausdruck: „Bereits auf der mittleren Ebene, in größerem Ausmaß als auf der oberen Ebene, kennen die Funktionäre den tatsächlichen Zustand im Warenangebot nicht aus eigener Anschauung. Sie können ihn nicht kennen, weil sie zu der bevorzugten Kaste gehören, weil ihre Sonderläden tatsächlich keine solchen Lücken im Warenangebot aufweisen wie die Einkaufsläden für die allgemeine Bevölkerung. Diese Genossen können zu jeder Zeit auch jede im Bereich des normalen Bedarfs, ja des gehobenen Bedarfs liegende Ware kaufen, zum Beispiel Rindsrouladen und ähnliches. Das Schlimmste aber ist, wie mir von vertrauenswürdigen Genossen auf Kreis-, ja Bezirksebene im Laufe der letzten Jahre mehrfach versichert wurde, dass wahrheitsgemäße Berichte zur Versorgungslage auf bestimmten Warengebieten von ihren Vorgesetzten als „Schwarzmalerei" bezeichnet wurden und gestrichen werden mussten.

Warum sagen verantwortliche Genossen an der Spitze, warum sagst Du, lieber Erich, nicht einmal die Wahrheit zu diesen Dingen? Auch ich gehöre zu denen, die ein offenes Wort vertragen können. Jedoch das Nichtoffene, das Getue, und die Niederhaltung der Kritik anstelle des Bemühens um eine echte Lösung der Probleme, das vertragen unsere Menschen nicht. Wir wollen nicht wünschen, dass es einmal eine Kraftprobe gebe, wer hinter Dir und Deinen oben verantwortlichen Genossen stünde, das Ergebnis wäre bei weitem nicht so gut, wie es Dir selbst scheinen würde. […] Mit sozialistischem Gruß! Ein Getreuer." (Zit. nach: Monika Dertz-Schröder/ Jochen Staadt, S. 60 f.)

Wohnen

Ein gleich bleibend knappes Gut, das mit westlichen Devisen indes kaum zu erwerben war, stellte Wohnraum in der DDR dar. Bauliche Kriegsschäden waren häufig nicht oder nur unzureichend behoben worden, sodass angesichts mangelnder Instandsetzung Ende der siebziger Jahre ein enormer Verfall der Altbaubestände einsetzte. Ohnehin war in der DDR bis 1970 im Vergleich zur Bundesrepublik, gemessen an der Bevölkerungszahl, nur knapp die Hälfte an Wohnungen gebaut worden, wobei die tatsächlich geschaffene Wohnfläche pro Kopf wiederum nur einem Drittel des in Westdeutschland erstellten Wohnraums entsprach. Das mit Honeckers Amtsantritt unter großem Aufwand begonnene, die DDR-Wirtschaft aber überfordernde Wohnungsbauprogramm konnte zwar im Oktober 1988 die Fertigstellung der zweimillionsten Wohnung feiern, doch der zur Verfügung stehende Wohnraum blieb für die Bevölkerung insgesamt zu knapp. Mangelnde Reparaturen, und die Schwierigkeit, entsprechende Dienstleistungen zu bekommen, minderten die Wohnqualität und nicht zuletzt die Zufriedenheit mit der individuellen Wohnsituation.

Die Eingabe einer jungen Familie mit Kind an Staats- und Parteichef Erich

Honecker vom Juni 1986 ist für die mangelnde Instandhaltung alten Wohnungsbestands keineswegs untypisch: „Wir haben eine kleine Zwei-Raum-Wohnung und eine sehr kleine Küche mit Schrägdach. Wenn wir im Winter heizen, müssen wir unsere Frisierkommode auf den Flur stellen und dort regnet es auch durch. Wir haben uns schon bald die Hacken wund gelaufen und uns wurden bloß immer leere Versprechungen gemacht. Mein Mann arbeitet im Forstbetrieb N. und ich als Annahmesekretärin. Meine Schwiegermutter ist Heizerin in der Kinderkrippe W. Nach Feierabend müssen wir uns dann in einer Schüssel waschen. Denn eine Badewanne und eine Spültoilette kennen wir gar nicht. Wir möchten auch gerne in einer Badewanne liegen können, wie andere es auch haben. Und nachts nicht mehr zum Hof auf die Toilette gehen. Es wurde sogar schon zu uns gesagt, was wir bloß mit unserem Bad haben, wir sollten doch zufrieden sein mit dem, was wir haben." (Zit. nach: Dertz-Schröder/Staadt, S. 74 f.)

Freizeit

Ab Ende der sechziger Jahre begann sich auch in der DDR eine Freizeitkultur zu entwickeln, nachdem mit der sukzessiven Senkung der Arbeitszeit, der Einführung des arbeitsfreien Wochenendes und der Erhöhung des Mindesturlaubs ab 1979 auf 21 Tage die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen worden waren. Es hatte weniger mit kleinbürgerlicher Mentalität zu tun, wenn Datsche und Schrebergarten charakteristische Merkmale der DDR-Freizeitgesellschaft verkörperten. Tatsächlich wies der SED-Staat mit insgesamt 2,6 Millionen Wochenendgrundstücken und 855 000 Kleingärten die höchste Dichte an Gartengrundstücken in der Welt auf. Für diesen hohen Bedarf gab es durchaus triftige Gründe. So blieb „der unangefochtene Platz des Kleingartens im Alltag der DDR-Bürger ein Phänomen, das sich aus allerlei Defiziten und Nöten erklären lässt: Unwirtliche Städte und Wohngebiete, übermäßige Politisierung des öffentlichen Lebens, Belehrung allerorten, die den Leuten die Ohren verstopfte und sie hinter ihre Hecke flüchten ließ, Mängel in der Versorgung, die zur Selbsthilfe zwangen, Fehlen einer kommerzialisierten Freizeitkultur, die Alternativen geboten hätte" (Evemarie Badstübner, S. 379).

Urlaub und Reisen

Anfang der siebziger Jahre war auch die DDR zu einem Land des Massentourismus geworden – parallel zur jetzt einsetzenden Massenmotorisierung, wobei Reisen allerdings fast nur im Bereich der „sozialistischen Bruderstaaten" möglich waren. Freizeit und Urlaub waren eingebunden in die Zielstellung der SED, eine sozialistische Kulturgesellschaft zu schaffen, was allerdings nicht gelang. Entsprechend nahmen staatliche Institutionen, vor allem aber Betriebe und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), insbesondere bei der Zuteilung von entsprechenden Plätzen, in der Urlaubsplanung eine wichtige Rolle ein.

So vergaben der Feriendienst des FDGB im Jahr 1989 an der Ostsee, dem beliebtesten Urlaubsgebiet der DDR, 18 Prozent der „Erholungsplätze", die Betriebe 25 Prozent, und 26 Prozent stellten öffentliche Zeltplätze zur Verfügung. Damit wurden fast drei Viertel aller Erholungsplätze durch den Staat und die Betriebe vergeben. Die restlichen Plätze verteilten sich auf Privatquartiere sowie Zeltlager für Kinder und Jugendliche. Um den begehrten „Ferienscheck" zu bekommen, spielte beim Auswahlverfahren für die durchweg zu knappen Urlaubsplätze durch Betriebe und FDGB das politische sowie das Arbeitsverhalten durchaus eine Rolle, daneben die Zahl der Kinder sowie die Anzahl der bereits erhaltenen Ferienplätze.

Mitte der achtziger Jahre hatte die DDR mit 137 000 Betten und 1,9 Millionen Gästen die Höchstzahl an Übernachtungskapazität und -auslastung erreicht. Doch langte dies nie für den tatsächlichen Bedarf aus. Das gegenüber den staatlich subventionierten „Erholungsplätzen" teurere Camping verzeichnete in diesem Zeitraum einen stetigen Zuwachs; es erfreute sich auch deshalb ungebrochener Beliebtheit, weil es in politischer Hinsicht größeren Freiraum, weniger Reglementierung und damit mehr individuelle Freiheit bot.

Reisen in die Bundesrepublik waren bei Familienfesten und dem Tod von Verwandten für die DDR-Bürgerinnen und -Bürger unterhalb des Rentenalters nur als Einzelperson und nur auf Antrag möglich, wobei die Genehmigung oft sehr willkürlich erteilt wurde. Trotz dieser erneut „systembedingten" Eingrenzungen (im wahrsten Wortsinn) sowie Einschränkungen und Behinderungen des Reisens entwickelte sich die DDR in den siebziger und achtziger Jahren zum Land mit dem größten Massentourismus innerhalb des Ostblocks – mit einer für die Planwirtschaft allerdings zu hohen Finanzbelastung von rund zehn Prozent des Staatshaushalts.

Frauen

Die individuelle Verfügung über Freizeit ist auch in der DDR von großen Unterschieden zwischen den Geschlechtern geprägt geblieben. Trotz eines nahezu flächendeckenden Netzes von Kindergärten und -horten und sonstigen sozialpolitischen Einrichtungen verfügten Frauen aufgrund des Weiterbestehens traditioneller, geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen über durchschnittlich 30 bis 40 Prozent weniger Freizeit als Männer. Hinzu kam, dass die DDR die weltweit höchste Beschäftigungsquote von Frauen aufwies (91,3 Prozent im Stichjahr 1988). Aus dem Umstand, gleichzeitig Arbeiterin bzw. Angestellte, Mutter und Hausfrau zu sein, erwuchs eine starke Mehrfachbelastung.

Zwischen propagierter und teilweise realisierter Gleichberechtigung auf der einen Seite und tatsächlicher, individueller Lebenswirklichkeit auf der anderen Seite bestand eine Kluft, doch besaßen Frauen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR stärker die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hierzu trug die relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner bei, die sich für Frauen aus der eigenen Arbeitstätigkeit ergab. Primär bestimmten pragmatische Überlegungen und Handlungsweisen ihren Alltag. Entsprechend wurden Teilzeitarbeit oder niedriger bezahlte Arbeit – trotz häufig bestehender Besserqualifizierung – angenommen, um neben dem Beruf für die Familie sorgen zu können. „So hat sich für DDR-Frauen die Emanzipation, die zwar so nicht benannt wurde, anders als im Westen vollzogen, stiller, viel persönlicher und weniger bemerkbar" (Gerda Szepansky).

Erziehung und Schule

Mit der Zielsetzung, „allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeiten" heranzubilden, „die ihrem sozialistischen Vaterland treu ergeben sind", war es der SED sehr ernst. Diese Erziehung setzte bereits im Kleinkindstadium ein und

Gleichstellungsvorsprung von DDR-Frauen im Vergleich zu BRD-Frauen (achtziger Jahre)

Frauenanteil in Bildung, Beruf, Politik (Angaben in Prozent)	BRD	DDR
Studierende an Hochschulen (1989)	41	59
Promotionen (1988)	26	38
Habilitationen (1988)	9	15
Richter (1989)	18	50
Schuldirektoren (1988 bzw. 1982)	20	32
Gewerkschaftsmitglieder (1989 bzw. 1988)	25	53
Betriebsrat/BGL-Vorsitz (1986/1987)	21	50

Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 215.

Foto: ullstein bild

Eine Polizistin regelt den Straßenverkehr in der früheren DDR-Bezirkshauptstadt Dresden.

wurde in Kindergärten und Schulen durch Massenorganisationen wie die Jungen Pioniere und die FDJ flankiert, die paramilitärische Formen und Rituale praktizierten. Neben die ausgeprägte politisch-ideologische Erziehung trat aber auch die frühe Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf „sozialistische Arbeitsgewohnheiten", insbesondere durch den polytechnischen Unterricht. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutete dies zweierlei. „Richtiges" politisch-ideologisches Verhalten, verbunden mit entsprechenden Aktivitäten, konnte trotz schlechterer schulischer Leistungen durchaus persönliches Fortkommen sichern, während dies im umgekehrten Sinne nur ausnahmsweise und von Fall zu Fall galt; individuelle Berufswünsche hatten sich „ökonomischen Erfordernissen" unterzuordnen.

Jegliches Verhalten, das davon abwich, war zumeist mit persönlichen Belastungen, die bisweilen Diffamierungen gleichkamen und beträchtlichen Nachteilen, auch für die spätere berufliche Zukunft, verbunden. Hier die Aussage einer Mutter aus der Rückschau im Jahre 1990: „Als es später darum ging, ob die Kinder zur Erweiterten Oberschule und damit zum Abitur zugelassen werden, hatten wir Glück, weil sie von ihren Lehrern unterstützt wurden. Wir standen ja stets der Kirche nahe, die Kinder gehörten zur Jungen Gemeinde, und das ließ sich in der Schule nicht verheimlichen. Aber beide hatten glücklicherweise Spezialbegabungen und waren auch sonst recht gute Schüler [...]. Bei Sebastian waren es Mathematik und Physik und bei Susanne die Musik. Auch die Armee wurde für Sebastian nicht zum Problem, weil er gesundheitlich nicht gut beisammen war. Die Oberschule wurde allerdings zu einem einzigen Horror für Kinder und Eltern. Beide wurden in die Rolle von Einzelgängern gedrängt, weil sie von uns dazu erzogen worden waren, nicht nur ja zu sagen und alles nachzuplappern, und weil sie sich für bestimmte Sachen engagierten. Sie waren zwar in der FDJ, aber wenig aktiv. Es gab stets Ärger, wenn sich Susanne entschuldigte, weil sie in der Musikschule zu tun hatte. Sebastian hatte in der 11. Klasse einen Computer gebaut, der im Rahmen der Messe der Meister von morgen, der MMM Berlin, einen Preis erhielt. Der Krach mit der Schule ging jedoch so weit, dass er nicht einmal schulfrei bekam, um diesen Preis entgegenzunehmen. Als ob es den Lehrern Spaß gemacht hätte, den Kindern Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen. Jedes persönliche Engagement für irgendetwas war eben verdächtig" (zit. nach: Gisela Helwig, Die letzten Jahre der DDR, S. 23).

Insgesamt war die Politik der SED gegenüber der heranwachsenden Generation zwiespältig. Auf der einen Seite hielt sie beständig an einem Erziehungsanspruch fest, der durch Kindergarten, Schule, Junge Pioniere, FDJ und sonstige Einrichtungen bis hinein in die Diskothek verfolgt wurde, auf der anderen Seite war diese „Förderung der Jugend" durchweg von einem tiefen Misstrauen begleitet. Auf die Verteufelung des „Westeinflusses" (Abschneiden von langen Haaren, Verbot von Jeans, Ablehnung der Rockmusik etc.) noch in den siebziger Jahren folgte die Aufnahme einer eigenen Jeans-Produktion, die widerwillige Zulassung von Rockbands und die flächendeckende Einrichtung von Jugendklubs unter Aufsicht der FDJ. Das Verhalten der Jugendlichen war allerdings kaum weniger ambivalent. Bis Mitte der achtziger Jahre verhielten sie sich weitgehend staatsloyal, ab dann führte die wachsende Wirtschafts- und Versorgungskrise zu immer größerer Skepsis bezüglich der fortwährend propagierten „Überlegenheit des Sozialismus".

„Stasi"

Aus [...] Äußerungen wird deutlich, dass Mielke jede Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR, ja selbst jede Kritik an Fehlern und Missständen im Lande als feindliche Handlungen ansah, deren Ziele in der Beseitigung des Sozialismus in der DDR bestanden. Da Mielke und das MfS im Auftrag der Parteiführung der SED handelten, brachte er damit nicht nur seine persönliche Meinung, sondern die offizielle Staatspolitik zum Ausdruck. Zu keiner Zeit bestand in der DDR die Bereitschaft zu einem Dialog mit oppositionellen Kräften innerhalb der DDR, ganz im Gegenteil, das MfS wurde mit ihrer schonungslosen Bekämpfung beauftragt. Da sich nach dem Verständnis der SED-Führung oppositionelle Kräfte in der DDR fast ausschließlich nur aufgrund der politischen Beeinflussung von außen formieren konnten, galt es zu verhindern, dass solche Einflüsse wie etwa durch Städtepartnerschaften wirksam werden konnten. [...]

Die flächendeckende Beobachtung und Bespitzelung in der DDR konnte [...] nur in enger Zusammenarbeit der Hauptabteilungen im Ministerium und der entsprechenden Abteilungen in den Bezirksverwaltungen mit den territorial organisierten Kreisdienststellen erreicht werden. Allein wären diese dazu aber mit den ihnen zur Verfügung stehenden hauptamtlichen Mitarbeitern nicht in der Lage gewesen. Deshalb mussten andere Institutionen und Einrichtungen mit einbezogen werden – was nach dem kommunistischen Verständnis einer einheitlich organisierten Macht, die alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilbereiche des Systems umfasste und dem Willen der Führung unterwarf, auch vollkommen selbstverständlich war. Und in der Tat gehörte das Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen, mit gesellschaftlichen Organisationen, mit Betrieben und Einrichtungen sowie deren Kaderabteilungen, mit den Staatsanwaltschaften, den Institutionen des Gesundheitswesens und den Örtlichen Räten im jeweiligen Verantwortungsgebiet zum Arbeitsprinzip aller MfS-Dienststellen. Das Ziel dieser engen Kooperation und Durchdringung war ein doppeltes: einerseits nutzten die Kreisdienststellen des MfS die Möglichkeiten der anderen Institutionen für die Lösung ihrer eigenen Aufgaben (zum Beispiel wenn sie bewirken oder verhindern wollten, dass jemand eine bestimmte berufliche Position erlangte), andererseits ging es ihnen darum, die Sicherheitspolitik der SED-Führung auf diese Weise in den anderen Organen und Einrichtungen durchzusetzen. [...]

David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 60 ff.

Foto: ullstein bild

Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes beobachteten den Eingang der Zionskirche nach einer Protestversammlung 1987. Die Stasi-Überwachung gehörte zum Alltag in der DDR.

Ministerium für Staatssicherheit

Die Allgegenwart des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der „Stasi", ist den meisten Bundesbürgern bis zur „Wende" von 1989/90 eher unbekannt geblieben, den Menschen in der DDR hingegen ist sie ständig bewusst gewesen. Ohne permanent in Erscheinung zu treten, stellte sie dennoch ein Element ihres Alltags dar. Die Anfang der siebziger Jahre einsetzende Entspannungspolitik, welche die SED-Führung zu einer gewissen Öffnung der DDR zwang, bedeutete für das MfS eine „außerordentliche Belastungsprobe" (Erich Mielke), da offen repressive Maßnahmen aus Gründen eines möglichen internationalen Reputationsverlustes tunlichst vermieden werden sollten.

Durch eine erhebliche Aufstockung des Personals, durch Verstärkung der Kontrolle sowie verfeinerte Methoden der Bespitzelung wurden die Aktivitäten der Staatssicherheit erhöht, um die Bevölkerung flächendeckend und zugleich präventiv überwachen zu können. Gleichzeitig blieben Gewaltanwendung, Freiheitsberaubung, Unterdrückung, Einschüchterung und andere Repressionen im Einzelfall nach wie vor weiter Praktiken des MfS. Ab Mitte der siebziger Jahre kam im Bevölkerungsdurchschnitt ein IM (Inoffizieller Mitarbeiter) auf 100 DDR-Bürgerinnen und -Bürger, insgesamt standen 1989 91 000 hauptamtliche und 173 000 Inoffizielle Mitarbeitende im Dienst des MfS.

Es ist sicherlich einsichtig, dass diese permanent im Hintergrund existierende – und falls notwendig – jederzeit in den Vordergrund stoßende Präsenz des MfS einschüchternd gewirkt hat. Die Folge war eine fortwährende Verunsicherung darüber, was man sagen durfte und mit wem man tatsächlich vertraulich sprechen konnte.

Jede Art von abweichendem Verhalten konnte dazu führen, in die Fänge der Stasi zu geraten. Ein Opfer des MfS berichtet: „Im Januar '86, da war ich 19½, stellte ich den Ausreiseantrag. Erst mal passierte gar nichts. Dann eine Aussprache im Betrieb. Dann wieder nichts. Wochenlang, monatelang diese Warterei [...]. Am 31. Mai 1988 wurde ich abgeholt. Frühmorgens im Betrieb warteten vier Herren. Hielten mir einen Ausweis unter die Nase und nahmen mich mit – zur „Klärung eines Sachverhalts". Plötzlich, im Auto, erkannte ich den einen: Anfang 20, der Anorak, die Frisur [...]. Den hatte ich am vorigen Wochenende gesehen! Mit meinen Eltern war ich in Berlin zum Einkaufen. Und dieser Typ saß mir auf der Rückfahrt gegenüber – im Platzkartenwagen! Jetzt ging es zur Bautzener Straße, Dresdens Stasi-U-Haft. Endlose Gänge und Treppen. Alles vergittert. Vernehmung den ganzen Tag. Wegen der kleinsten Einzelheiten wurde man stundenlang gelöchert. Und der Vernehmer drohte: „Wenn Sie nicht reden, haben wir noch andere Mittel!" Doch der totale Schock kam abends: „Sie haben Ihre Anzeigepflicht verletzt, dafür gibt es zwei bis fünf Jahre. Dazu geheime Nachrichtenübermittlung, das heißt zwei bis zwölf Jahre. Sie bleiben hier" (zit. nach Gisela Helwig, Die letzten Jahre der DDR, S. 120). Die junge Frau konnte erst nach zweieinhalbjähriger Haft am 8. März 1989 durch Freikauf in die Bundesrepublik übersiedeln.

Charakteristika

Die hier vorgestellten Beispiele nehmen nicht für sich in Anspruch, für *den* Alltag in der DDR durchweg repräsentativ gewesen zu sein; vielmehr illustrieren sie einige charakteristische Bedingungen und Probleme des täglichen Lebens und Arbeitens, mit denen sich Menschen im SED-Staat auseinander zu setzen hatten. Doch die angestrebte „Durchherrschung" der Gesellschaft durch die Partei konnte niemals völlig realisiert werden. Der Alltag, das wirkliche Leben in der DDR, entzog sich häufig dieser Zielsetzung und entsprach keineswegs dem immer wieder propagierten Bild. Nicht zuletzt gelang es der SED selbst auch nicht – und seit den achtziger Jahren zusehends weniger, die Überlegenheit des sozialistischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gegenüber dem „Westen" unter Beweis zu stellen. Individuelle Situationen und Verhältnisse konnten daher durchaus unterschiedlich sein; denn bewusst und unbewusst wurden Freiräume gesucht, um den fortwährenden Ansprüchen und Aufforderungen der Partei und der Massenorganisationen zu entgehen. Einzelfälle sind die angeführten Beispiele jedoch nicht gewesen.

Grundsätzlich dürfte gelten: „Alltag in der DDR war immer ein Alltag mit der Politik, in letzter Instanz mit der Politik der SED, aber auch mit den von dieser Politik abgeleiteten „Politiken" der von ihr beherrschten Staatsapparate, Betriebe und Massenorganisationen [...]. Das lässt sich sinnfällig an Entscheidungen, die die individuelle Lebensführung und damit den Alltag verändern und neu ausrichten, veranschaulichen: Heiraten und Kinderkriegen standen in enger Wechselwirkung mit Wohnungsvergabepolitiken, Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft hing von den staatlicherseits zur Verfügung gestellten Kinderbetreuungseinrichtungen ab, Bildungsmöglichkeiten waren mit politisch kodierten Klassenzugehörigkeiten und Loyalitätsbeweisen verknüpft, die Teilhabe an anderen materiellen Errungenschaften wie Ferienplätzen, Eintragungen in eine Warteliste für Autos etc. an die Mitgliedschaften in Massenorganisationen und so weiter. Der alltägliche Umgang mit den vom politischen Willen der SED und nicht nur den materiellen Möglichkeiten diktierten Konditionen für die Beschaffung und den Erwerb der Grundlagen für die eigene Lebensführung war eine Selbstverständlichkeit, eine Routine" (Deutscher Bundestag, S. 27 f.).

Literaturhinweise

Badstübner, Evemarie (Hg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, 2. Aufl. Berlin 2000.

Vornehmlich den Alltag in der DDR behandelnde, umfangreiche Aufsatzsammlung.

Benz, Wolfgang (Hg.): *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 4 Bde., Frankfurt am Main 1989, Bd. 1: 517 S., Bd. 2: 443 S., Bd. 3: 398 S., Bd. 4: 544 S.

Das ursprünglich (1983) drei-, danach aktualisierte und erweiterte vierbändige Werk enthält einige Dutzend Artikel zu verschiedenen Themen der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, die jeweils einen Abriss vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ende der achtziger Jahre geben. Sie enthalten eine Fülle von Informationen aus den im Aufbau und in den Gewichten sehr unterschiedlich konzipierten Beiträgen. Literaturhinweise, Zeittafeln, Personen-, Sach- und Ortsregister erhöhen den Gebrauchswert.

Bittner, Regina: *Kolonien des Eigensinns. Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion*, Frankfurt/New York 1998.

Darstellung und Analyse von „Arbeiterleben" in der DDR am Beispiel der Industriestandorte Bitterfeld und Wolfen.

Blumenwitz, Dieter: *Denk ich an Deutschland. Antworten auf die Deutsche Frage*, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1989.

Der Band enthält zahlreiche Dokumente betreffend die Deutsche Frage.

Borowsky, Peter: *Deutschland 1969–1982*, Hannover 1987 (2. Auflage 1989), 376 S.

Der Band gibt einen informativen Abriss über die Geschichte der Bundesrepublik in der Zeit der sozialliberalen Koalition und enthält auch ein Kapitel über die DDR im gleichen Zeitraum. Die Ost- und Deutschlandpolitik, die „Politik der inneren Reformen" und die wirtschaftliche Entwicklung werden ebenso geschildert wie auf knappem Raum die „Neuen gesellschaftlichen Bewegungen". Eine Übersicht über das Ergebnis der Bundes- und Landtagswahlen, die Zusammensetzung der Bundesregierungen, eine Zeittafel, Personen- und Sachregister ergänzen den nützlichen Band.

Conze, Eckart / Metzler, Gabriele (Hg.): *50 Jahre Bundesrepublik. Daten und Diskussionen.* Mit einem einleitenden Essay von Hans Mommsen, Stuttgart 1999, 510 S.

Der Band bietet zur Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik, zur Wirtschaft und Gesellschaft, zum kulturellen Leben und zur politischen Kultur jeweils einen Überblicksartikel, den Kommentar eines Politikers oder sonstiger Experten sowie Texte und Dokumente. Der mit einem ausführlichen Anhang von Statistiken und Registern versehene Band bezieht die siebziger und achtziger Jahre ausführlich mit ein und eignet sich gut für schulische Zwecke.

Dertz-Schröder, Monika / Staadt, Jochen (Hg.): *„Teurer Genosse!" Briefe an Honecker*, Berlin 1994.

Auszüge aus Eingaben an Honecker, in denen charakteristische Probleme und Sorgen des DDR-Alltags und deren Behandlung durch die SED zum Ausdruck kommen.

Deutscher Bundestag (Hg.): *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit"*, Bd. V.: *Alltagsleben in der DDR und den neuen Ländern*, Baden-Baden 1999.

Sammelband mit umfassenden Analysen zu gesellschaftlichem Verhalten und sozialen Problemen im Alltag der DDR vor und nach 1989/90.

Eppelmann, Rainer / Möller, Horst / Nooke, Günter / Wilms, Dorothee (Hg.): *Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*, 2. Aufl. Paderborn 1999.

Nach Stichworten gegliederte lexikalische Darstellung der wichtigsten Probleme und Sachfragen der Geschichte sowie des Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der SBZ/DDR.

Führ, Christoph / Furck, Karl-Ludwig (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. VI/1: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland*, München 1998, 694 S.

In den sehr informativen Artikeln über die Bildungspolitik, die Entwicklung in Familie, Kindheit und Jugend, Erziehungswissenschaft, Schulen und Hochschulen, Berufs- und Erwachsenenbildung und schließlich über den Zusammenhang von Medien- und Bildungsentwicklung werden die siebziger und achtziger Jahre zum Teil ausführlich, zum Teil als Ausblick einbezogen. Jeder Beitrag enthält ausführliche Hinweise zur Forschungsliteratur, im Anhang finden sich eine Überblicksbibliographie, Statistiken, Sach-, Namens- und Ortsregister.

Glaser, Hermann: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 3: Zwischen Protest und Anpassung. 1968–1989*, München 1989, 407 S.

Der Verfasser, der einen weiten Kulturbegriff zugrunde legt, gibt einen informativen Überblick mit zahlreichen aussagekräftigen Beispielen über Tendenzen der Kunst (Literatur, Musik, Bildende Kunst, Theater, Architektur) und Popularkultur, die im Zusammenhang mit der Veränderung der politischen Kultur und des intellektuellen Klimas der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Glastetter, Werner / Paulert, Rüdiger / Spörel, Ulrich: *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1980. Befunde, Aspekte, Hintergründe*, Frankfurt am Main 1983, S. 614.

Eine umfassende Darstellung der binnen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht; nicht einfach zu lesen, aber sehr materialreich.

Görtemaker, Manfred: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, 915 S.

Die sehr gut lesbare Gesamtdarstellung räumt der Zeit von der sozialliberalen Koalition, die sich für den Verfasser mit einer „Umgründung der Republik" verbindet, bis zum Ende der alten Bundesrepublik immerhin ein Viertel des Textes ein. Besonders das Regierungshandeln der siebziger Jahre wird ausführlich dargestellt, und ein eigenes Kapitel gilt dem „Zeitgeist im Wandel", worunter die Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft, die Neuen Sozialen Bewegungen und kulturellen Tendenzen abgehandelt werden.

Helwig, Gisela (Hg.): *Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle*, Köln 1995.

Aufsatzsammlung verschiedener Autorinnen und Autoren zu nahezu allen relevanten Sachthemen und Problemen der Geschichte der DDR.

dies. (Hg.): *Die letzten Jahre der DDR, Texte zum Alltagsleben*, Köln 1990.

Quellendokumente zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität der DDR in den achtziger Jahren.

Heydemann, Günther / Mai, Gunther / Müller, Werner (Hg.): *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999.

Umfassende Darstellung und Analyse der Revolution in der DDR 1989/90, insbesondere in den Regionen und Kommunen, einschließlich des sich anschließenden Transformationsprozesses in 31 Einzelbeiträgen mit Auswahlbiographie.

Jarausch, Konrad H. / Sabrow, Martin (Hg.): *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999.

Sammelband mit Beiträgen zu Ursachen und Gründen des Zusammenbruchs der DDR und deren Interpretation.

Kaelble, Hartmut / Kocka, Jürgen / Zwahr, Hartmut (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.

Sammelband mit zahlreichen Einzelstudien zur gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung der SBZ/DDR.

Knabe, Hubertus: *„Weiche" Formen der Verfolgung in der DDR. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker*, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 709–719.

Grundlegender Aufsatz zur präventiven Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit, einsetzend mit dem Beginn der Ostpolitik ab 1969/70, mit dem Ziel, politisch-ideologischen und gesellschaftlichen Widerspruch in der DDR frühzeitig zu erkennen und möglichst unschädlich zu machen.

Land, Rainer / Possekel, Ralf: *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren*, Berlin 1998.

Darstellung der Erstarrung des „real existierenden Sozialismus" im letzten Honecker-Jahrzehnt und dessen unterschiedliche Beurteilung durch einen Teil von SED-Mitgliedern und Angehörigen der oppositionellen Gruppen.

Mählert, Ulrich: *Kleine Geschichte der DDR*, München 1998.

Knappe, gut lesbare Überblicksdarstellung, mit kurzen Hinweisen zu weiteren Quellen und Literatur.

Neubert, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, 2. Aufl. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999.

Standardwerk zur Geschichte von Widerstand und Opposition in der DDR.

Rupp, Hans Karl: *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Dritte, völlig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, München/Wien 2000, 448 S.

Die Darstellung beschränkt sich auf die politische Geschichte. Nützlich ist in den beiden Kapiteln, die sich mit den Jahren 1966–1982 und 1982–1989/90 befassen, ein Blick auf die staatliche Politik, der sich jeweils auf zentrale Felder (Innenpolitik, Finanz- und Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Umweltpolitik) konzentriert. Eine Chronik, Personen- und Sachregister sowie ausführliche Literaturangaben schließen den nützlichen Band ab.

Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen 1998 (2. Auflage 2000), 770 S.

Der von Soziologen herausgegebene Band enthält einige Dutzend Artikel zu gesellschaftlichen Schlüsselthemen, vom „Alter und Altern der Gesellschaft" bis zu „Zukunftsvorstellungen", in denen zuverlässig über die jeweiligen Trends berichtet wird, häufig mit historischen Anteilen, welche den Zeitraum der siebziger und achtziger Jahre einschließen. Jeder Artikel enthält am Schluss Hinweise auf weiterführende Literatur.

Schroeder, Klaus: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998.

Die fundierte Gesamtdarstellung mit Quellenanhang und umfangreicher Bibliographie behandelt die politisch-historische Entwicklung der SBZ/DDR 1945–1990, Strukturen der DDR-Gesellschaft sowie resümierend charakteristische Determinanten der DDR-Geschichte.

Schröter, Harm G.: *Von der Teilung zur Wiedervereinigung* (1945–2000), in: Michael North (Hg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, München 2000, S. 351–420.

Der Autor stellt den Zeitraum von 1973 bis 1990 auf etwa 20 Seiten übersichtlich, gut verständlich und auf dem neuesten Stand der Forschung dar; wer sich schnell und zuverlässig informieren möchte, sollte zu diesem Band greifen.

Spode, Hasso (Hg.): *Goldstrand und Teutonengrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland 1945 bis 1989*, Berlin 1996.

Vergleichende Darstellung und Analyse der Entwicklung von Freizeit und Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Staritz, Dietrich: *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996.

Breite Darstellung der Geschichte der SBZ/DDR, in der die Entwicklung der DDR durchweg im Kontext des sozialistischen Lagers des Warschauer Pakts bzw. des RGW dargestellt wird; der Autor unterläßt es aber weitgehend, die Herrschaft der SED auch als Diktatur zu kennzeichnen.

Szepansky, Gerda: *Die stille Emanzipation*, Frankfurt am Main 1995.

Untersuchung der Situation von Frauen in der DDR zwischen propagierter Realisierung der Gleichberechtigung und Alltagswirklichkeit.

Tränhardt, Dietrich: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996, 387 S.

Der Zeitraum von 1974–1989 wird in einem informativen Kapitel behandelt, dass sich auf die innen- und außenpolitische Entwicklung konzentriert und zugleich Fragen der politischen Kultur sowie einige sozialdemographische Trends einbezieht. Die Kapiteleinteilung macht deutlich, dass der Verfasser einen Einschnitt eher mit dem Beginn der Regierung Schmidt sieht und Kontinuitäten eher im Übergang zur Regierung Kohl betont.

Voigt, Dieter / Belitz-Demiriz, Hannelore / Meck, Sabine: *Die innerdeutsche Wanderung und der Vereinigungsprozess. Soziodemographische Struktur und Einstellungen von Flüchtlingen/Übersiedlern aus der DDR vor und nach der Grenzöffnung*, in: Deutschland Archiv 23 (1990), S. 732–746.

Umfassende, soziologische Untersuchung mit Befragungen von DDR-Flüchtlingen bzw. Übersiedlern zur Sozialstruktur, Berufszugehörigkeit und Motiven der Migration von der DDR in die Bundesrepublik.

Weber, Hermann: *Geschichte der DDR*, München 1999.

Standardwerk des Nestors der DDR-Forschung; umfassende, vornehmlich politikgeschichtliche Darstellung, mit Schwerpunkt auf SED und deren Politik.

Weil, Francesca: *Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära*, Köln/Weimar/Wien 2000.

Vergleichende Analyse des Betriebsalltags in der DDR am Beispiel zweier Leipziger VEB.

Wolfrum, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, 532 S.

Der Verfasser gibt einen informativen Überblick über ein Thema, das in der Geschichtswissenschaft in letzter Zeit eine immer größere Bedeutung gewonnen hat. Der staatliche Umgang mit der historischen Vergangenheit und die öffentlichen Debatten über dieses Thema – etwa im Blick auf solche Gedenktage wie den 17. Juni und den 20. Juli – sind wichtige Gradmesser für den Zustand und die Entwicklung politischer Kultur. Über dieses Werk lässt sich die reichhaltige Literatur zu einzelnen thematischen Aspekten gut erschließen.

Wolle, Stefan: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, 2. Aufl. Berlin 2000.

Darstellung der Honecker-Zeit aus Sicht und Erfahrung eines ehemaligen DDR-Bürgers, in der vor allem die Reaktionen und Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung auf die Politik der SED und das von ihr geschaffenen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beschrieben werden.

Internet-Adressen

Haus der Geschichte:
http://www.hdg.de/lemo

Suchmaschine zur DDR:
http://www.ddr-suche.de

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB),
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Fax-Nr.: 0 18 88/5 15-3 09.
Internet-Adresse: http://www.bpb.de
E-Mail: print@bpb.bund.de

Redaktion: Elke Diehl, Jürgen Faulenbach (verantwortlich, BpB), Christine Hesse.

Manuskript und Mitarbeit: Werner Bührer, München; Elke Diehl, Bonn; Jürgen Faulenbach, Bonn; Manfred Görtemaker, Potsdam; Christine Hesse, Bonn; Günther Heydemann, Leipzig; Axel Schildt, Hamburg; Walter Süß, Berlin.

Technische Gestaltung: Hans-Jürgen Binder, Karin Leszinski, München.

Titelbild: dpa.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis' print & media GmbH, Karlstraße 35, 80333 München.

Druck: Tiefdruck Schwann-Bagel GmbH & Co. KG, Betriebsstätte Bruckmann Tiefdruck, Mittenheimer Straße 64, 85764 Oberschleißheim.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 920 000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: März 2001.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Titelbild:
Demonstration für Frieden und Abrüstung am 10. Oktober 1981 in Bonn.

Anforderungen

bitte nur schriftlich an Franzis' print & media, Postfach 15 07 40, in 80045 München per Postkarte oder Fax 0 89/51 17-292 (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr zur Verfügung.